

STAATSSSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT

DEMOGRAFISCHER WANDEL UND REGIONALENTWICKLUNG SCHLUSSBERICHT

Zürich, 22. Dezember 2009

Thomas von Stokar, Christian Marti, Martin Peter

SB DEMOGRAFIE UND REGIONALENTWICKLUNG.DOC



INFRAS

INFRAS

BINZSTRASSE 23
POSTFACH
CH-8045 ZÜRICH
t +41 44 205 95 95
f +41 44 205 95 99
ZUERICH@INFRAS.CH

MÜHLEMATTSTRASSE 45
CH-3007 BERN

WWW.INFRAS.CH

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	7
1. EINLEITUNG	13
2. STANDORTFÖRDERUNG UND REGIONALPOLITIK IN DER SCHWEIZ	15
2.1. STANDORTFÖRDERUNG	15
2.2. NEUE REGIONALPOLITIK DES BUNDES	17
3. GRUNDLAGEN	19
3.1. BEGRIFFE UND KAUSALBEZÜGE DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS	19
3.2. MIGRATION	21
3.3. DEMOGRAFISCHE AUSGANGSLAGE DER SCHWEIZ	22
3.3.1. Altersaufbau	23
3.3.2. Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung	27
3.4. URSACHEN FÜR AKTUELLE DEMOGRAFISCHE TRENDS	31
3.5. ZUSAMMENFASSUNG	33
4. DEMOGRAFISCHER WANDEL IN DER SCHWEIZ UND IN EUROPA	35
4.1. ENTWICKLUNG IN DER SCHWEIZ BIS 2030	35
4.1.1. Nach Raumtypen	35
4.1.2. Bevölkerungsszenarien auf Ebene Kantone	41
4.1.3. Bevölkerungsprognosen auf Ebene Funktionale Räume	50
4.1.4. Kantonale Bevölkerungsprognosen	55
4.1.5. Rechenbeispiel auf Gemeindeebene	55
4.2. ENTWICKLUNG IN EUROPA	57
4.3. ZUSAMMENFASSUNG	66
5. AUSWIRKUNGEN DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS	69
5.1. WIRTSCHAFTLICHE EFFEKTE	69
5.1.1. Arbeitsmarkt	69
5.1.2. Konsum	71
5.1.3. Wertschöpfung, Produktivität	72
5.1.4. Investitionen, Kapital	72
5.1.5. Preise	73
5.1.6. Öffentliche Finanzen	73
5.2. CHANCEN UND RISIKEN FÜR DIE RAUMTYPEN	74
5.3. ZUSAMMENFASSUNG	77

6.	POLITISCHE HANDLUNGSFELDER	79
6.1.	HANDLUNGSFELDER AUF NATIONALER EBENE	79
6.2.	HANDLUNGSFELDER AUF REGIONALER EBENE	80
6.3.	AUSLÄNDISCHE ERFAHRUNGEN/PRAXISBEISPIELE	82
7.	FOLGERUNGEN FÜR DIE REGIONAL- UND STANDORTFÖRDERUNGSPOLITIK	85
7.1.	WIRKUNGEN UND KONSEQUENZEN	85
7.2.	HANDLUNGSANSÄTZE	87
ANNEX 93		
	GESPRÄCHSLEITFADEN	93
	ÜBERSICHT DER BEFRAGTEN EXPERTEN	95
	AUSLÄNDISCHE PROJEKTE UND MASSNAHMEN	96
	INTERREG-PROJEKTE	96
	A: DC NOISE	96
	B: DEMOGRAFISCHER WANDEL IN DER EUREGIO	97
	BEISPIEL: STRATEGIE DEMOGRAFIE OSNABRÜCK	97
	C: HINTERLAND	99
	D: GEPLANTE STUDIEN IM RAHMEN VON INTERREG 4B	100
	BEISPIELE AUF LÄNDEREBENE	101
	A: DEUTSCHLAND	101
	FÖRDERPOLITIK DER EU UND DES DEUTSCHEN BUNDES FÜR UNTERNEHMEN ZUM DEMOGRAFISCHEN WANDEL	101
	ZUKUNFTSSICHERUNG IM LANDKREIS HOLZMINDEN (LANDKREIS HOLZMINDEN 2008)	102
	POLITIKVORSCHLAG DEMOGRAFISCHER WANDEL (BERLIN-INSTITUT 2009)	104
	MODELLREGIONEN DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG: „REGION SCHAFFT ZUKUNFT.DE“	105
	B: NIEDERLANDE: GESUNDHEITSSTRATEGIE OST-GRONINGEN	107
	C: GROSSBRITANNIEN	108
	D: SCHWEDEN	109
	E: FINNLAND	109
	F: ÖSTERREICH	109
	G: KANADA	110
	H: WEITERE BEISPIELE	110
	BASISPOLITIKSZENARIO DER BFS-BEVÖLKERUNGSSZENARIEN	112
	REGIONALE BEVÖLKERUNGSPROGNOSEN DER KANTONE	114

ZUKÜNFTIGER ALTERSAUFBAU IN DER SCHWEIZ NACH DEM HOHEN SZENARIO DES BFS _____	120
ABGRENZUNG DES PERIMETERS DER NRP _____	124
KOSTEN UND NUTZEN DER ZENTRALITÄT _____	125
BEDEUTUNG DER MIGRATION IM ALTER UND DES ALTERSWOHNENS _____	126
PENDLERPERIMETER VIER AUSGEWÄHLTER TOURISMUSORTE _____	129
LITERATUR _____	132

ZUSAMMENFASSUNG

Ziel, Vorgehen

Die sich abzeichnenden demografischen Veränderungen zählen zu den wichtigen Herausforderungen für die Raum- und Regionalentwicklung in der Schweiz. Die Direktion Standortförderung des SECO beauftragte INFRAS, die zu erwartende Entwicklung aufzuzeigen und die Chancen und Risiken für die Raum- und Regionalentwicklung der Schweiz bis 2030 zu skizzieren. Es soll mit Blick auf die Botschaft Standortförderung 2012-2015 und das nächste Mehrjahresprogramm zur Regionalpolitik 2016-2023 überprüft werden, ob das aktuelle Instrumentarium der Regionalpolitik und der Standortförderung geeignet ist, den Herausforderungen zu begegnen und Chancen zu nutzen, und welche Ergänzungen allenfalls nötig sind. Die Studie beruht auf einer Analyse der einschlägigen Literatur und Datengrundlagen im In- und Ausland und auf Interviews mit Fachexperten und Vertretern aus den Kantonen und Regionen.

Demografische Entwicklung bis 2030

Bis 2030 wird die Bevölkerungszahl der Schweiz vermutlich weiter wachsen. Das Bundesamt für Statistik erwartet im Trendszenario von 2005 bis 2030 einen Anstieg der Bevölkerung um knapp 10% auf 8.2 Millionen Einwohner. Der Anteil der über 65-jährigen Bevölkerung wird steigen und 2030 je nach Region mit 20 bis 30% etwa dem heutigen Anteil in Ostdeutschland entsprechen. Die Altersstruktur der Schweiz wird sich auch zukünftig im europäischen Mittelfeld bewegen. Nach 2030 wird der Anteil der älteren Bevölkerung vermutlich wieder leicht sinken. Allgemein spielt für die Entwicklung der Bevölkerung die Höhe der Zuwanderung eine grössere Rolle als die Entwicklung der Geburtenrate.

In Randregionen ist die Zuwanderung aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen geringer als in den Zentren. Die vermehrte Zuwanderung von Hochqualifizierten, welche in den Zentren arbeiten, verstärkt diesen Trend. Für die Zukunft wird ein Rückgang der Zuwanderung erwartet, allerdings wurde die Zuwanderung in der Vergangenheit unterschätzt. Treibend für Wanderungen zwischen Schweizer Regionen und für die Zuwanderung aus dem Ausland ist vor allem das Angebot von Arbeitsplätzen. Wanderungen innerhalb von Regionen zwischen Zentren und ihrem Umfeld folgen eher dem Lebenszyklus.

Auswirkungen auf Raumtypen

Die erwartete demografische Entwicklung unterscheidet sich je nach Raumtyp. In den Zentren und ihrem Gürtel wird die Bevölkerung kaum altern, ausser in einkommensstarken Gemeinden. Die Bevölkerung und die Zahl der Arbeitsplätze werden vor allem im Gürtel der Zentren weiter stark wachsen. Touristische Gemeinden sind von der Alterung ebenfalls unterdurchschnittlich betroffen. Periurbane ländliche Gemeinden werden etwa im nationalen Durchschnitt weiter wachsen, die Bevölkerung wird dort jedoch stärker altern als in den Zentren und ihrem Umfeld. Die Zahl der Arbeitsplätze dürfte eher sinken. Die Arbeitsplätze dürften sich stärker auf die Zentren konzentrieren als die Wohnbevölkerung. In Agrargemeinden wird der demografische Wandel am stärksten sein. Die Bevölkerung und die Zahl der Arbeitsplätze dürften sinken, und es wird eine starke Alterung erwartet.

Chancen und Risiken für die Peripherie

Negative Auswirkungen des demografischen Wandels werden also vor allem im peripheren Raum erwartet. Falls in den Zentren Arbeitskräfte knapp werden, dürfte der Druck auf die Arbeitsmärkte der Peripherie weiter wachsen. Die zukünftige Finanzierung der Sozialversicherungen zwingt zur Steigerung der Produktivität. Dadurch können regional ausgleichende Sektoralpolitiken unter Druck kommen. Die kleinräumige Verzahnung von Räumen unterschiedlicher Funktionalität in der Schweiz ist in diesem Zusammenhang von Vorteil. Probleme können sich vor allem für sehr periphere Regionen ergeben.

Chancen, die sich durch den demografischen Wandel für den peripheren Raum ergeben, liegen im Tourismus, im Gesundheitswesen und allenfalls im Alterswohnen. Der Neue Finanzausgleich bietet den Kantonen die Möglichkeit, entsprechend ihren Bedürfnissen Prioritäten zu setzen. Auch auf subkantonaler Ebene könnte eine Neuorganisation der Finanzflüsse in diesem Sinn helfen, die Eigeninitiative und Zusammenarbeit in Regionen zu stärken und bewusst Prioritäten zu setzen, beispielsweise mit der Konzentration auf regionale Subzentren.

Folgerungen für die Regional- und Standortförderungs politik

Der demografische Wandel wird die peripheren Regionen ungleich stärker treffen als die Zentren und bestehende Disparitäten verstärken. Insgesamt bestärkt der demografische Wandel die Stossrichtungen der Standortförderungs- und Regionalpolitik. In Zukunft wird es für periphere Gebiete noch wichtiger, über wertschöpfungsstarke Arbeitsplätze zu verfügen. Für die Standortförderungs- und Regionalpolitik lassen sich einige Ansätze herauskris-

tallisieren, die vor dem Hintergrund des demografischen Wandels besondere Bedeutung erlangen:

Gegensteuern

Die Kantone können Strukturen schaffen, um die Erwerbsbeteiligung und die Zuwanderung von Erwerbspersonen zu erhöhen. Wollen auch die peripheren Regionen den demografischen Wandel durch Zuwanderung abfedern, werden sie nicht darum herum kommen, eine aktivere Integrationspolitik zu betreiben und sich unter Umständen auch kulturell zu öffnen. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen (und Männern) kann durch ein attraktives, familienfreundliches Umfeld erhöht werden, das Beruf und Familie besser vereinbaren lässt. Betriebliche Alterspolitik kann mithelfen, das Potenzial älterer Arbeitnehmer zu nutzen. Hier kann auch die KMU-Politik als Teil der Standortförderung einen spezifischen Beitrag leisten.

Chancen frühzeitig prüfen und nutzen

Mit dem demografischen Wandel sind vor allem im Tourismus und Gesundheitswesen auch Chancen für periphere Regionen verbunden, sofern die Regionen dazu ausreichende Voraussetzungen mitbringen können. Mit Angeboten für die ältere Bevölkerung können auch periphere Gebiete Nischen besetzen. Sowohl die Regional- wie auch die Standortförderungs politik, namentlich Innotour, sind gefordert, Erfolg versprechende Innovationen für geeignete Standorte zu entwickeln. Für geeignete Regionen eröffnen sich im Gesundheitssektor auch „Exportchancen“ (national und international). Wie hoch die Potenziale sind, welche Orte dazu geeignet sind und wie sie am besten genutzt werden können, sollte in den nächsten Jahren genau geprüft werden. Dabei dürfte es sich auch lohnen, explizit die Zusammenarbeit mit den Zentren (z.B. Spitäler) zu suchen.

Kräfte bündeln und tragfähige Strukturen schaffen

Die Peripherie der Peripherie dürfte einem verstärkten Schrumpfungsprozess vor allem der erwerbsfähigen Bevölkerung ausgesetzt sein. Um die Besiedlung in der Fläche halten zu können, gewinnt die Schaffung von Zentralität in regionalen Subzentren weiter an Gewicht. Es scheint deshalb angebracht, die Standortförderung noch verstärkt zu bündeln und darauf auszurichten, regionale Subzentren sowie den funktionalen Bezug zwischen Subzentren und deren peripherer Umgebung zu stärken. In sehr peripheren, überalterten Orten ist ein „Kippeffekt“ denkbar. Wenn nur sehr wenige Personen im Erwerbsalter als Träger des Gemeindelebens zur Verfügung stehen, ist die Produktion elementarer öffentlicher Güter zu-

nehmend erschwert, die restliche mobile Bevölkerung wandert ab. Eine Anpassung der Strukturen ist dringlich, auch weil sie für die wirtschaftliche Entwicklung elementare Rahmenbedingungen darstellen und weil der Effizienzdruck weiter zunehmen wird. Die Regionalpolitik sollte noch verstärkt mithelfen, solche übergeordneten Strukturen zu schaffen.

Schrumpfsstrategien entwickeln

Parallel zur Bündelung der Kräfte ist für sehr abgelegene Gebiete, in denen sich keine zukünftig tragfähigen Strukturen entwickeln, die „Schrumpfung“ als eine Entwicklungsmöglichkeit zu thematisieren, die nicht zum vorneherein negativ geprägt sein muss. Wichtig ist, dass die Region den Schrumpfungsprozess aktiv gestaltet, um Entwicklungen frühzeitig erkennen und mögliche wirtschaftliche und soziale Probleme abfedern zu können. Schrumpfsstrategien sollten sich unter anderem damit befassen, wie eine quantitative Schrumpfung erreicht werden kann, die mit möglichst wenig qualitativer Schrumpfung verbunden ist, und damit, wie der frei werdende Raum produktiv genutzt werden kann. Bevölkerungsmässige Schrumpfung kann auch neue wirtschaftliche Chancen bieten, etwa im Tourismus.

Optik nicht zu eng wählen und sektorübergreifende Zusammenhänge im Auge behalten

Auch wenn der regionalpolitische Fokus richtigerweise auf die Schaffung von exportorientierter wirtschaftlicher Wertschöpfung liegt, sollte im Auge behalten werden, dass die Regionalentwicklung durch eine Vielzahl verschiedener Sektoralpolitiken geprägt wird, welche den Rahmen vorgeben, in dem sich Potenziale entfalten können oder nicht. Bemerkenswert ist auch die Entwicklung des Wohnens. Einige Räume spezialisieren sich auf die Funktion als Wohnstandort. Der Wohnungsmarkt ist nicht Gegenstand der Regional- und Standortförderung, es wäre aber sinnvoll die regionalen Entwicklungsstrategien darauf abzustimmen.

Ansätze auf regionaler Ebene entwickeln und ausprobieren

Auch wenn sich Probleme in verschiedenen Regionen ähnlich präsentieren, können sich geeignete Lösungswege und Chancen zwischen Regionen unterscheiden. Der Ansatz, bei der Umsetzung der Regionalpolitik primär auf lokale Initiative zu setzen, scheint deshalb geeignet.

Im Ausland wurden Reaktionsmöglichkeiten auf den demografischen Wandel zum Teil in Modellregionen untersucht. Es wäre auch in der Schweiz denkbar, spezifisch auf die Bewältigung des demografischen Wandels zugeschnittene innovative Projekte in besonders betroffenen Regionen mit Mitteln der Regionalpolitik zu unterstützen. Für die Bezeichnung von

Modellregionen wäre jedoch lokale Initiative eine Voraussetzung. Das SECO könnte entsprechende Anstösse für Modellvorhaben geben.

1. EINLEITUNG

Ausgangslage, Ziel

Die Schweizerische Raum- und Regionalentwicklung sieht sich in den kommenden Jahrzehnten mit grossen Herausforderungen konfrontiert. Zu nennen sind z.B. die weitere Globalisierung, der Klimawandel, die Energiefrage, aber auch der sich abzeichnende demografische Wandel. Letzterer steht im Zentrum dieser Studie. Die Schweizer Bevölkerung altert in doppelter Weise: Die Lebenserwartung erhöht sich laufend, gleichzeitig nimmt die Zahl der Geburten ab, womit der Anteil der älteren Bevölkerung künftig steigt (Frey 2008). Die Prozesse verliefen bisher schleichend und wurden deshalb durch das Bevölkerungswachstum, besonders durch die Einwanderung, überdeckt. Prognosen erwarten jedoch für ca. 2030 eine Bevölkerungsstagnation und danach gar eine Schrumpfung. Die verschiedenen Landesteile und Raumtypen der Schweiz sind von diesem Wandel in unterschiedlichem Masse betroffen.

Die Direktion Standortförderung des SECO beauftragte INFRAS, in einer Studie die sich abzeichnenden demografischen Veränderungen aufzuzeigen und die Herausforderungen zu skizzieren, welche sich aus dem demografischen Wandel für die Raum- und Regionalentwicklung der Schweiz der nächsten 20 bis 25 Jahre ergeben dürften. Es ist zu prüfen, ob das aktuelle Instrumentarium geeignet ist, um den Herausforderungen zu begegnen und Chancen zu nutzen, in welche Richtung es zu ergänzen und die Schwerpunkte thematisch/strukturell auszurichten wären. In der Folge sollen Empfehlungen für die zukünftige Ausrichtung der Regional- und Standortförderungs politik des Bundes formuliert werden.

Methodik

Es würde den Rahmen der Studie sprengen, die Konsequenzen des demografischen Wandels im Detail zu untersuchen. Es geht vielmehr darum, die wichtigsten Effekte und v.a. die Chancen und Risiken in verschiedenen Wirkungsbereichen aufgrund von Expertenbefragungen, Literaturanalysen und Kausalschlüssen szenariohaft herauszuschälen und zu einem Gesamtbild der Auswirkungen auf die Regionalentwicklung für die verschiedenen Regionen/Raumtypen zusammenzufügen.

Die Studie beruht auf einer Analyse der einschlägigen Literatur im In- und Ausland und auf zwölf Interviews mit Fachexperten und Vertretern aus den Kantonen und Regionen (vgl. Liste im Anhang). Als Grundlage zur quantitativen (und qualitativen) Beschreibung des demografischen Wandels in den Kantonen und Raumtypen dienen die Bevölkerungsszenarien des BFS und daraus weiter abgeleitete Szenarien, z.B. die Bauzonenszenarien des ARE,

sowie kantonale Bevölkerungsszenarien. Zur Analyse der Ursachen und Trends wurde ergänzende Fachliteratur beigezogen. Ausgewertet wurde auch die wichtigste Literatur zu den räumlichen Wirkungen des demografischen Wandels, den sektoralen Effekten (und deren Raumwirkung) und den regionalpolitischen Programmen im Ausland. Die Erkenntnisse sollen eine Grundlage bilden für die Weiterentwicklung der Standortförderungs politik des Bundes, insbesondere mit Blick auf die Botschaft Standortförderung 2012-2015 und die weitere Umsetzung der Neuen Regionalpolitik mit dem Mehrjahresprogramm 2016-2023.

Aufbau des Berichts

Im vorliegenden Bericht gibt Kapitel 2 einen Überblick über die Standortförderung und die Regionalpolitik des Bundes. Kapitel 3 führt in die theoretisch-konzeptionellen Grundlagen des demografischen Wandels und die aktuelle demografische Ausgangslage in der Schweiz ein. Kapitel 4 beleuchtet den demografischen Wandel in der Schweiz aus einer räumlich differenzierten Sicht gemäss Szenarien des Bundesamts für Statistik (BFS) und des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE) und vergleicht sie mit der Entwicklung im übrigen Europa. Kapitel 5 befasst sich anschliessend mit den Wirkungen des demografischen Wandels auf die wirtschaftliche und regionalwirtschaftliche Entwicklung.

Kapitel 6 schält die Herausforderungen heraus, die sich aus dem demografischen Wandel für die Schweizer Regionen ergeben und Kapitel 7 schliesst mit Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die zukünftige Ausgestaltung der Regional- und Standortförderungs politik.

2. STANDORTFÖRDERUNG UND REGIONALPOLITIK IN DER SCHWEIZ

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Elemente der Schweizer Standortförderungs- und Regionalpolitik kurz aufgeführt.

2.1. STANDORTFÖRDERUNG

Der internationale Standortwettbewerb verändert die territoriale und branchenmässige Struktur der Schweizer Wirtschaft. Der Strukturwandel führt für die gesamte Schweiz zu Gewinnen, schafft aber auch Verlierer und damit politischen Widerstand gegen eine strukturverändernde Wirtschaftspolitik. Durch eine Abfederung der negativen Effekte des Strukturwandels durch die Standortförderung können die politischen Widerstände vermindert werden.

Die Standortförderung des Bundes konzentriert sich auf Standortfaktoren, welche für die Standorte besonders wichtig sind und nicht bereits durch andere Bundesstellen abgedeckt werden, im Gegensatz zur breiter angelegten Standortpolitik, die als Querschnittsaufgabe aller relevanten Politikbereiche anzusehen ist. Die Standortförderung soll in erster Linie ordnungspolitischen Grundsätzen wie Marktkonformität und Überbetrieblichkeit folgen, aber auch staatspolitischen Anliegen, die den benachteiligten Regionen dienen. Dafür ist der Bund ermächtigt worden, in Abweichung von der Wirtschaftsfreiheit wirtschaftlich bedrohte Landesgegenden zu unterstützen und Wirtschaftszweige zu fördern, wenn Selbsthilfemassnahmen zur Sicherung der Existenz nicht ausreichen (Schweizer Bundesrat 2007).

Der räumliche Wettbewerb kann mitunter über negative Rückkoppelungsprozesse zur Gefährdung von Standorten führen, was aus staatspolitischen Gründen nicht hingenommen wird. Bei regionalpolitisch begründeten Engagements strebt die Direktion für Standortförderung die Erhöhung des Wertschöpfungspotenzials von Regionen an. Die Direktion Standortförderung des SECO hat den Auftrag, die Regionen in ihrer eigenen und langfristig selbständigen wirtschaftlichen Entwicklung über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus zu unterstützen. Zur Verhinderung einer solchen Entwicklung kennt die Standortförderung auch einzelbetriebliche Massnahmen, die ordnungspolitisch fragwürdig sind, sich aber politisch etabliert haben. Standortförderung bewegt sich also in einem Spannungsfeld zwischen ökonomischer Rationalität, politisch legitimen Zielen und (regionalen) Partikularinteressen. Bei der Konzeption der Instrumente der Standortförderung soll aber darauf geachtet werden, dass Wettbewerbsverzerrungen möglichst minimiert werden (Schweizer Bundesrat 2007).

Die Schweizer Standortförderung konzentriert sich auf folgende Kernelemente:

- › Standortpromotion im Ausland (Aufsicht über die Standortpromotion im Ausland durch osec, Weiterentwicklung der strategischen Grundlagen der Standortpromotion, Vertretung der Anliegen des Unternehmensstandortes Schweiz in der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung),
- › Exportförderung (Aufsicht über die Exportförderung durch osec),
- › Förderung von besseren Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU-Politik, Unterstützung bei der KMU-Finanzierung, Abbau von administrativen Hürden, Information der KMU und Unternehmensgründenden),
- › Tourismuspolitik (nationale und internationale Tourismuspolitik, strategische Aufsicht über die Tourismusförderung des Bundes),
- › Wirtschafts- und Politikbereiche mit ausgeprägter regionalwirtschaftlicher Relevanz (Regional- und Raumordnungspolitik) (SECO 2009).

Mit der Exportrisikoversicherung schliesslich soll der Aussenhandel gefördert und Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten werden. Sie arbeitet nach den Grundsätzen der Subsidiarität und der Eigenwirtschaftlichkeit.

Für die einzelnen Teilbereiche der Standortförderung stehen in der Periode 2008 bis 2011 Zahlungsrahmen zur Verfügung in Höhe von 68 Millionen Franken (Exportförderung), 13.6 Millionen Franken (Information über den Unternehmensstandort Schweiz durch LOCATION Switzerland), 186 Millionen Franken (Schweiz Tourismus) und 21 Millionen Franken (Förderung von Innovation und Zusammenarbeit im Tourismus).

Regionalpolitisch relevant ist im Bereich der Standortförderung neben der Regional- und Raumordnungspolitik selbst v.a. die Tourismuspolitik. In vielen Landesteilen ist „der Tourismus jener Bereich, von dem alles andere abhängt“ (Schweizer Bundesrat 2007). Die Exportleistungen des Tourismus sind die Grundlage für die Nachfrage in nachgelagerte Wirtschaftszweige. Berührungspunkte ergeben sich v.a. zwischen der Förderung von Innovation und Zusammenarbeit im Tourismus durch Innotour und der Neuen Regionalpolitik. Von Innotour gefördert werden gesamtschweizerische und sektorielle Projekte der tourismusabhängigen Wirtschaft, welche die Möglichkeit zum Export von Tourismusdienstleistungen fördern und nicht über die Regionalpolitik gefördert werden können. Die Zusammenarbeit zwischen Neuer Regionalpolitik und anderen regionalpolitisch relevanten Instrumenten der Standortförderung erfolgt in „enger amtsinterner Abstimmung im SECO“ (Schweizer Bundesrat 2007).

2.2. NEUE REGIONALPOLITIK DES BUNDES

Kern der Neuen Regionalpolitik des Bundes ist es, die Kantone und Regionen mit finanziellen Anreizen bei der Bewältigung des Strukturwandels zu unterstützen. Die Anpassung an neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen ist für Berggebiet, ländliche Regionen und Grenzregionen oft schwieriger als für die starken Zentren. Diese Regionen werden deshalb vom Bund bei der Umsetzung ihrer Entwicklungsprogramme unterstützt. Die fünf grössten Agglomerationen (Zürich, Basel, Genf, Lausanne, Bern) erhalten keine Unterstützung und liegen nicht im Perimeter der Neuen Regionalpolitik.¹

Im Mehrjahresprogramm 2008 bis 2015 investiert der Bund jährlich im Schnitt 40 Millionen Franken, weitere 50 Millionen Franken werden als rückzahlbare Darlehen ausbezahlt. Die Kantone müssen sich mindestens im gleichen Umfang beteiligen wie der Bund. Es werden ausschliesslich überbetriebliche Vorhaben gefördert (ausser Seilbahnen).

Bei Konzeption, Finanzierung und Umsetzung der Neuen Regionalpolitik federführend sind die Kantone, welche zusammen mit den betroffenen Regionen Strategien zur Stärkung der Wirtschaft entwickeln und auf der Basis der Umsetzungsprogramme mit dem Bund eine Programmvereinbarung eingehen. Ziel ist es, die Standortvoraussetzungen für unternehmerische Tätigkeit zu stärken. Im Fokus steht die Stärkung von exportorientierten Wertschöpfungssystemen, durch die eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht werden soll. Eine Wohnstandortstrategie kann aus Sicht einzelner Regionen und Kantone sinnvoll sein, fällt aber nicht in den Förderbereich der Neuen Regionalpolitik. Durch die Beteiligung von Partnern aus der Privatwirtschaft soll sichergestellt werden, dass Projekte gefördert werden, für die eine Nachfrage besteht.

Regionale Zentren sollen als Entwicklungsmotoren fungieren. Die Regionalpolitik ermöglicht dazu Kooperationen zwischen den regionalen Zentren und ihren umliegenden Gebieten. Die Regionalpolitik des Bundes umfasst drei verschiedene Ausrichtungen:

Ausrichtung 1: Gestärkte Wirtschaft in den Regionen

Diese Ausrichtung ist der Hauptpfeiler der Regionalpolitik. Gefördert werden marktorientierte Innovationen zur Steigerung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Kantone und Regionen definieren in den Umsetzungsprogrammen, welche Arten von Vorhaben gefördert

¹ Die urbanen Kantone (Zürich, Zug, Solothurn, beide Basel, Aargau, Genf) werden nicht von vornherein von der Förderung ausgeschlossen. Sie haben in ihren Umsetzungsprogrammen aber nachzuweisen, dass die Vorhaben ihre Wirkung in Regionen mit den typischen Strukturproblemen ländlicher Räume und Berggebiete entfalten (vgl. Anhang).

werden sollen. Die Regionen sollen sich dabei auf ihre bestehenden wirtschaftlichen Stärken konzentrieren.

Die Neue Regionalpolitik definiert sechs Handlungsfelder, von denen ausgehend Entwicklungsstrategien definiert werden können: Industrie, Tourismus, Bildung und Gesundheit, Energie, Natürliche Ressourcen und Agrarwirtschaft. Das wichtigste Kriterium für die Wahl der thematischen Schwerpunkte und Massnahmen der achtjährigen Förderperiode bildet der Exportbasisansatz (Schweizer Bundesrat 2007b). Alle Aktivitäten im Zuge der Umsetzung des Mehrjahresprogramms sollen einen unmittelbaren oder mittelbaren Beitrag dazu leisten, dass die Regionen als Standorte für exportfähige wirtschaftliche Leistungen gestärkt werden. Export bedeutet dabei Leistungstransfer aus der Region, dem Kanton oder der Schweiz hinaus.

Ausrichtung 2: Koordination der Regionalpolitik mit den Bundesämtern

Mit dieser Ausrichtung wird die Koordination der Regionalpolitik mit Sektoralpolitiken, die sich auf den ländlichen Raum auswirken, angestrebt. Die wichtigsten Partner sind die Agrar-, Umwelt-, Energie- und Tourismuspolitik, die Bildungs- und Technologiepolitik (WTT) sowie die Standortförderung (SECO 2008). Für diese Ausrichtung trägt der Bund die Verantwortung.

Ausrichtung 3: Know-how für die Regionalpolitik

Mit dieser Ausrichtung soll sichergestellt werden, dass die Akteure in der Regionalpolitik über Wissen zum Thema „Regionalentwicklung“ verfügen und dieses für die Entwicklung und Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen nutzen können. Verantwortlich für diese Ausrichtung ist ebenfalls der Bund.

3. GRUNDLAGEN

In diesem Abschnitt werden die Grundlagen zur Analyse des erwarteten demografischen Wandels besprochen. Zum einen geben wir einen kurzen Überblick über Demografie- und Migrationstheorien (Abschnitte 3.1 und 3.2), zum anderen werden die aktuelle demografische Situation in der Schweiz besprochen (3.3) und die Ursachen beleuchtet, die hinter den aktuellen Trends stehen (3.4).

3.1. BEGRIFFE UND KAUSALBEZÜGE DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

Das Forschungsgebiet der Demografie deckt eine Vielzahl von komplexen Zusammenhängen ab. Im Interesse einer systematischen Übersicht sollen die wichtigsten Zusammenhänge und theoretischen Erkenntnisse hier dargestellt werden. Wir stützen uns dazu auf Hauser (1982).

Die untersuchten Variablen werden in vier Ebenen strukturiert: indirekte demografische Variablen, direkte demografische Variablen, demografische Zwischengrößen, demografische Endgrößen (siehe Tabelle 1).

DEMOGRAFISCHE KAUSALITÄTSBEZIEHUNGEN	
Kausale Ebene	Beispiele für Variablen
Demografische Endgrößen	Bestandesgrößen - Bevölkerungsgrösse - Bevölkerungswachstum - Bevölkerungsstruktur - Bevölkerungsverteilung
	Flussgrößen - Geburten - Sterbefälle - Wanderungen
Demografische Zwischengrößen	- Altersspezifische Fruchtbarkeit - Alters- und geschlechtsspezifische Überlebenswahrscheinlichkeit - Alters- und geschlechtsspezifische Wanderungsziffern
Direkte demografische Variablen	- Laktationsphase - Reproduktionsphase - Abortionspraktiken
Indirekte demografische Variablen	- Kulturelle, gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische, technische, natürliche Variablen

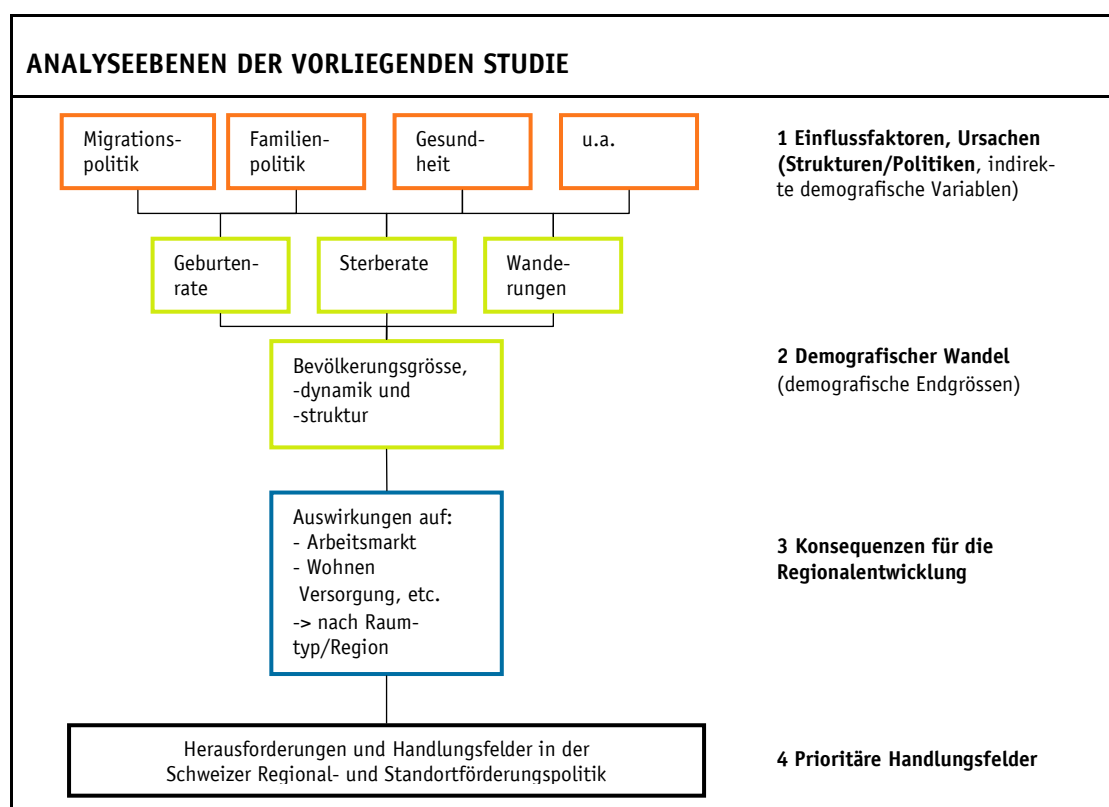
Tabelle 1

Die Kausalität verläuft in der Reihenfolge der Aufzählung in Tabelle 1 von unten nach oben. Wir erörtern die verschiedenen kausalen Ebenen im Folgenden kurz.

- › Demografische Endgrößen sind das Endprodukt jeder demografischen Analyse. Gleichzeitig sind sie Ausgangspunkt für Analysen, die den Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf Wirtschaft, Gesellschaft etc. zum Ziel haben. Die Endgrößen sind:
 - › Die Bevölkerungsgröße in einem abgegrenzten Gebiet.
 - › Das Bevölkerungswachstum in einem abgegrenzten Gebiet und Zeitraum.
 - › Die Bevölkerungsstruktur und -verteilung der Bevölkerung auf verschiedene natürliche, räumliche oder gesellschaftliche Merkmale.
 - › Auf einer in der Kausalkette vorgelagerten Ebene befinden sich als weitere Endgrößen die Geburten, Sterbefälle und Wanderungen.
- › Demografische Zwischengrößen bestimmen die Anzahl Geburten, Sterbefälle und Wanderungen. Sie werden in Quoten und Wahrscheinlichkeiten ausgedrückt, z.B.:
 - › Altersspezifische Fruchtbarkeitsraten.
 - › Alters- und geschlechtsspezifische Überlebenswahrscheinlichkeiten.
 - › Alters- und geschlechtsspezifische Wanderungsziffern.
- › Direkte demografische Variablen umfassen eine Vielzahl von biologischen, kulturellen, ökologischen und anderen Variablen, welche direkt auf die Zwischengrößen einwirken. Hauser (1982) nennt einige Beispiele:
 - › Die Laktationsphase, also die Zeitdauer, die bis zur erneuten Empfängnisbereitschaft verstreicht,
 - › die Reproduktionsphase, also die biologisch und kulturell bestimmte Zeitdauer im reproduktiven Alter.
- › Indirekte demografische Variablen sind die kulturellen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen, technischen und natürlichen Variablen, welche die direkten demografischen Variablen bestimmen. Beispiele dafür sind die gesellschaftliche Stellung der Frauen, die dominanten Familienmuster, die Ausgestaltung der Familienpolitik oder die Arbeitsmarktintegration von Frauen. Mit diesen schliesst sich der Kreis demografischer Kausalität, da diese indirekten demografischen Variablen ihrerseits wiederum teilweise die Folge von früheren Entwicklungen demografischer Endgrößen sind.

Im Rahmen dieser Studie interessieren primär die demografischen Endgrößen und die Auswirkungen, die ihre zu erwartenden Veränderungen auf Wirtschaft, Gesellschaft etc. zeitigen werden. Die in der demografischen Kausalitätskette tiefer angeordneten Ebenen von

Variablen stehen nicht im Zentrum der Analyse, mit Ausnahme der politiknahen indirekten demografischen Variablen, die einen mehr oder weniger direkten Einfluss auf die demografische Entwicklung haben (z.B. Familienpolitik, Migrationspolitik). Figur 1 zeigt die für die vorliegende Studie zentralen Analyseebenen. Einerseits wird der zu erwartende demografische Wandel mit demografischen Endgrössen skizziert (Kapitel 4), andererseits werden die wirtschaftlichen Konsequenzen davon nach Raumtypen gegliedert dargestellt (Kapitel 4). Daraus ergeben sich die Herausforderungen und Handlungsfelder für die Regionalpolitik (Kapitel 5 und 6).



Figur 1

3.2. MIGRATION

Die demografische Zwischengrösse „Migration“ hat im Fall der Schweiz einen zentralen Einfluss auf die in dieser Studie interessierenden demografischen Endgrössen, besonders auch auf der Ebene der einzelnen Regionen (Binnenmigration). Deshalb werden im Folgenden kurz die wichtigsten Theorien zur Erklärung von Migrationsströmen angesprochen:

Das Phänomen der Migration ist ein ausgeprägt interdisziplinäres Forschungsfeld (BFS 2007). Anstösse kommen unter anderem aus der Soziologie und den Wirtschaftswissenschaft-

ten. Grundsätzlich kann zwischen Makrotheorien, die sich auf strukturelle Erklärungsfaktoren konzentrieren, und Mikrotheorien, welche das Entscheidungskalkül des Individuums in den Vordergrund stellen, unterschieden werden (Kalter 2000). Zu den Vertretern eines makrotheoretischen Ansatzes zählt Ravenstein (1972, zit. in BFS 2007). Zu den postulierten Zusammenhängen gehören:

- › Die Zahl der Zuwandernden in Einwanderungsräumen ist umgekehrt proportional zur Entfernung zwischen Herkunfts- und Zielort.
- › Jede Hauptwanderungsströmung löst eine kompensierende Gegenströmung aus.
- › Wanderungen über grosse Distanzen erfolgen meist nach Zentren.
- › Die Stadtbevölkerung ist weniger mobil als die ländliche.
- › Frauen sind mobiler als Männer.

Diese Zusammenhänge sind als allgemeine Grundsätze aufzufassen. Im Einzelfall können durchaus Abweichungen davon möglich sein. Zu den zentralen Variablen für den individuellen Wanderungsentscheid in den mikrotheoretischen Ansätzen zählen das an verschiedenen Orten realisierbare Einkommen, die Wahrscheinlichkeit eine Arbeit zu finden, der Such- und Informationsaufwand für Arbeit und Wohnung, die Umzugskosten sowie die psychischen Kosten der Wanderung.

Lee (1972) unterscheidet nach Pull- und Push-Faktoren. Pull-Faktoren, die eine Anziehungskraft ausstrahlen, sind ein breites Stellenangebot, gute Bildungsinstitutionen, ein hohes realisierbares Einkommen etc. Push-Faktoren wirken abstossend, wie eine geringe Chance auf Arbeit, schlechte Bildungsmöglichkeiten oder unliebsame naturräumliche Gegebenheiten (BFS 2007). Personen, die vorwiegend auf Pull-Faktoren reagieren, also Vor- und Nachteile verschiedener Standorte aktiv abwägen, sind oft überdurchschnittlich qualifiziert, während Personen, die vorwiegend auf Push-Faktoren reagieren, weniger qualifiziert sind (BFS 2007). Bei besonders ausgeprägter Abwanderung von Hochqualifizierten dürfte die Migrationsbewegung also primär über Pull-Faktoren induziert und entsprechend schwer über eine Verbesserung der Push-Faktoren zu beeinflussen sein.

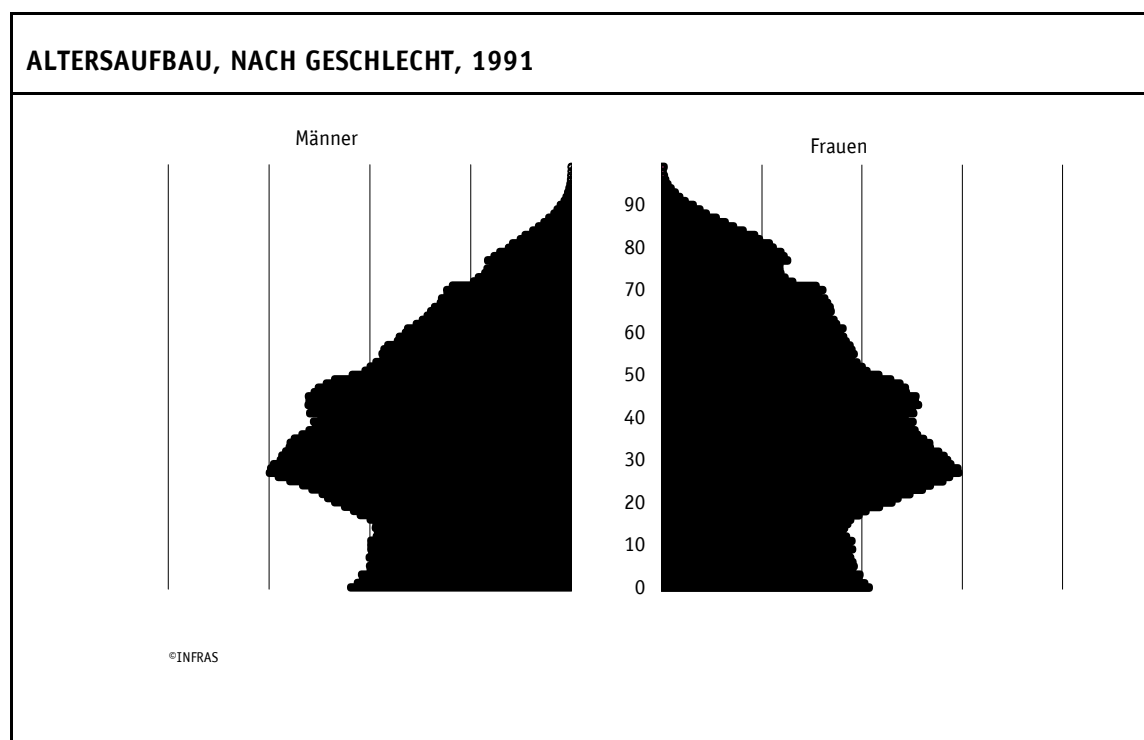
3.3. DEMOGRAFISCHE AUSGANGSLAGE DER SCHWEIZ

In diesem Abschnitt besprechen wir die demografische Ausgangslage, wie sie sich in der gesamten Schweiz heute präsentiert. Dazu gehören der aktuelle Altersaufbau und die Prognosen, welche für die gesamte Schweiz bis 2050 gemacht werden (3.3.1), sowie die Entwicklung der Zuwanderung und der verschiedenen Gruppen von Herkunftsländern im letzten

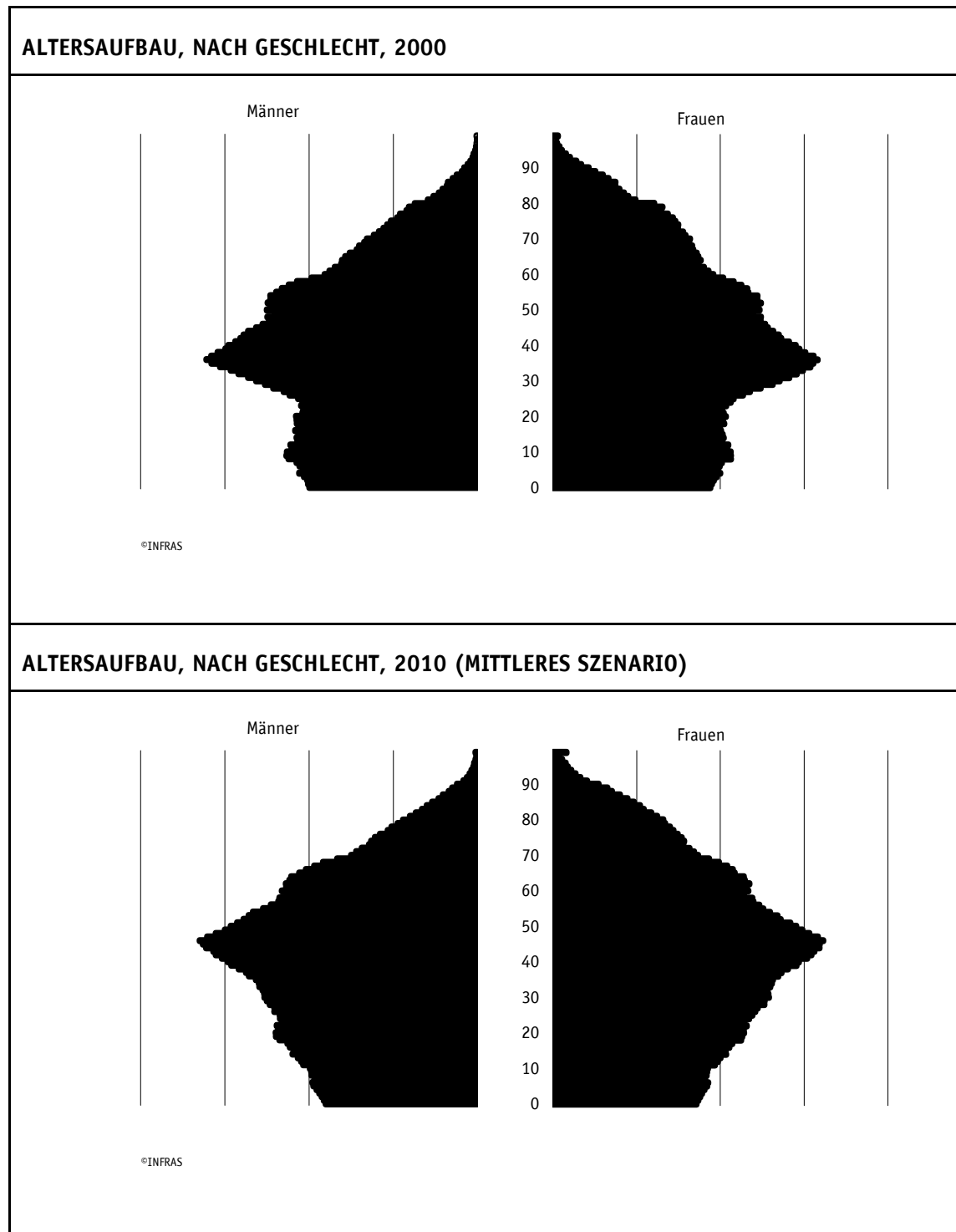
Jahrzehnt (3.3.2). Bei der Zuwanderung werfen wir auch einen Blick auf die sich ändernde regionale Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung.

3.3.1. ALTERSAUFBAU

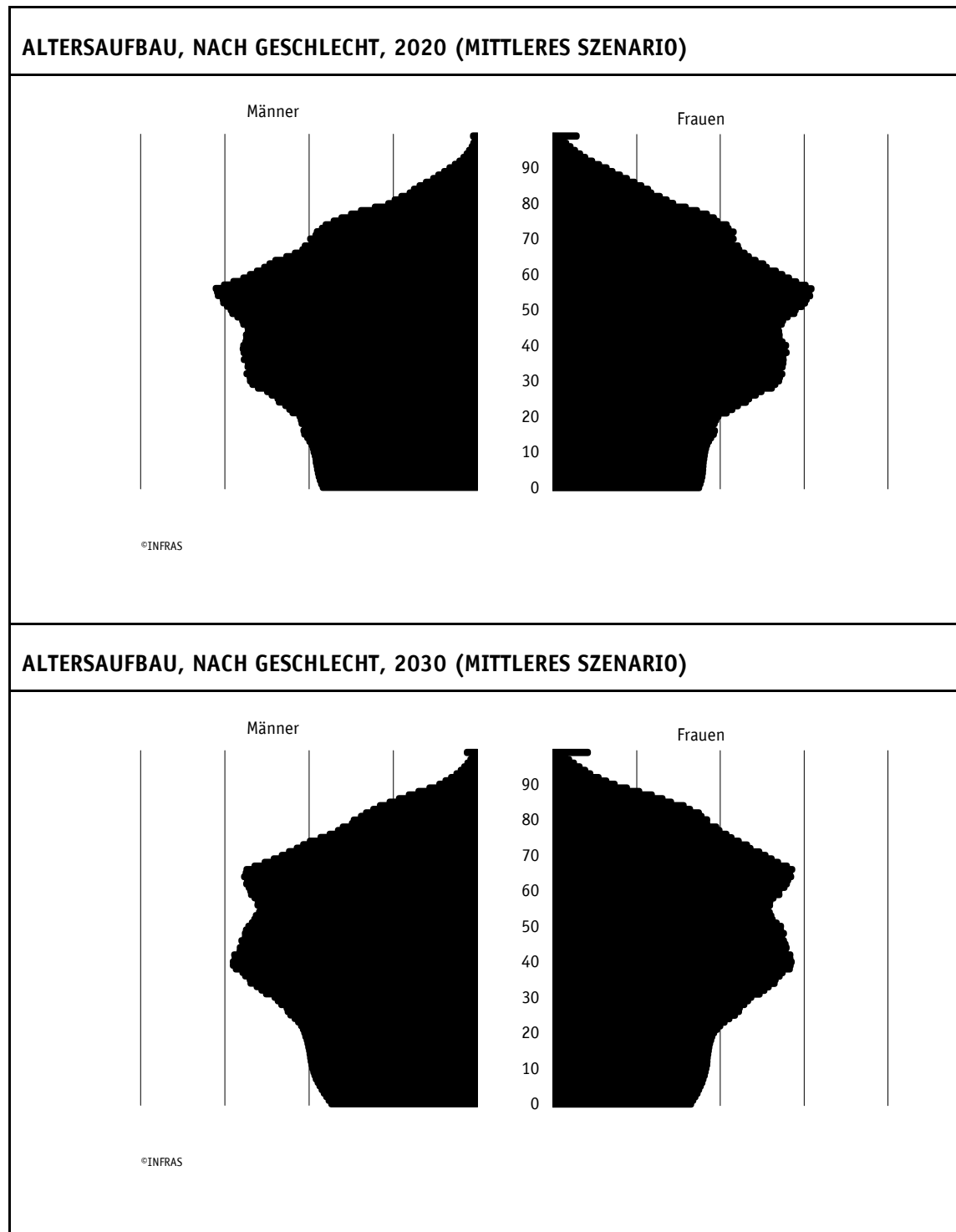
In den folgenden Figuren wird der Altersaufbau der Schweizer Bevölkerung in Alterspyramiden dargestellt. Gut ersichtlich ist, wie die stärksten Jahrgänge zwischen 1991 und 2030 in Zehnjahresschritten altern: Waren sie 1991 noch im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, werden sie bis 2030 zwischen 60 und 70 Jahre alt sein. Danach wird diese Generation als stärkster Jahrgang abgelöst werden durch die Generation, welche dann zumal, im Jahr 2030, ungefähr 40 Jahre alt sein wird. Diese Generation wird zu einem nicht unbedeutenden Teil aus Personen bestehen, die heute noch nicht in der Schweiz wohnhaft sind. Dies ist daran ersichtlich, dass 2010 die erwartete Zahl der 20-Jährigen wesentlich kleiner ist als 2030 die Zahl der 40-Jährigen. Bis 2050 werden die stärksten Jahrgänge mit dieser Generation wiederum altern.



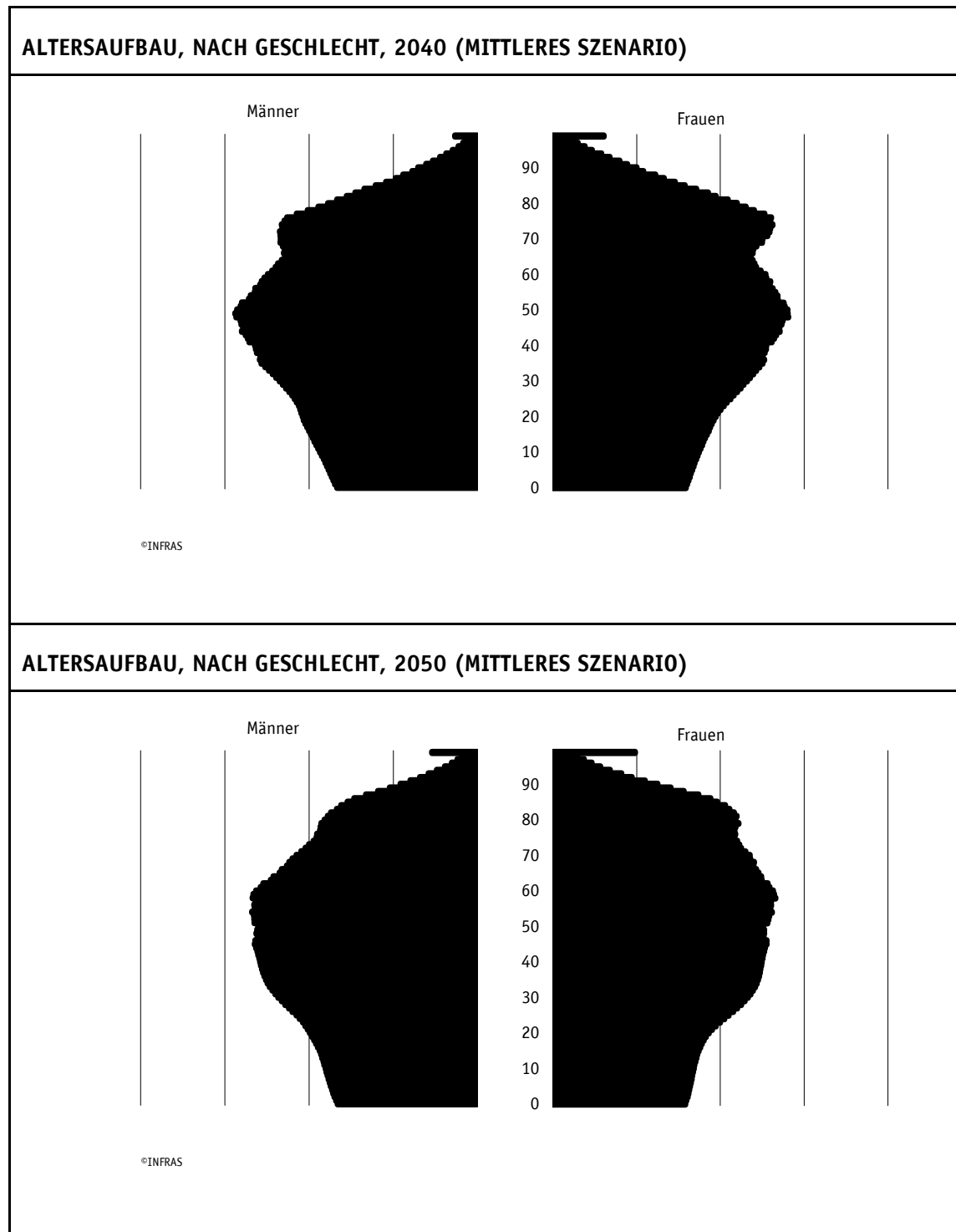
Figur 2 Quelle: BFS (Szenarien 2005–2050), eigene Darstellung.



Figur 3 Quelle: BFS (Szenarien 2005–2050), eigene Darstellung.



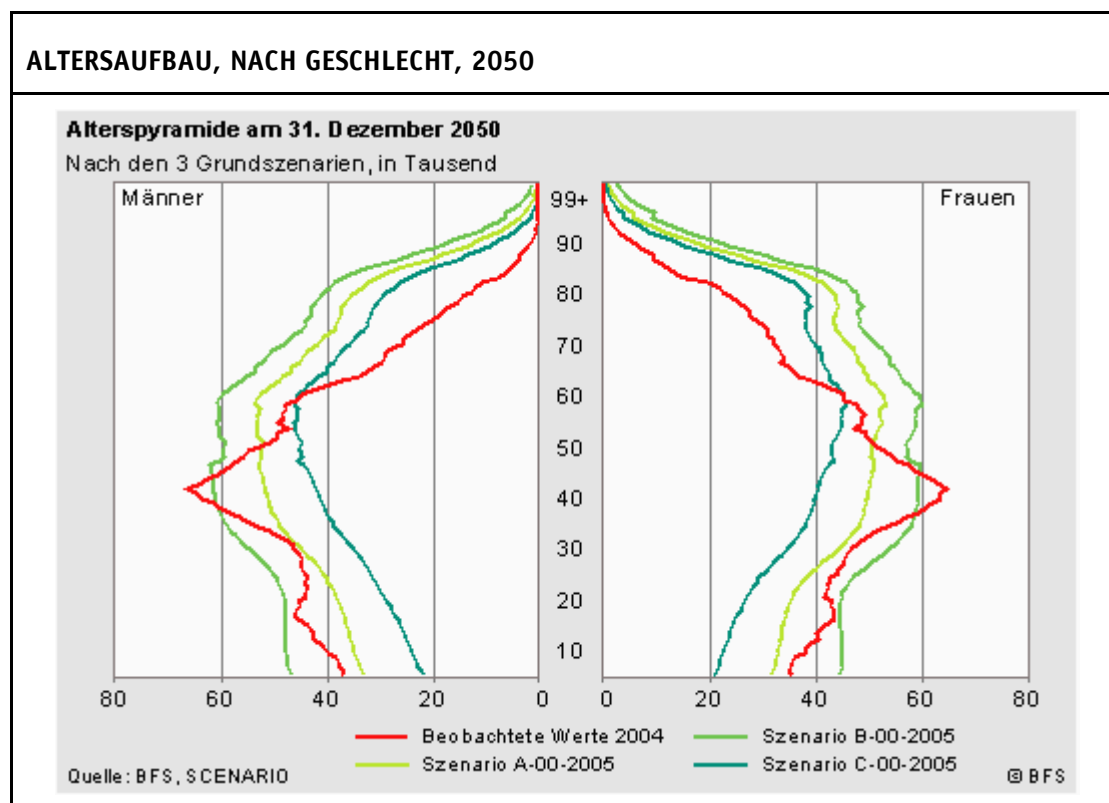
Figur 4 Quelle: BFS (Szenarien 2005–2050), eigene Darstellung.



Figur 5 Quelle: BFS (Szenarien 2005–2050), eigene Darstellung.

Figur 6 fasst die erwarteten Veränderungen im Altersaufbau zwischen 2004 und 2050 zusammen. Die Zahl der Personen ab 50 Jahren und insbesondere ihr Anteil an der Gesamtbe-

völkerung wird gemäss dem mittleren Szenario des BFS (Szenario B in Figur 6) zunehmen, in der Altersgruppe zwischen 30 und 50 Jahren ist ein Rückgang zu erwarten. In der Altersgruppe bis 30 Jahre sind in absoluten Zahlen keine grösseren Veränderungen zu erwarten, der Anteil an der Gesamtbevölkerung dürfte leicht sinken.



Figur 6

3.3.2. ENTWICKLUNG DER AUSLÄNDISCHEN WOHNBEVÖLKERUNG

Für die Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren und sehr wahrscheinlich auch in der Periode bis 2030 ist die Einwanderung aus dem Ausland in die Schweiz entscheidend.

Unter anderem durch die Einführung der Personenfreizügigkeit hat sich die Art der Zuwanderung in die Schweiz in den letzten Jahren stark geändert: Zum einen gewannen Herkunftsländer aus der europäischen Union an Bedeutung: Wuchs die Zahl der Ausländer aus EU/EFTA-Staaten zwischen 1995 und 2002 um 1% gegenüber 9% bei allen Ausländern, waren es im Zeitraum 2002 bis 2008 21% Wachstum bei den Ausländern der EU/EFTA-Staaten gegenüber 11% bei allen Ausländern.² Zum anderen wanderten anders als früher vermehrt

² Quelle: BFS 2009c, eigene Berechnungen.

gut qualifizierte Arbeitskräfte ein. Viele der befragten Experten vermuten, dass dies auch die regionale Verteilung der Zuwanderung beeinflusst hat. Wir untersuchen hier deshalb die Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung in den einzelnen Kantonen vor und nach der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002.

Wir betrachten die Veränderung der Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung. Diese entspricht nicht der Zuwanderung aus dem Ausland, da die ausländische Wohnbevölkerung auch zwischen den Kantonen wandert und durch Geburten wächst. Durch Wegzug ins Ausland, Einbürgerungen und Todesfälle vermindert sich ferner die ausländische Wohnbevölkerung in jeder Periode, so dass die tatsächliche Zuwanderung höher ausfällt. Als erste Näherung können die gut verfügbaren Daten dennoch ein Bild vermitteln, wie sich die internationale Migration auf die Bevölkerungsentwicklung in den Kantonen auswirkt. Dies auch darum, weil wir annehmen, dass sich Todesfälle und Geburten und mindestens teilweise die Einbürgerungen und interkantonalen Wanderungen von Ausländern proportional nicht gross zwischen den Kantonen unterscheiden sollten.

Die Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung in den Kantonen vermittelt ein überraschendes Bild (Tabelle 2).

ENTWICKLUNG DER AUSLÄNDISCHEN WOHNBEVÖLKERUNG					
UNTERSCHIEDE VOR UND NACH DER EINFÜHRUNG DER PERSONENFREIZÜGIGKEIT 2002					
Kanton	Absolute Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung 95–08	Prozentuale Entwicklung 02–08	Prozentuale Entwicklung 95–02	Prozentuale Entwicklung 95–08	Veränderung der prozentualen Entwicklung zwischen 95–02 und 02–08 (Prozentpunkte)
Zürich	67'494	14%	12%	27%	2%
Bern	18'705	7%	10%	18%	-4%
Luzern	10'480	11%	10%	21%	1%
Uri	34	12%	-10%	1%	23%
Schwyz	6'875	22%	12%	37%	11%
Obwalden	1'012	19%	10%	31%	8%
Nidwalden	1'034	17%	13%	32%	4%
Glarus	-758	-3%	-7%	-9%	4%
Zug	7'989	25%	17%	46%	7%
Freiburg	15'880	29%	18%	53%	10%
Solothurn	11'047	13%	15%	30%	-1%
Basel-Stadt	7'564	8%	6%	15%	2%
Basel-Land	10'553	8%	17%	27%	-9%
Schaffhausen	2'738	13%	5%	19%	8%
Appenzell A.Rh.	-612	0%	-8%	-8%	8%
Appenzell I.Rh.	49	5%	-2%	3%	7%
St. Gallen	18'975	11%	11%	23%	0%
Graubünden	3'835	18%	-2%	15%	20%
Aargau	27'282	14%	12%	28%	2%
Thurgau	6'401	13%	1%	15%	12%
Tessin	1'679	7%	-5%	2%	11%
Waadt	49'978	20%	10%	32%	10%
Wallis	14'377	29%	2%	31%	26%
Neuenburg	3'306	7%	2%	9%	5%
Genf	19'973	8%	5%	13%	2%
Jura	235	2%	1%	3%	1%
Schweiz	306'125	13%	8%	22%	5%

Table 2 Quelle: BFS, eigene Berechnungen. Orange eingefärbt sind Kantone, welche sich in einer Periode 5 Prozentpunkte oder mehr unterhalb des Schweizer Mittelwerts entwickelt haben, grün eingefärbt sind Kantone, welche sich in einer Periode 5 Prozentpunkte oder mehr oberhalb des Schweizer Mittels entwickelt haben.

Die stärkste absolute Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung ist wie zu erwarten in den bevölkerungsreichen, wirtschaftsstarken Kantonen (Zürich, Waadt, Aargau, Genf, St. Gallen, Bern) zu verzeichnen.

Das prozentuale Wachstum der ausländischen Wohnbevölkerung verlief jedoch besonders in eher peripheren Kantonen überdurchschnittlich. Zwischen 2002 und 2008 verzeich-

neten hier das Wallis und Freiburg die höchsten Werte vor Zug, Schwyz und Waadt. Auch in Unterwalden (Ob- und Nidwalden), Graubünden sowie im Aargau und in Zürich entwickelte sich die ausländische Wohnbevölkerung überdurchschnittlich. Andere Wirtschaftszentren wie die beiden Basel, Genf und Bern dagegen verzeichneten nach der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 einen unterdurchschnittlichen Anstieg der ausländischen Wohnbevölkerung.

Zwischen 1995 und 2002, also vor Einführung der Personenfreizügigkeit, verlief die Entwicklung nur leicht nuanciert. In den beiden Tourismuskantonen Graubünden und Wallis entwickelte sich die ausländische Wohnbevölkerung damals noch unterdurchschnittlich, während Kantone mit grösseren Zentren wie Bern, Luzern, Basel-Landschaft und St. Gallen damals ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichneten.

Betrachtet man die Veränderung der Entwicklung zwischen den beiden Perioden (in Prozentpunkten), stellt man fest, dass sich nach der Einführung der Personenfreizügigkeit das Wachstum der ausländischen Wohnbevölkerung v.a. in den Kantonen Wallis, Uri³, Graubünden und Thurgau überdurchschnittlich beschleunigt hat, während in Kantonen mit grösseren Zentren wie Zürich, Bern, Luzern, den beiden Basel, Aargau und Genf die Beschleunigung unterdurchschnittlich verlief oder sogar eine Verlangsamung des Wachstums festzustellen war.

Wie oben angeführt, lässt sich von diesen Zahlen nicht direkt auf die Zuwanderung aus dem Ausland schliessen. Dennoch überrascht das Bild, dass sich die ausländische Wohnbevölkerung wohl nicht in absoluten, aber in relativen Zahlen in Kantonen abseits der grossen Zentren zwischen 1995 und 2008 tendenziell dynamischer entwickelt hat, und dass sich nach der Einführung der Personenfreizügigkeit diese Tendenz sogar eher noch verstärkt hat.

Es ist möglich, dass die interkantonalen Wanderungen und die Einbürgerungen zwischen den Kantonen nicht ausgeglichen verlaufen und das Bild verfälschen. Es kann auch sein, dass die Wirkung der Einführung der Personenfreizügigkeit erst mit einiger Verzögerung eintritt und deshalb regional nicht klar sichtbar wird. Dagegen spricht allerdings, dass sich bei der Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung auf unterschiedliche Nationen in der ganzen Schweiz zwischen den beiden Perioden eine klare Veränderung zeigt. Schliesslich ist auch nicht ausgeschlossen, dass sich die Zuwanderung so stark auf die Zentren konzentriert, dass die Konzentration auf kantonaler Ebene nicht sichtbar wird.

3 Die Zahlen des Kantons Uri beruhen auf relativ kleinen Fallzahlen und sind deshalb nur eingeschränkt interpretierbar.

Wir vermuten jedoch, dass durch die Einführung der Personenfreizügigkeit die Zuwanderung auch in Regionen abseits grosser Zentren stark verstärkt wurde, besonders in Tourismuskantonen wie Graubünden und Wallis. Gerade beim Tourismus können auch konjunkturelle Unterschiede zwischen den beiden Perioden den Effekt der Einführung der Personenfreizügigkeit überlagern.

Aus den hier diskutierten Datengrundlagen lässt sich auf jeden Fall nicht der Schluss ziehen, dass in Bergkantonen keine Zuwanderung erfolge. Sie findet zwar auf einem tieferen Niveau statt als in den Zentren, hat aber anscheinend eine überdurchschnittlich zunehmende Tendenz.

3.4. URSACHEN FÜR AKTUELLE DEMOGRAFISCHE TRENDS

Zentrale Bedeutung der Migration

Ausmass und Geschwindigkeit des demografischen Wandels hängen v.a. von den beiden Parametern Migration und Fertilität ab, der Anstieg der Lebenserwartung scheint gemäss den Einschätzungen der befragten Experten eher im Rahmen eines verlässlich prognostizierbaren Bandes zu verlaufen. Besonders in der Schweiz wird die Bevölkerungsentwicklung weit mehr durch die Migration als durch die Fertilität beeinflusst. Besonders auch die regionalen Disparitäten entstehen v.a. durch Migrationsbewegungen, sowohl der Binnen- als auch v.a. der internationalen Migration. Die internationale Migration als prägender Faktor der Bevölkerungsentwicklung wurde im BFS-Szenario 2005-2050 unterschätzt (BFS 2009). Zwar war gleichzeitig bei der Fertilität ein unerwarteter leichter Gegentrend gegenüber den Prognosen festzustellen, dieser hatte aber weniger Auswirkungen auf die festzustellende Abweichung von den berechneten Szenarien. Für die Bevölkerungsszenarien 2010 wird deshalb vom BFS erwogen, ein zusätzliches Szenario mit anhaltend hoher Einwanderung zu berechnen.

Ökonomische Wanderungsbewegungen vs. Wanderungen im Lebenszyklus

Grundsätzlich sind Wanderungen gemäss einigen befragten Experten umso eher ökonomisch bedingt, über je grössere Distanz sie stattfinden. Internationale Migration kann daneben auch kriegerische Ereignisse zum Grund haben. Diese Aussagen gelten allgemein und treffen auch auf die Schweiz zu. Treibender Faktor der Abwanderung aus der Peripherie ist in der Schweiz die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen. Die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen in der Peripherie sinkt wegen des Trends zu hochqualifizierten Dienstleistungen, die v.a. in den

Zentren erbracht werden. Soziale Gründe (Partnerschaft, Familiengründung, Suche nach mehr individueller Freiheit/gesellschaftlichen Möglichkeiten) für die Abwanderung aus der Peripherie spielen in der Einschätzung der befragten Experten in der Schweiz eine im Vergleich eher untergeordnete Rolle.

Die Wanderungen zwischen periurbanen Gebieten und Zentren sind gemäss der Mehrheit der befragten Experten hingegen nicht primär wirtschaftlich, sondern durch den Lebenszyklus und andere soziale Gründe bedingt. Zwar ist zu erwarten, dass die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen in periurbanen Gebieten in Zukunft sinkt, durch die verhältnismässig gute Erreichbarkeit der Zentren und ihrer Gürtel (siehe Anhang) sind jedoch die ökonomischen Anreize zur Wanderung eher klein, auch da die Lebenskosten mit zunehmender Zentralität zunehmen und das frei verfügbare Einkommen sinkt (siehe Anhang).

Verstärkung der regionalen Disparitäten durch die neue Zuwanderung

Das Ungleichgewicht zwischen den Regionen wird durch die neue Art der Zuwanderung tendenziell verstärkt. Viele der befragten Experten weisen darauf hin, dass früher Zuwanderer v.a. in gering qualifizierten Berufen benötigt wurden. Diese Arbeitsplätze sind oft eher peripher angesiedelt, sei es in der Landwirtschaft oder im Tourismus. Die frühere Zuwanderung bot damit ein gewisses Gegengewicht zur Binnenmigration der höher qualifizierten Einheimischen in die Zentren.

Dieses Bild hat sich aus verschiedenen Gründen geändert. Zum einen werden in gewissen Branchen der Peripherie (v.a. Landwirtschaft) aufgrund des allgemeinen Strukturwandels weniger Arbeitskräfte als früher benötigt. V.a. aber ist zum anderen durch die Personenfreizügigkeit die Einwanderung von Hochqualifizierten viel geringeren Restriktionen ausgesetzt als früher. Diese „neuen Zuwanderer“ sind v.a. in den Zentren beschäftigt und nehmen auch dort Wohnsitz. Ausländische Hochqualifizierte haben gemäss Einschätzung der meisten Befragten eine stärkere Präferenz für die Zentren als Wohnort als Einheimische, weil sie dort eher für sie günstige soziale Strukturen und Kontakte vorfinden.

Mit steigender Präsenz dieser Gruppe von Arbeitskräften am Arbeitsmarkt kann es auch für die Unternehmen wichtiger werden, in den Zentren oder nahe davon angesiedelt zu sein, was die regionalen Arbeitsplatzdisparitäten verstärken würde.

Etwas relativieren lässt sich diese Aussage mit den in Tabelle 2 dargestellten Zahlen. Diese beziehen sich nicht direkt auf die Zuwanderung, weisen aber darauf hin, dass die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf die Zuwanderung in den verschiedenen Regionen nicht eindeutig sind.

3.5. ZUSAMMENFASSUNG

Die Schweizer Bevölkerung wird im Zeitraum bis 2030 altern. Der stärkste Jahrgang war im Jahr 2000 knapp 40 Jahre alt und wird auch im Jahr 2030 gemäss mittlerem Szenario 2005–2050 des BFS (2006) als dann zumal knapp 70-jährig von grosser Bedeutung sein. Als stärkster Jahrgang wird er aber bereits zu diesem Zeitpunkt abgelöst werden von den dann zumal knapp 40-Jährigen. Diese Jahrgänge werden durch die momentan intensive Zuwanderung verstärkt. Sie werden den Trend zur Alterung insgesamt etwas abschwächen, aber nicht umkehren. Die Alterspyramide zeigt die Form einer Urne oder auch, bildlich gesprochen, einer Schlange, die im Begriff ist, ihre Beute zu verdauen. Bis 2050 wird der grosse Anteil der älteren Bevölkerung vermutlich etwas zurückgegangen sein. Die Unsicherheit bei den Prognosen des BFS (2006) betrifft v.a. das zukünftige Ausmass der Zuwanderung. Vermutlich wird die Bevölkerung weiter wachsen, getragen v.a. von der Zuwanderung, bis 2030 je nach Szenario auch von einem leichten Geburtenüberschuss.

Die regionale Entwicklung wird v.a. von der Binnenmigration und der regional unterschiedlichen Zuwanderung aus dem Ausland getragen. Abwanderung und fehlende Zuwanderung ist v.a. in peripher gelegenen Regionen zu erwarten, die Zuwanderung aus dem Ausland erfolgt v.a. in die Zentren. Durch die Einführung der Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung höher qualifizierter Arbeitskräfte ist zu erwarten, dass sich die regionalen Ungleichgewichte weiter verstärken, der Zusammenhang kann jedoch hier nicht quantitativ erhärtet werden. Wanderungen zwischen Regionen haben zwei hauptsächliche Gründe, sie sind einerseits wirtschaftlich bedingt und andererseits von veränderten Bedürfnissen im Lebenszyklus. Für weite Teile der Schweiz, für die Zentren, suburbanen und periurbanen Gemeinden und auch für ländliche Pendlergemeinden sind v.a. letztere massgebend. In agrarisch-peripheren Gemeinden spielen auch wirtschaftliche Gründe für den Entscheid zur Wanderung eine Rolle. Die Zuwanderung aus dem Ausland ist v.a. wirtschaftlich bedingt.

4. DEMOGRAFISCHER WANDEL IN DER SCHWEIZ UND IN EUROPA

Im Fokus dieses Kapitels steht die Frage, wie sich der demografische Wandel in den verschiedenen Regionen und funktionalen Räumen in den nächsten 20 Jahren ausprägt und wie dieser im Vergleich zur Entwicklung in Europa einzuordnen ist. Zur Entwicklung auf Ebene funktionaler Raumtypen stützen wir uns auf die verfügbaren Datengrundlagen und die Aussagen der befragten Experten. Als Datengrundlage verwendet wurden die Szenarien des ARE (2004) die nach funktionalen Raumtypen differenzieren. Neben schweizweiten Szenarien des BFS auf Kantonsebene sind zusätzliche Untersuchungen der Kantone vorhanden, welche nach verschiedenen Räumen innerhalb der Kantone differenzieren, was weitere Hinweise auf die je nach funktionalem Raum verschiedenartige Entwicklung liefern kann. Jedoch sind die Entwicklungen in den Regionen der Kantone immer auch durch spezielle Faktoren der einzelnen Fälle bedingt, und die Methodik der Studien der einzelnen Kantone ist nicht direkt vergleichbar, was die Übertragbarkeit auf andere Kantone und die Möglichkeit von allgemeinen Schlüssen einschränkt.

Auf der Grundlage dieser Daten und der Aussagen der befragten Experten skizzieren wir im Folgenden den Wandel bis 2030, wie wir ihn für die einzelnen Raumtypen erwarten (4.1.1). Die einzelnen Datengrundlagen auf den drei verfügbaren Ebenen – Kantone, funktionale Räume, Regionen in einzelnen Kantonen – werden danach besprochen (4.1.2, 4.1.3, 4.1.4). Ein Vergleich der Schweiz mit der Situation im europäischen Ausland heute und im Jahr 2030 (4.2) zeigt auf, wo die Schweizer Regionen stehen. Der Vergleich bietet zudem die Möglichkeit, den künftig zu erwartenden Problem- und Handlungsdruck im Licht der aktuellen Situation in benachbarten Regionen des Kontinents abzuschätzen.

4.1. ENTWICKLUNG IN DER SCHWEIZ BIS 2030

4.1.1. NACH RAUMTYPEN

Die verschiedenen Studien machen Angaben auf Ebene der Kantone, der 13-teiligen Gemeindetypologie des ARE und einzelner Kantonsregionen. In diesem Abschnitt werden Schlussfolgerungen für die zu erwartende demografische Entwicklung in der 9-teiligen Gemeindetypologie des BFS gezogen. Die Schlussfolgerungen basieren auf den beiden erwähnten Grundlagen:

- › Ergebnisse und Erkenntnisse der dargelegten Studien und Datengrundlagen,
- › Erkenntnisse aus den Experteninterviews mit zwölf Personen aus Wissenschaft und Verwaltung (siehe Liste der befragten Experten im Anhang).

Zuerst werden im Folgenden unsere Schlussfolgerungen für die 13 Raumtypen nach ARE einzeln ausgeführt. Die 13 Typen sind dabei wie auch in den Datengrundlagen auf dieser Ebene (siehe Abschnitt 4.1.3) zu 9 Typen zusammengefasst. Anschliessend gehen wir näher auf die Aussagen der einzelnen Datenquellen ein.

Grosszentren

Grosse Zentren werden gemäss ARE (2004) einen Bevölkerungsrückgang verzeichnen, andere Studien deuten aber auch auf weiteres Wachstum hin. Die gesellschaftliche Alterung dürfte in den Zentren am wenigsten zu spüren sein, der Bevölkerungsanteil im erwerbsfähigen Alter wird dort am höchsten sein. Dass sich die ältere Bevölkerung bevorzugt in den Zentren selbst ansiedelt, ist weder aus den Daten noch aus den durchgeführten Interviews zu erwarten.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen kann nicht klar vorhergesagt werden. Einige der befragten Experten weisen darauf hin, dass sich die Attraktivität der Grosszentren für Familien markant verbessern könnte, wenn die Lebensqualität spürbar gesteigert und die Infrastruktur für Familien ausgebaut werden kann. Die Studie des Kantons Zürich (2009) geht davon aus, dass der Anteil der Jugendlichen in der Stadt Zürich steigt. Andere Befragte gehen hingegen davon aus, dass die Abwanderung von Familien in periurbane Gemeinden sich gegenüber den Prognosen des BFS akzentuieren wird, wenn die ältere Bevölkerung in die verschiedenen Zentren strömen sollte und ein grosser Gebäudepark günstig verfügbar werden könnte.

Die Anzahl der Arbeitsplätze in den Grosszentren wird nach den Prognosen des ARE (2004) sinken, von den befragten Experten wird aber mehrheitlich erwartet, dass die Konzentration der Arbeitsplätze auf urbane Räume sich weiter akzentuieren wird. Unklar bleibt, inwiefern davon die Grosszentren selbst oder ihre unmittelbare Umgebung (z.B. die Nebenzentren) profitieren werden. Im Kontext des demografischen Wandels wird die Alterung in den Grosszentren nicht das dominante Themenfeld sein, sondern vielmehr die (Erst-) Integration der internationalen MigrantInnen.

Nebenzentren der Grosszentren

Die Nebenzentren der Grosszentren dürften ebenfalls weiter wachsen, allerdings lediglich ungefähr im nationalen Schnitt. Die gesellschaftliche Alterung dürfte in diesen Gemeinden relativ wenig zu spüren sein, der Bevölkerungsanteil im erwerbsfähigen Alter wird dort zusammen mit den Grosszentren am höchsten sein. Eine besondere Attraktivität der Neben-

zentren von Grosszentren für die ältere Bevölkerung lässt sich weder aus den untersuchten Daten noch aus den durchgeführten Interviews ableiten.

Die Anzahl der Arbeitsplätze in den Nebenzentren von Grosszentren wird nach den Prognosen des ARE (2004) stark steigen, da diese Gemeinden von steigenden Preisen in den Grosszentren selbst profitieren und je nach Branche häufig auch eine bessere Verkehrsanbindung bieten. Auch von den befragten Experten wird mehrheitlich erwartet, dass die Konzentration der Arbeitsplätze auf urbane Räume sich weiter akzentuieren wird. Im Kontext des demografischen Wandels wird die Alterung in den Nebenzentren von Grosszentren nicht das dominante Themenfeld sein.

Mittelzentren

Mittelzentren werden gemäss den Voraussagen einen leichten Bevölkerungs- und Arbeitsplatzrückgang verzeichnen. Die gesellschaftliche Alterung dürfte in den Mittelzentren etwas stärker zu spüren sein als in den Grosszentren, aber dennoch unter dem landesweiten Durchschnitt liegen. Der Bevölkerungsanteil im erwerbsfähigen Alter wird relativ hoch sein. Für einen Teil der älteren Bevölkerung werden Mittelzentren als Alterswohnsitz attraktiver werden.

Die Anzahl der Arbeitsplätze in den Mittelzentren wird nach den Prognosen des ARE (2004) leicht sinken, von den befragten Experten wird aber mehrheitlich erwartet, dass die Konzentration der Arbeitsplätze auf urbane Räume sich weiter akzentuieren wird. Unklar bleibt, inwiefern davon Grosszentren und ihre unmittelbare Umgebung profitieren werden und inwiefern auch Mittelzentren Chancen haben, von diesem Trend zu profitieren. Im Kontext des demografischen Wandels wird die Alterung in den Zentren nicht das dominante Themenfeld sein.

Gürtel der Grosszentren

Im Gürtel der Grosszentren ist ein stark überdurchschnittliches Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum zu erwarten. Der Anteil der älteren Bevölkerung wird sich gegenüber heute erhöhen, aber weniger stark als in periphereren Regionen. Das Ausmass wird davon abhängen, inwieweit ältere Bevölkerungsgruppen die Nähe der Zentren suchen. Die befragten Experten vertreten hierzu unterschiedliche Meinungen. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird überdurchschnittlich sein, der Anteil der Kinder und Jugendlichen wohl etwa im Durchschnitt des Landes liegen. Im Kontext des demografischen Wandels wird die Alterung im Gürtel der Grosszentren nicht das dominante Themenfeld sein, ausser im

einkommensstarken Teil dieses Raums, wo gegenüber dem übrigen Gürtel der Grosszentren eine spezielle Situation besteht.

In einkommensstarken Teilen des Gürtels der Grosszentren ist keine grosse Veränderung der Bevölkerungszahl zu erwarten. In diesen Gemeinden wird der Anteil der älteren Bevölkerung zu den höchsten gehören. Da diese Gemeindetypen schon heute eine relativ alte Bevölkerung aufweisen, wird die Alterung aber trotzdem weniger ausgeprägt sein als in den agrarischen Gemeinden. Der Anteil der Erwerbsfähigen und der Jugendlichen wird gegenüber heute weiter zurückgehen und unter dem zukünftigen Durchschnitt liegen. Im Kontext des demografischen Wandels wird die Alterung in den einkommensstarken Gemeinden ein dominantes Themenfeld sein.

Gürtel der Mittelzentren

Im Gürtel der Mittelzentren ist im Zeitraum bis 2030 ein leicht überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum zu erwarten, und auch die Zahl der Arbeitsplätze dürfte überdurchschnittlich steigen.

Der Anteil der älteren Bevölkerung wird sich gegenüber heute erhöhen, aber weniger stark als in peripheren Regionen. Das Ausmass wird davon abhängen, inwieweit ältere Bevölkerungsgruppen die Nähe der Zentren suchen. Die befragten Experten vertreten hierzu unterschiedliche Meinungen. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird überdurchschnittlich sein, der Anteil der Kinder und Jugendlichen wohl etwa im Durchschnitt des Landes liegen. Im Kontext des demografischen Wandels wird die Alterung im Gürtel der Mittelzentren relevant, aber nicht das dominante Themenfeld sein.

Touristische Gemeinden

Touristische Gemeinden dürften vom demografischen Wandel tendenziell weniger betroffen sein als andere Gemeindetypen. Im Tourismus werden nach Ansicht der meisten befragten Experten auch in Zukunft viele junge, tendenziell gering qualifizierte Personen tätig sein. Durch den spezifischen Bedarf an Arbeitskräften ist die Altersstruktur der Bevölkerung zu einem guten Teil vorgegeben. Insgesamt werden für touristische Gemeinden leichte Bevölkerungs- und etwas stärkere Arbeitsplatzverluste erwartet.

Auch bei starker Entwicklung des Tourismus in einzelnen Orten wird von den sich äussernden Befragten nicht erwartet, dass daraus grössere demografische Impulse in die weitere (periphere) Umgebung ausstrahlen. Durch die unregelmässigen Arbeitszeiten generiere der Tourismus nur einen sehr kleinen Pendelperimeter. Wie Tabelle 3 anhand von vier ausgewählten Beispielen zeigt, wohnen in den Tourismusorten die allermeisten Beschäftigten

im Ort selbst. Auch bei grösseren Tourismuszentren wie Zermatt pendeln nur 8 von 100 Werkstätigen zu. Etwas höher ist der Anteil im grenznahen Scuol und in Grindelwald. Bei einer kleineren Station wie Savognin sinkt der Zupendleranteil auf 5%. Ein Grossteil der Zupendler wohnt zudem in einem engeren Perimeter bis 25 km vom Arbeitsort entfernt. Zum Vergleich: Im Mittelland erreichen die Zupendleranteile Werte von 30-50%.⁴

PENDLERPERIMETER TOURISTISCHE GEMEINDEN			
Gemeinde	Anteil Wohnbevölkerung	Zupendler Perimeter bis 25 km	Zupendler Perimeter bis 50 km
Grindelwald	84.8%	3.4%	9.1%
Savognin	95.8%	0.7%	1.3%
Scuol	88.0%	4%*	4%*
Zermatt	92.2%	4%	2.6%

Tabelle 3 Quelle: BFS, eine detailliertere Auswertung des Pendlerperimeters der vier Gemeinden findet sich im Anhang. *Aufgrund fehlender Daten sind hier die in Österreich und Italien wohnhaften und in diese Perimeter fallende Arbeitskräfte nicht mit eingerechnet.

Die kurze Analyse lässt vermuten, dass die arbeitsmarktliche Ausstrahlungskraft auf regionale Zupendler eher beschränkt ist. Damit ist auch anzunehmen, dass das relativ kleinräumige Nebeneinander von agrarisch-peripheren und touristischen Gemeinden durch die weitere Entwicklung des Tourismus kaum verschwindet, ausser die touristische Infrastruktur selbst wird in neuen Gebieten angesiedelt (wie z.B. in Andermatt). Im Kontext des demografischen Wandels wird die Alterung in den touristischen Gemeinden nicht das dominante Themenfeld sein.

Kleinzentren

Zum Teil sind Kleinzentren im Ausstrahlungsgebiet von Metropolitanräumen gelegen, zum Teil stellen sie regionale Subzentren in peripheren Regionen dar. Entsprechend gemischt präsentieren sich ihre demografischen Perspektiven. Die Zahl der Arbeitsplätze dürfte in den meisten Kleinzentren eher rückläufig sein. Die Bevölkerung wird dagegen wohl eher wachsen, wenn auch unterdurchschnittlich. Besonders ausgeprägt wird das Wachstum in denjenigen Kleinzentren sein, die im Ausstrahlungsgebiet von grösseren Zentren liegen. Die Repräsentation der einzelnen Altersgruppen wird vermutlich nicht markant vom zukünftigen Durchschnitt abweichen. Im Kontext des demografischen Wandels wird die Alterung in den Kleinzentren ein dominantes Themenfeld sein.

⁴ Z.B. Bolligen 50%, Widnau 37%, Heimberg 51%, Raron 30%, Thalwil 50%, Dornach 40%.

Periurbane ländliche Gemeinden

Dieser Raumtyp ist vom demografischen Wandel tendenziell stärker betroffen als Gemeinden im Gürtel von Zentren. Der Anteil der älteren Bevölkerung wird mit zunehmender Distanz vom Zentrum zunehmen, weil die Zuwanderung im Rahmen des Lebenszyklus aus den Zentren mit steigender Fahrzeit geringer wird. Einige der befragten Experten gehen zudem davon aus, dass viele der neuen internationalen MigrantInnen auch in späteren Generationen nicht die Lebenszyklus-Wanderungsmuster der autochthonen Bevölkerung annehmen und sich stärker auf die Zentren konzentrieren. Da der Anteil der aktiven Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Zukunft wohl höher sein wird als heute, wird der Zuzug in periurbane ländliche Gemeinden wohl geringer ausfallen. Insgesamt ist wohl ein Bevölkerungswachstum etwa im nationalen Durchschnitt zu erwarten. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen dürfte überdurchschnittlich hoch sein, gegenüber dem heutigen Stand wohl allerdings ebenfalls sinken. Die Zahl der Arbeitsplätze wird hingegen schrumpfen. Die Verlagerung vom Arbeiten zum Wohnen in diesem Raumtyp dürfte sich also fortsetzen. Einige der befragten Experten sind überdies der Ansicht, dass periurbane ländliche Gemeinden neben einkommensstarken und peripheren Gemeinden bevorzugte Wohnorte von Älteren sein werden. Andere gehen allerdings davon aus, dass der Anteil von älteren Bewohnern hier am tiefsten sein wird, da Ältere tendenziell zentrumsnähere Wohnorte bevorzugen oder aber in den noch periphereren Agrargemeinden verbleiben. Im Kontext des demografischen Wandels wird die Alterung in den ländlichen Pendlergemeinden ein dominantes Themenfeld sein.

Agrargemeinden

Dieser Raumtyp ist der am periphersten gelegene. Sowohl für die Bevölkerung als auch für die Arbeitsplätze wird bis 2030 ein markanter Rückgang um 3% bzw. 14% erwartet. Die Abwanderung aus diesen Räumen wird gemäss den befragten Experten nicht unbedingt höher sein als aus anderen Raumtypen, aber die Zuwanderung fehlt weitgehend. Der Anteil der älteren Bevölkerung dürfte in diesem Raumtyp zusammen mit den einkommensstarken Gemeinden am höchsten sein. Der Anteil der Jugendlichen dürfte wohl gegenüber heute leicht fallen und im zukünftigen Schweizer Durchschnitt liegen. Aufgrund des hier speziell geringen Anteils der Erwerbsfähigen erreichen aber sowohl Alters- als auch Jugendquotienten Spitzenwerte.

Für die zukünftige Altersstruktur und Entwicklung der Wohnbevölkerung in diesem Raumtyp weisen einige Befragte darauf hin, dass vieles davon abhängen wird, inwiefern durch verkehrliche und raumplanerische Massnahmen die Attraktivität dieses Raums gegen-

über näher an den Zentren gelegenen Räumen beeinflusst wird. Werden agrarische Gemeinden zu periurbanen ländlichen Gemeinden, sehen ihre demografischen Entwicklungsperspektiven anders aus.

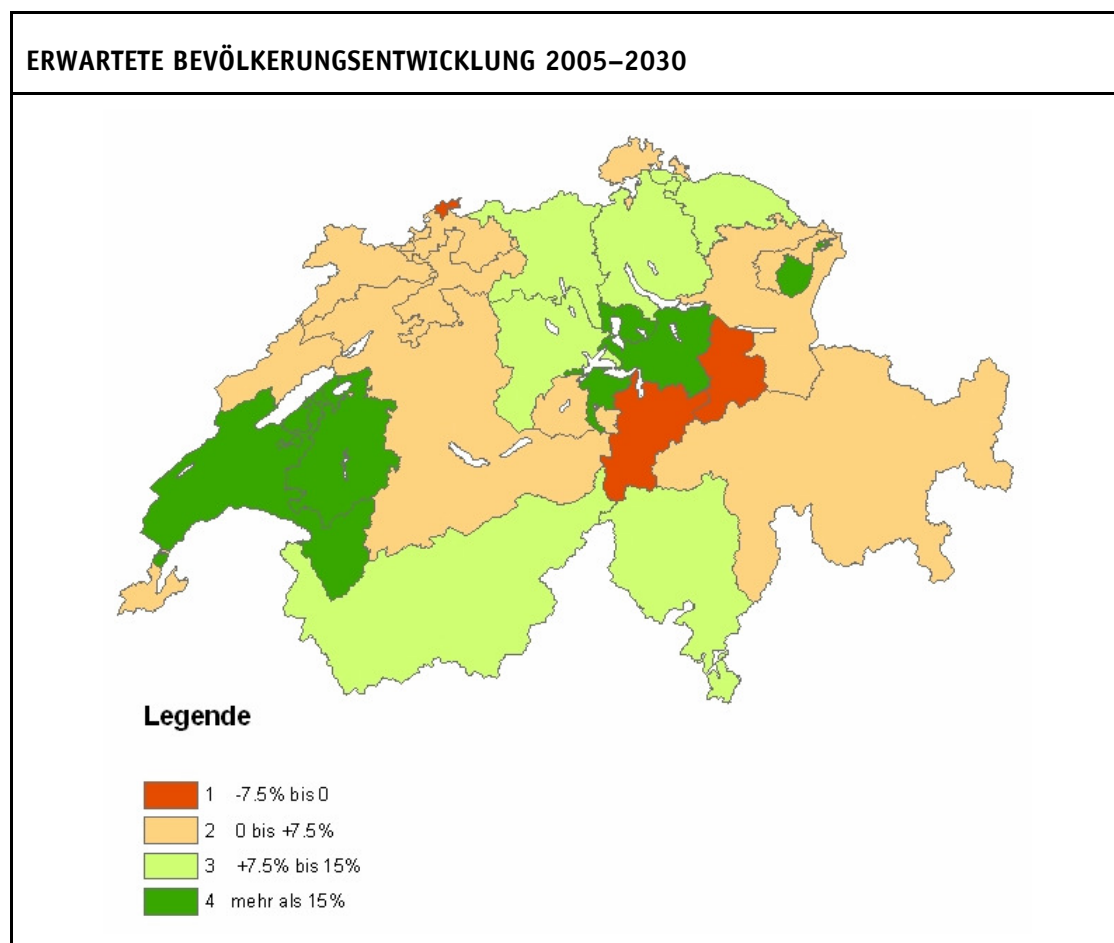
Einzelne der befragten Experten geben darüber hinaus zu bedenken, dass sich die wirtschaftliche Aktivität in der Peripherie weniger reduzieren wird, als der Bevölkerungsrückgang dies vermuten liesse, da der Wohnort den tatsächlichen Aufenthaltsort nur ungenügend wiedergibt. Diese Befragten gehen davon aus, dass ein Teil der Abwandernden durch Zweitwohnen weiterhin einen bedeutenden Teil ihrer Zeit in der Peripherie verbringen und dort auch ihre Konsumausgaben tätigen. Dies gilt besonders für das Berggebiet. Der Fokus auf das Wohnortprinzip betont den Schrumpfungsprozess also tendenziell zu stark. Im Kontext des demografischen Wandels wird die Alterung in Agrargemeinden ein dominantes Themenfeld sein.

4.1.2. BEVÖLKERUNGSSZENARIEN AUF EBENE KANTONE

Das BFS veröffentlicht neben Bevölkerungsszenarien für die ganze Schweiz auch solche auf Ebene der Kantone. Aus diesen ergibt sich ein erstes Bild, wie sich die Bevölkerungsentwicklung bis 2030 auf die einzelnen Regionen verteilen wird und wie sich die Bevölkerung in Zukunft zusammensetzt. Berechnet werden ein Szenario mit tiefer Einwanderung, tiefer Geburtenrate und langsamem Anstieg der Lebenserwartung (tiefes Szenario), ein Szenario mit relativ hoher, aber gegenüber heute rückläufiger Einwanderung, etwas steigender Geburtenrate und relativ schnellem Anstieg der Lebenserwartung (hohes Szenario) und ein mittleres Szenario, welches die aktuellen Trends fortschreibt, jedoch eine sinkende Einwanderung annimmt. Die in den letzten Jahren festzustellende, unerwartet starke Einwanderung zeigt jedoch, dass die Prognosen immer mit Unsicherheiten behaftet sind. Münz et al. (2001, 2002) rechneten in Unterschied zu den Bevölkerungsszenarien des BFS (BFS 2000) mit einer stärkeren Einwanderung und einer stärkeren Zunahme der Lebenserwartung. Dies führt dazu, dass die Bevölkerung bei Münz et al. erst zu einem späteren Zeitpunkt schrumpft. Diese unterschiedlichen Voraussagen illustrieren auch, dass die Ausgestaltung der Migrationspolitik für die weitere Bevölkerungsentwicklung entscheidender sein wird als diejenige der Familienpolitik.

Im Folgenden diskutieren wir die erwartete Bevölkerungsentwicklung (mittleres Szenario) und ihre Zusammensetzung hinsichtlich Altersgruppen. Dabei stellen wir zum einen den Gesamtquotient dar, also das Verhältnis aller nicht-erwerbsfähigen Altersgruppen (Jugendliche, Ältere) zur erwerbsfähigen Altersgruppe. Zur Unterscheidung von Jugend- und Alters-

lasten werden auch die Altersquotienten (Verhältnis der Älteren zu den Erwerbsfähigen) und der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung betrachtet. Daneben wird die kantonale Wirtschaftsleistung kurz angesprochen als Versuch, die Herausforderungen je Region erfassen zu können.



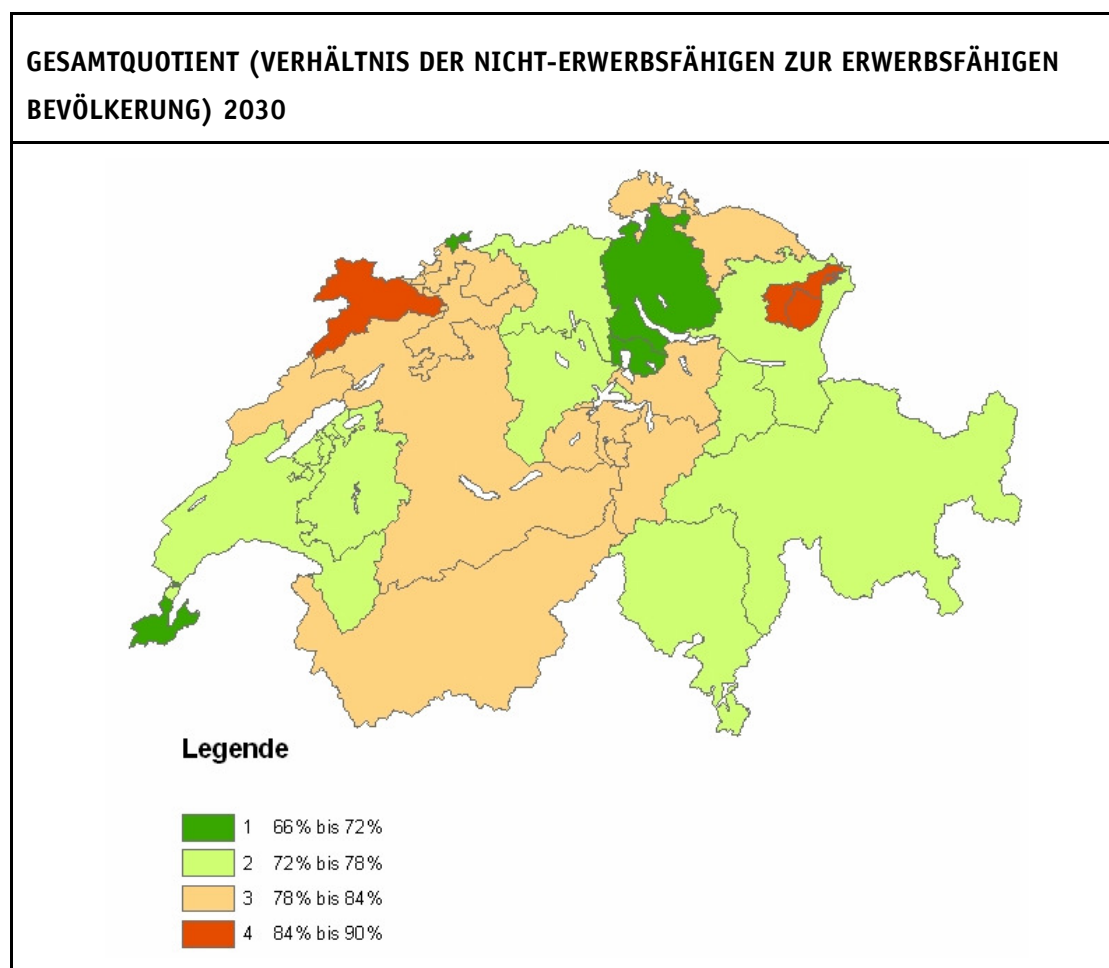
Figur 7 Quelle: BFS.

Die Figur 7 zeigt, dass die Bevölkerung in den Kantonen Basel-Stadt, Uri und Glarus gemäss Prognose zurückgehen wird. Während Basel-Stadt ein Grosszentrum ist, sind Uri und Glarus ländlich-industriell geprägte Kantone. Die Gründe für den Bevölkerungsrückgang dürften somit in diesen Kantonen unterschiedlicher Natur sein. Stark wachsen wird die Bevölkerung v.a. in einigen Kantonen der Zentralschweiz, in Appenzell Innerrhoden, Freiburg und Waadt. Weniger akzentuiertes, aber immer noch überdurchschnittliches Wachstum wird für die Kantone Zürich, Luzern, Aargau, Thurgau, Tessin und Wallis erwartet. Nur unterdurchschnittliches Wachstum dürften die restlichen Kantone erreichen.

Interpretiert man das Muster auf funktionaler Ebene so zeigt sich, dass sich die Zentren der Grossräume und die peripheren, agrarisch oder industriell geprägten Gebiete unterdurchschnittlich entwickeln oder sogar einen Bevölkerungsrückgang verzeichnen. Das Umfeld der Metropolitanräume, besonders die etwas weiter entfernten Gebiete in angrenzenden Kantonen, dürfte sich dagegen überdurchschnittlich entwickeln. Eher nicht in dieses Muster passt die erwartete überdurchschnittliche Entwicklung der Bevölkerung in den Kantonen Tessin und Wallis und die unterdurchschnittliche Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft.

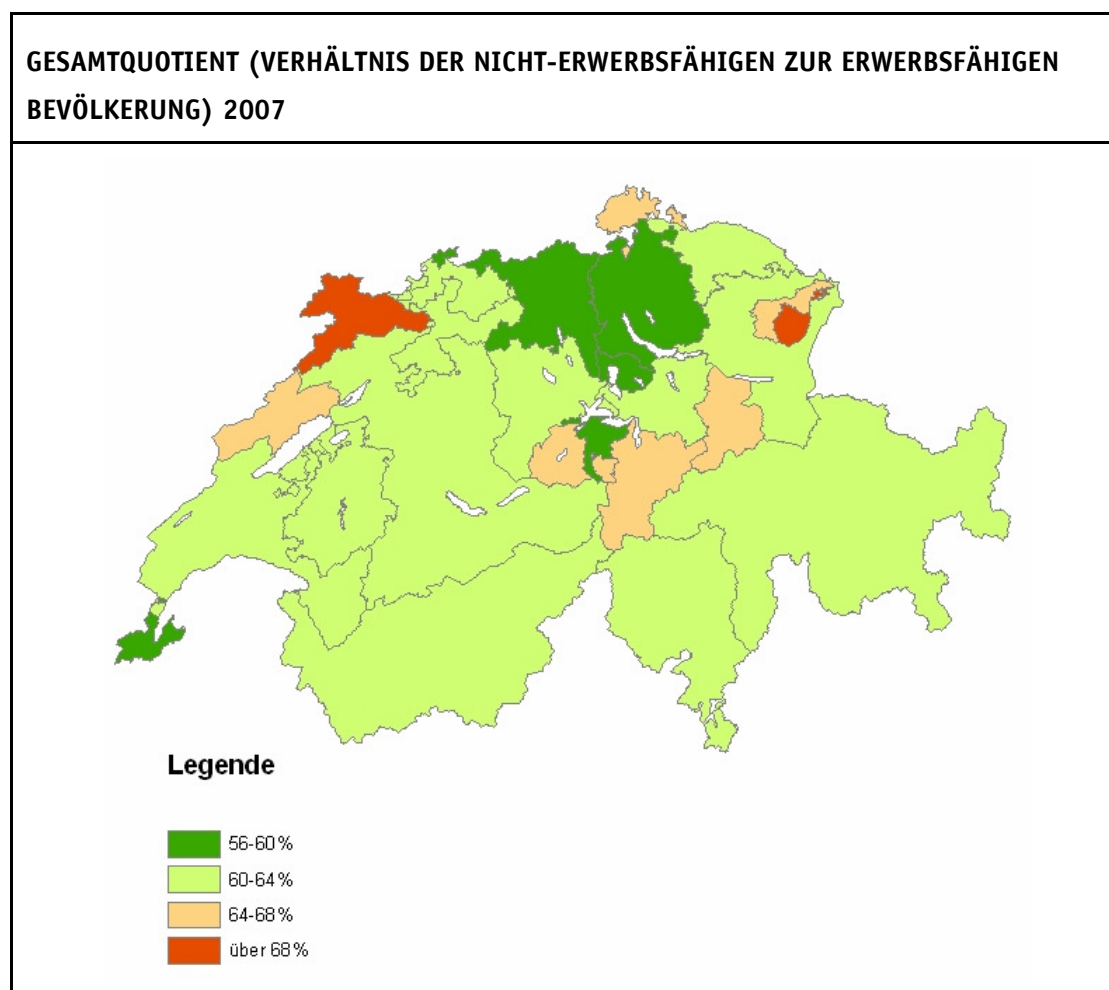
Die insgesamt erwartete Entwicklung der Bevölkerung sagt allerdings noch wenig aus über die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Altersgruppen. Im Kontext dieser Studie ist jedoch v.a. auch diese relevant. Sie wird im Folgenden deshalb anhand verschiedener Kennzahlen näher betrachtet.

Der Gesamtquotient gibt das Verhältnis zwischen Personen im erwerbsfähigen Alter (20-64) und dem Rest der Bevölkerung (Kinder und Jugendliche, Ältere) an, ausgedrückt als der Anteil der nicht Erwerbsfähigen an der Zahl der Erwerbsfähigen.



Figur 8 Quelle: BFS, eigene Berechnungen.

Figur 8 zeigt den erwarteten Gesamtquotienten im Jahr 2030. Es wird erwartet, dass der Anteil der nicht erwerbsfähigen Bevölkerung besonders in den beiden Appenzell und dem Kanton Jura hoch ist. In diesen Kantonen kommt nur wenig mehr als ein Erwerbsfähiger auf einen Nicht-Erwerbsfähigen. Stark überdurchschnittlich wird sich der Anteil der Erwerbsfähigen in den Kantonen Zürich, Zug, Basel-Stadt und Genf entwickeln. Dort entfallen rund drei Erwerbsfähige auf zwei Nicht-Erwerbsfähige. Ebenfalls überdurchschnittlich wird der Anteil der Erwerbsfähigen nach diesen Erwartungen in Luzern, Glarus, Freiburg, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Tessin und Waadt sein. Generell scheint der Anteil der Erwerbsfähigen in den Wirtschaftszentren und ihrer Umgebung eher hoch, in ländlichen Gebieten eher tief zu sein. In touristischen Gebieten sind allerdings zum Teil ebenfalls hohe Anteile der Erwerbsfähigen zu erwarten (Graubünden). Dieses Muster ist allerdings nicht überall zu erkennen.

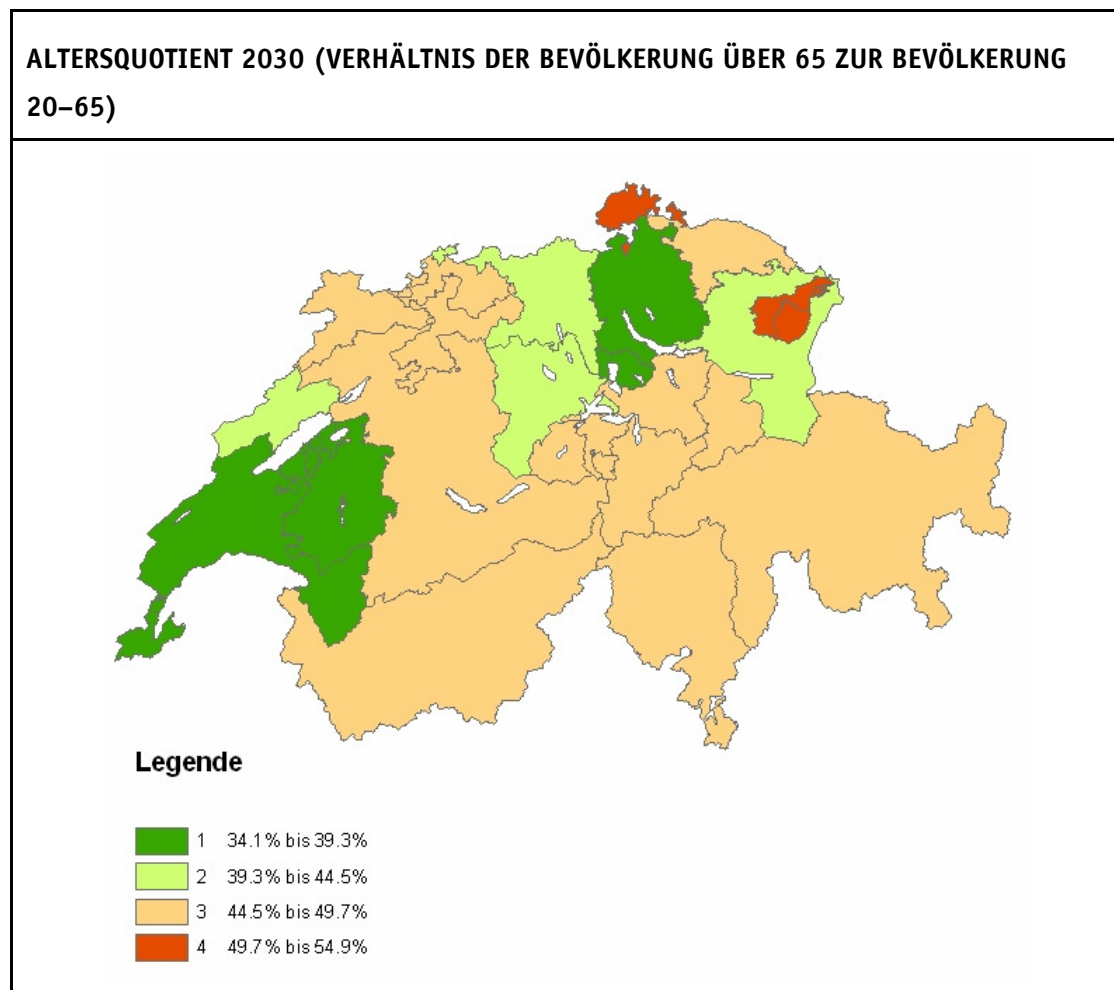


Figur 9

Zum Vergleich mit der im Jahr 2030 erwarteten Verteilung der Altersgruppen ist in Figur 9 der Gesamtquotient im Jahr 2007 festgehalten. Die Karte zeigt, dass das zahlenmässige Verhältnis der nicht-erwerbsfähigen zur erwerbsfähigen Bevölkerung in den aktuell am meisten von der Alterung betroffenen Kantonen (Appenzell-Innerrhoden und Jura, 68 bis 72% im Jahr 2007) etwa dem erwarteten Verhältnis in den 2030 am wenigsten betroffenen Kantonen entspricht (Zürich, Zug, Basel-Stadt und Genf mit 66 bis 72%). Das erwartete Muster der Kantone für das Jahr 2030 (Figur 8) ist bereits heute annäherungsweise anzutreffen (Figur 9), einzig der Kanton Nidwalden scheint markant schneller zu altern als der Durchschnitt, und im Kanton Glarus dürfte die Alterung gemäss den Erwartungen etwas weniger schnell voranschreiten als im Schweizer Durchschnitt.

Ein tiefer Anteil der Erwerbsfähigen kann sowohl auf eine stark vorangeschrittene Alterung hinweisen als auch auf einen grösseren Anteil von Kindern und Jugendlichen. Um die beiden Ursachen auseinander zu halten, wird als nächstes der Altersquotient betrachtet, das

Verhältnis von Personen im erwerbsfähigen Alter (20-64 Jahre) und älteren Personen (ab 65 Jahren).

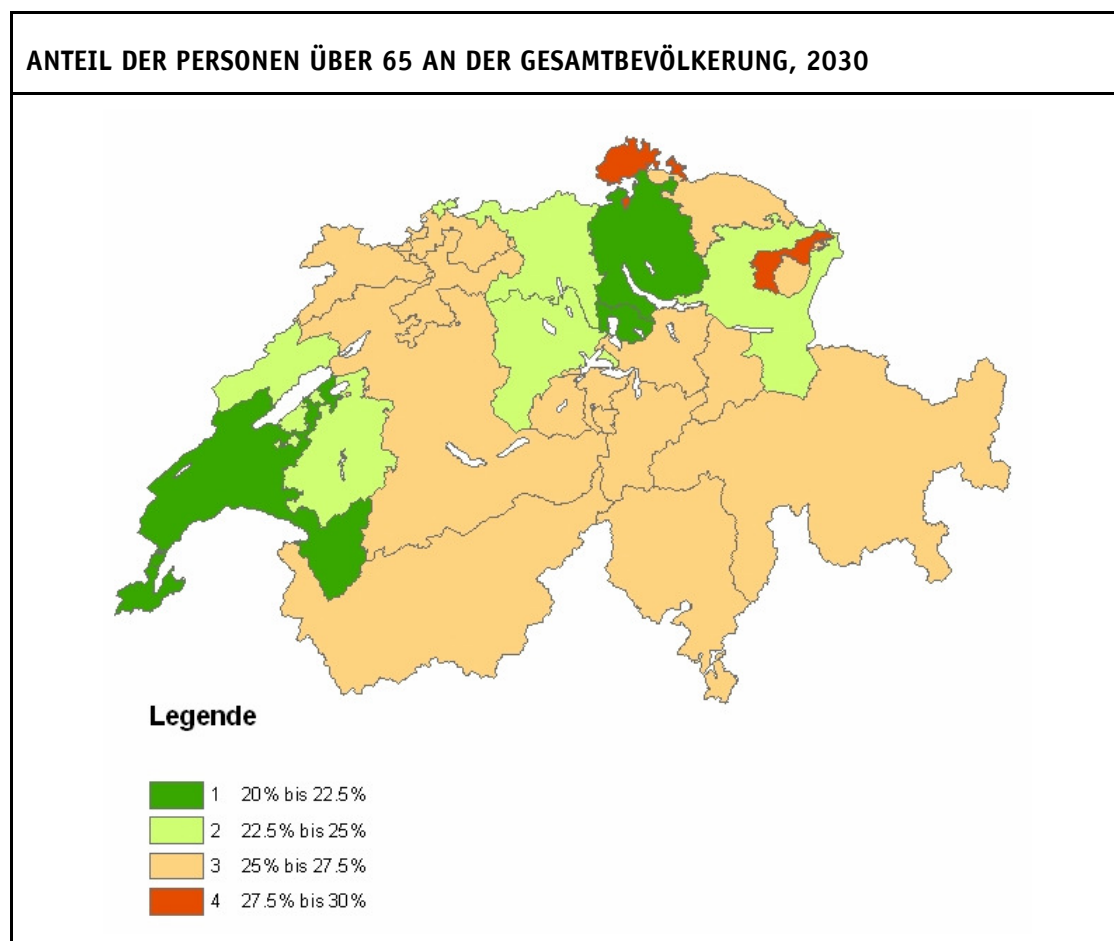


Figur 10 Quelle: BFS, eigene Berechnungen.

Es zeigt sich, dass der Anteil von älteren Personen bezogen auf die Gesamtzahl der Erwerbsfähigen besonders in den Kantonen Schaffhausen und den beiden Appenzell hoch sein wird. In diesen Kantonen kommt auf zwei Erwerbsfähige eine Person über 65. In den Wirtschaftszentren Zürich, Zug, Waadt und Genf sowie im Kanton Freiburg wird der Anteil der älteren Bevölkerung hingegen vergleichsweise tief sein. Auf drei Erwerbsfähige kommt dort eine Person über 65. Ebenfalls unterdurchschnittlich wird der Anteil der Älteren in den Kantonen Luzern, Basel-Stadt, St. Gallen, Aargau und Neuenburg erwartet.

Insgesamt ergibt sich ein ähnliches Bild wie beim Gesamtquotienten, es bestehen jedoch einige spannende Unterschiede. Der Kanton Jura scheint v.a. auch viele Kinder und Jugendliche aufzuweisen, da der Altersquotient nicht stark überdurchschnittlich ist. Umge-

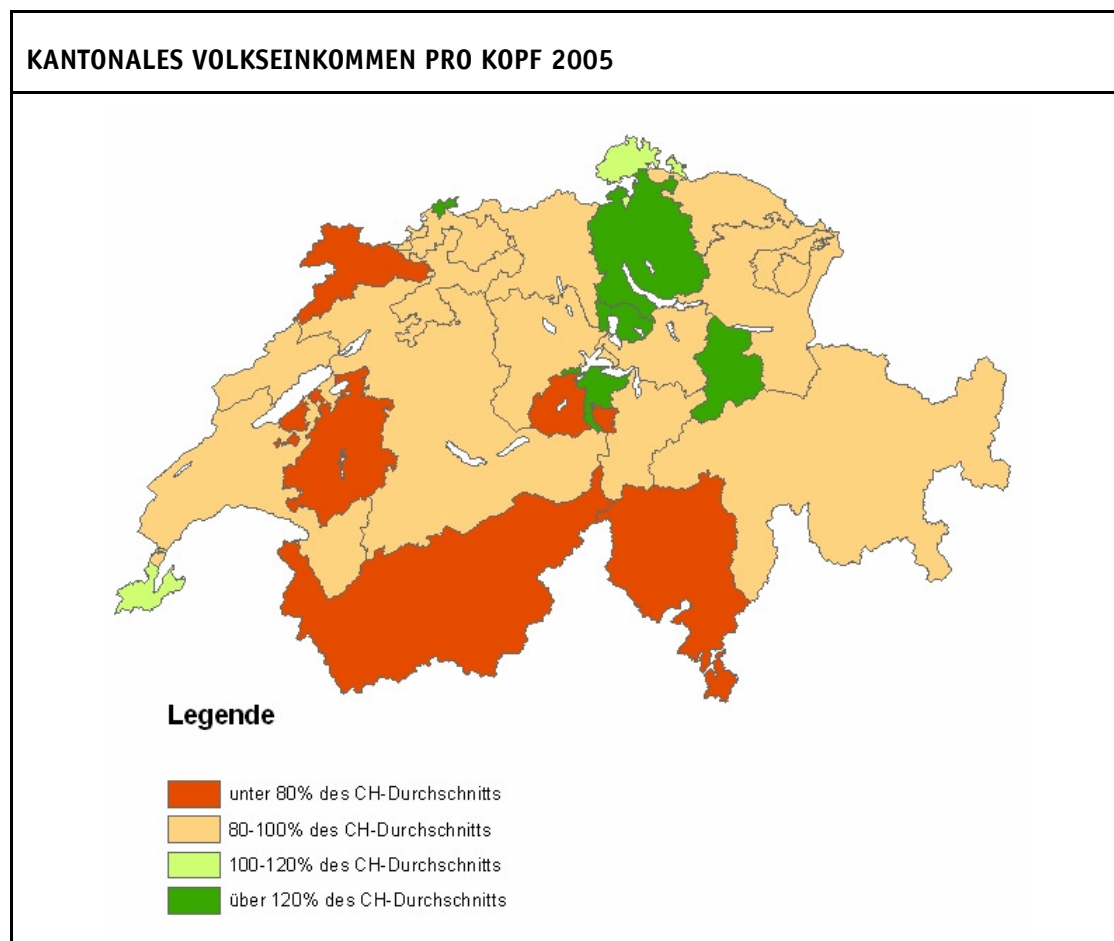
kehrt haben die Kantone Glarus, Graubünden und Tessin einen unterdurchschnittlichen Gesamt-, jedoch einen überdurchschnittlichen Altersquotienten. Es scheinen dort also vergleichsweise wenig Kinder und Jugendliche erwartet zu werden, hingegen relativ viele ältere Personen, was auch (abgesehen von Migrationseffekten) nach 2030 einen tiefen Anteil an Erwerbsfähigen bewirkt. Von den drei Kantonen mit hohem Gesamtquotienten (Jura und die beiden Appenzell), ist dieser im Falle der beiden Appenzell also v.a. auf einen hohen Anteil älterer Personen, im Fall des Kantons Jura auch auf einen überdurchschnittlichen Anteil jüngerer Personen zurückzuführen. Die folgende Figur zeigt, dass sich das Bild nicht wesentlich ändert, wenn man statt dem Anteil der Älteren in Relation zur Zahl der Erwerbsfähigen, den Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung betrachtet.



Figur 11 Quelle; BFS, eigene Berechnungen.

Zur wirtschaftlichen Struktur besteht auf kantonaler Ebene eine Vielzahl von Daten. Frei verfügbare Prognosen sind jedoch nur eingeschränkt verfügbar. Wir betrachten hier deshalb die aktuelle wirtschaftliche Struktur der Kantone.

Betrachtet man das aktuelle Volkseinkommen, zeigt sich ein ähnliches Muster wie in den demografischen Prognosen. Die Wirtschaftszentren, denen eine günstige demografische Prognose gegeben wird, weisen nicht überraschend auch tendenziell ein höheres Volkseinkommen aus. Eine Ausnahme stellt der Kanton Nidwalden dar, welcher trotz hohem Volkseinkommen im Jahr 2005 bis im Jahr 2030 einen überdurchschnittlich hohen Gesamt- und Altersquotienten aufweisen wird. Auch der Kanton Schaffhausen mit der zusammen mit Appenzell-Ausserrhoden stärksten erwarteten Alterung weist ein leicht überdurchschnittliches Volkseinkommen aus.



Figur 12 Quelle: BfS

DEMOGRAPHISCHE DATEN AUF KANTONALER EBENE						
Kanton	Bevölkerungs- entwicklung 2005-2030	Gesamt- quotient 2007	Gesamt- quotient 2030	Altersquo- tient 2030	Anteil der 65- jährigen und älteren 2030	Volkseinkommen (Indexiert)
ZH	13.9%	56%	67%	37%	22%	127.3
BS	-6.6%	60%	67%	40%	24%	213.2
GE	7.4%	60%	68%	34%	20%	116.3
ZG	22.7%	57%	71%	37%	22%	173.5
VD	15.9%	63%	73%	37%	21%	97.9
SG	5.2%	63%	74%	43%	25%	83.0
LU	8.3%	62%	75%	42%	24%	81.3
GR	2.3%	61%	75%	46%	27%	91.3
TI	10.0%	63%	75%	48%	27%	76.5
AG	12.3%	58%	76%	44%	25%	91.1
GL	-5.7%	65%	78%	47%	27%	135.5
FR	22.7%	62%	78%	41%	23%	73.2
TG	13.3%	62%	78%	45%	25%	83.1
SZ	17.2%	60%	79%	45%	25%	92.9
SO	6.3%	62%	79%	47%	26%	86.7
BL	3.9%	63%	79%	49%	27%	99.0
UR	-1.5%	65%	80%	49%	27%	84.6
OW	3.6%	65%	80%	47%	26%	73.4
NW	17.5%	58%	80%	49%	27%	135.6
VS	15.4%	61%	80%	49%	27%	71.0
NE	4.9%	68%	80%	44%	25%	92.1
SH	1.1%	65%	81%	52%	29%	102.0
BE	3.9%	63%	82%	49%	27%	84.5
JU	2.9%	70%	86%	49%	26%	70.5
AI	20.0%	73%	88%	50%	27%	85.0
AR	4.3%	67%	89%	55%	29%	81.8

Tabelle 4 Zusammenfassung der verschiedenen demografischen Strukturvariablen. Die Farbkategorien sind gleich zugeordnet wie in den jeweiligen Karten in Figur 7 bis Figur 12 (**Bevölkerungsentwicklung**: dunkelorange = -7.5%-0%, hellorange = 0%+7.5%, hellgrün = +7.5%+15%, dunkelgrün = mehr als +15%, **Gesamtquotient 2007**: dunkelorange = über 68%, hellorange = 64%-68%, hellgrün = 60%-64%, dunkelgrün = 56%-60%, **Gesamtquotient 2030**: dunkelorange = 84%-90%, hellorange = 78%-84%, hellgrün = 72%-78%, dunkelgrün = 66%-72%, **Altersquotient 2030**: dunkelorange = 49.7%-54.9%, hellorange = 44.5%-49.7%, hellgrün = 39.3%-44.5%, dunkelgrün = 34.1%-39.3%, **Anteil der über 65-jährigen 2030**: dunkelorange = 27.5%-30%, hellorange = 25%-27.5%, hellgrün = 22.5%-25%, dunkelgrün = 20%-22.5%, **Kantonales Volkseinkommen 2005**: dunkelorange = unter 80%, hellorange = 80%-100%, hellgrün = 100%-120%, dunkelgrün = mehr als 120%).

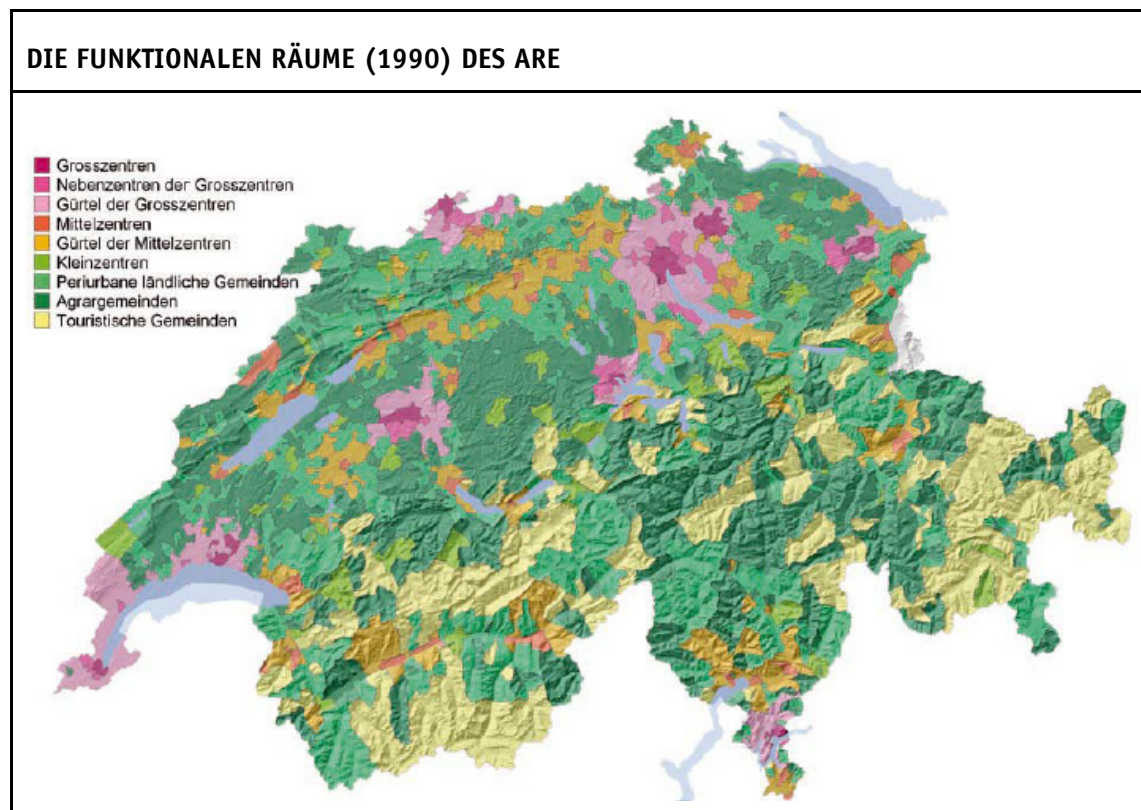
Tabelle 4 zeigt alle besprochenen Indikatoren in einer Tabelle zusammengefasst. Die Kantone sind angeordnet nach dem erwarteten Gesamtquotienten 2030. Es zeigt sich, dass die Bevölkerungsentwicklung, Gesamtquotient 2007 und 2030 sowie das Volkseinkommen stark untereinander korrelieren. Mit wenigen Ausnahmen werden wirtschaftlich schwache Kantone auch einen hohen Altersanteil aufweisen und vom demografischen Wandel besonders

betroffen sein. Ebenso ist das Bevölkerungswachstum in diesen Kantonen mit wenigen Ausnahmen unterdurchschnittlich. Die bedeutendsten Ausnahmen vom hier skizzierten Schema sind Spezialfälle wie Basel-Stadt und in geringerem Mass Genf, wo ein wirtschaftlich starkes Zentrum mit vielen Jungen an Bevölkerung verliert, ein eher reicher Kanton wie Nidwalden, welche an Bevölkerung zulegt, offenbar aber v.a. auch wohlhabende ältere Personen anzieht, oder der Kanton Freiburg, welcher eine stark wachsende und sehr junge Bevölkerung, aber ein relativ tiefes Einkommen und eine tiefe Wertschöpfung aufweist. Auch die Kantone Wallis und Appenzell-Innerrhoden sind Spezialfälle, welche bevölkerungsmässig stark wachsen, aber auf wirtschaftlich tiefem Niveau und mit einer relativ alten Bevölkerung. Dieses Muster ist schwieriger zu interpretieren, wahrscheinlich überlagern sich verschiedene Entwicklungen. Die Kantone scheinen aber ebenfalls als Alterswohnsitz attraktiv zu sein, da die Bevölkerung stark zunimmt, ohne dass daraus ein tieferer Altersanteil resultieren würde.

4.1.3. BEVÖLKERUNGSPROGNOSEN AUF EBENE FUNKTIONALE RÄUME

Auf Ebene der funktionalen Räume sind Prognosen des ARE (2004) zur Zahl der Einwohner und Arbeitsplätze im Jahr 2030 vorhanden. Die Prognosen wurden für die Formulierung der Raumentwicklungsszenarien vom BFS und vom ARE gemeinschaftlich erstellt. Sie basieren auf den kantonalen Bevölkerungsprognosen des BFS für die Jahre 2000 bis 2050 und wurden auf die einzelnen funktionalen Räume zugeordnet, indem deren Anteil an den einzelnen Kantonen in einem Modell gewichtet wurde.

Die 13-teilige Typologie des ARE setzt einen besonderen Akzent auf das Mass an Zentralität der Gemeinden. Die Zuordnung im Jahre 1990 wird zum besseren Verständnis in der folgenden Figur wiedergegeben. Die 13 Typen sind zu neun Typen zusammengefasst, welche aber nicht der 9-teiligen Typologie des BFS entsprechen.



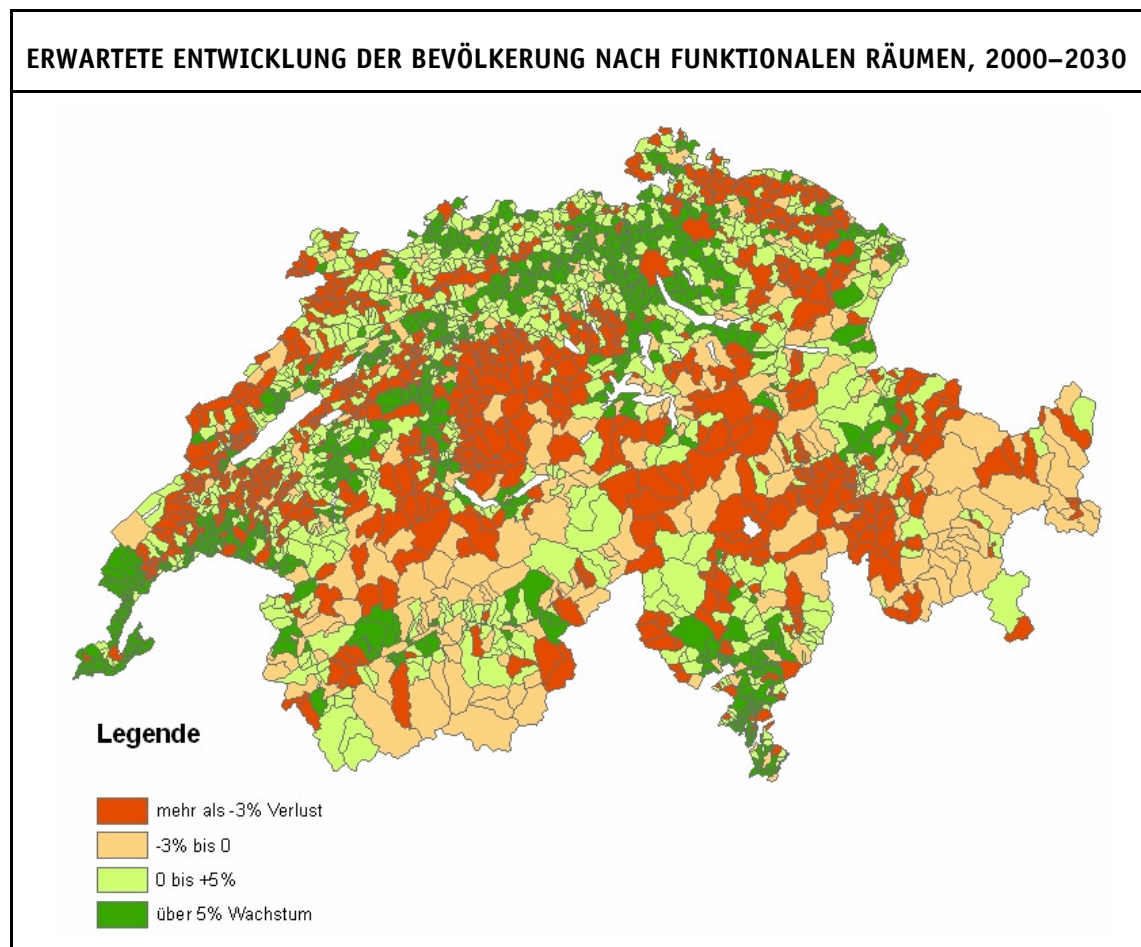
Figur 13 Quelle: ARE.

Tabelle 5 gibt einen Überblick über die in den erwähnten funktionalen Räumen bis 2030 erwartete Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung. Bei der Interpretation der Prognose ist zu beachten, dass sie auf dem mittleren Szenario 2000 bis 2050 beruht, welches sich seitdem als eher zu konservativ erwiesen hat. Es ist auch nach den Interviews mit Experten unklar, ob sich das Ausmass der Migration auch künftig eher auf dem aktuellen Niveau hält oder ob es sich um einen Übergangseffekt nach Einführung der Personenfreizügigkeit handelt. Hingegen ist zu erwarten, dass sich im Falle fortgesetzter Migration die in Tabelle 5 aufgeführten regionalen Disparitäten eher verstärken werden, da MigrantInnen besonders Gross- und Nebenzentren sowie deren (inneren) Gürtel zur Wohnsitznahme bevorzugen, kaum jedoch die ohnehin von Schrumpfung betroffenen agrarischen Gemeinden.

BEVÖLKERUNGS- UND ARBEITSPLATZENTWICKLUNG BIS 2030 NACH GEMEINDETYP			
Gemeindetyp-Nr.	Gemeindetyp	Veränderung der Bevölkerung 2000–2030	Veränderung der Arbeitsplätze 2000–2030
	Schweiz	5%	2%
1	Grosszentren	-4%	-2%
2	Nebenzentren	4%	14%
3/4	Gürtel der Grosszentren	17%	22%
5	Mittelzentren	-1%	-4%
6/7	Gürtel der Mittelzentren	9%	5%
8	Kleinzentren	2%	-4%
9/10	Periurbane ländliche Gemeinden	5%	-3%
11/12	Agrargemeinden	-3%	-14%
13	Touristische Gemeinden	-1%	-14%

Tabelle 5 Quelle: ARE (2004).

Im Folgenden wird die laut der Voraussage des ARE (2004) in den einzelnen funktionalen Räumen zu erwartende Entwicklung in Karten dargestellt. Dabei geht es selbstredend nicht um Prognosen auf Ebene einzelner Gemeinden, sondern um eine räumliche Visualisierung der in der Tabelle oben für die funktionalen Räume insgesamt vorausgesagten Entwicklung für die Schweiz. Bei der Interpretation ist also unbedingt zu beachten, dass aus den Karten keine Informationen zu einzelnen Gemeinden abgelesen werden können. Die Gemeinden wurden anhand ihrer Zugehörigkeit zu den funktionalen Räumen einzelnen Kategorien zugeteilt, die zukünftige Entwicklung im Einzelfall unterliegt aber auch anderen Einflüssen und kann vom Durchschnitt des jeweiligen funktionalen Raumtyps stark abweichen.

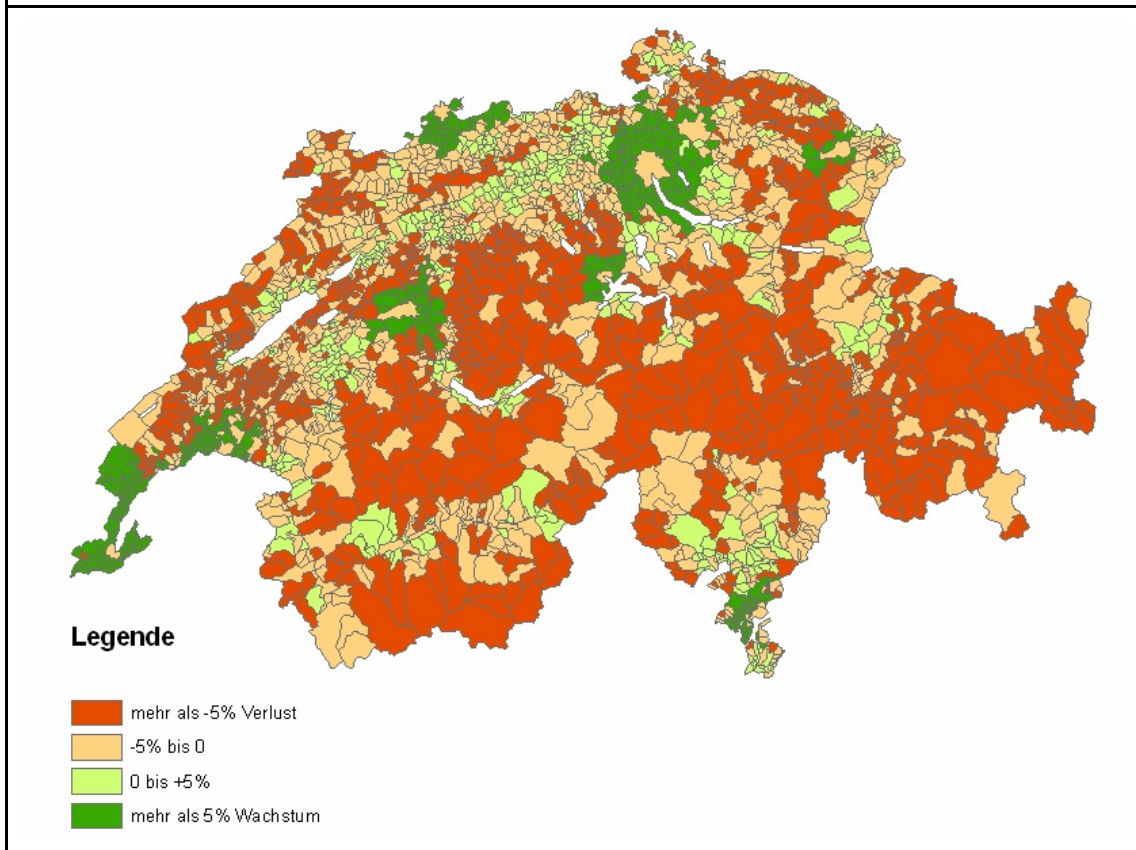


Figur 14 Quelle: ARE, eigene Darstellung, **nicht auf Gemeindeebene interpretierbar.**

Figur 14 zeigt, dass die stärkste Bevölkerungszunahme an den Randzonen der Gross- und Mittelzentren zu erwarten ist. Ein etwas schwächeres Wachstum ist jedoch auch in Klein- und Nebenzentren zu erwarten sowie im periurbanen ländlichen Raum. Von Schrumpfung betroffen sind besonders Agrargemeinden, die peripheren Räume zwischen den Zentren und abseits touristischer Gebiete, aber auf gesamtschweizerischer Ebene auch Grosszentren.⁵ Ebenfalls schrumpfen, aber in geringerem Ausmass, werden die Mittelzentren und touristische Gemeinden.

⁵ Allerdings kann für einzelne Grosszentren die Ausgangslage anders sein, siehe z.B. Kanton Zürich (2009).

ERWARTETE ENTWICKLUNG DER ANZAHL ARBEITSPLÄTZE NACH FUNKTIONALEN RÄUMEN, 2000–2030



Figur 15 Quelle: ARE, eigene Darstellung, **nicht auf Gemeindeebene interpretierbar.**

Die Figur 15 zur Arbeitsplatzentwicklung zeigt ein anderes Bild. Das Wachstum der Arbeitsplätze konzentriert sich stark auf die Nebenzentren und die Gürtel der Grosszentren. In Agrargemeinden und touristischen Gemeinden dagegen sind bis 2030 nach den Prognosen des ARE (2004) massive Verluste zu erwarten. Auch im periurbanen ländlichen Raum sowie in Klein- und Mittelzentren wird ein leichter Verlust erwartet. Umgesetzt auf die funktionalräumliche Struktur der Schweiz bedeutet dies, dass relativ grossräumige, geschlossene Gebiete von einem Arbeitsplatzrückgang betroffen sind.

Offensichtlich sind viele Gebiete zwar durchaus als Wohnstandort attraktiv und werden auch in Zukunft mindestens moderat an Bevölkerung zulegen. Diese Gebiete haben aber gleichzeitig Mühe, als Arbeitsstandort attraktive Bedingungen zu bieten. Aus Figur 14 und Figur 15 lässt sich nicht nur der Schluss ziehen, dass in Zukunft ein geringerer Anteil der Bevölkerung arbeitstätig sein wird (ersichtlich durch die unterschiedliche Skalierung der

beiden Grafiken). Insgesamt lässt diese Prognose auch möglich erscheinen, dass die räumliche Trennung von Arbeits- und Wohnort in Zukunft weiter zunimmt.

4.1.4. KANTONALE BEVÖLKERUNGSPROGNOSEN

Mehrere Kantone verfügen über eigene Bevölkerungsprognosen, die sich teilweise an die kantonalen Prognosen des Bundesamts für Statistik anlehnen. Einige Kantone veröffentlichen auch Bevölkerungsprognosen, die innerhalb der Kantone nach Regionen unterscheiden. In dieser Studie wurden deshalb die Prognosen der Kantone Neuenburg (2009) und Zürich (2000) analysiert (detaillierte Betrachtung siehe Anhang).

Beide Studien kommen zu ähnlichen Schlüssen, was die Entwicklung nach funktionalen Räumen betrifft. Die Alterung wird in peripheren und reichen Gemeinden besonders intensiv sein. Der höchste Anteil Jugendlicher wird im äusseren Gürtel der Zentren, also in periurbanen Gemeinden, verzeichnet werden. In den Kernstädten und reichen Gemeinden ist der Anteil tiefer. Den höchsten Bevölkerungsanteil im erwerbsfähigen Alter werden die Kernstädte aufweisen.

Insgesamt wird im Kanton Zürich in allen funktionalen Räumen ein Wachstum erwartet, das aber in den reichen Gemeinden eher gering ausfällt. Interessant ist, dass im Gegensatz zu den landesweiten Prognosen des ARE für die Zentren auch für die Stadt Zürich ein markantes Einwohnerwachstum erwartet wird.

4.1.5. RECHENBEISPIEL AUF GEMEINDEEBENE

Um die Auswirkungen des zu erwartenden demografischen Wandels auf Gemeindeebene anschaulich zu machen, ist es hilfreich, die zukünftige Bevölkerungszusammensetzung kleinerer Gemeinden in besonders betroffenen Regionen approximativ darzustellen.

Das BFS (2006) rechnet im Mittleren Szenario für das Jahr 2030 mit einem Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung von ca. 52% in den beiden Appenzell und im Jura (Gesamtquotient von ca. 90%). Diese drei Kantone sind am stärksten vom demografischen Wandel betroffen. Alpine Kantone mit zukünftig tiefem Anteil (ca. 55%) von Erwerbsfähigen sind z.B. die Kantone Wallis und Uri. Graubünden und Tessin weisen einen höheren Anteil von Erwerbsfähigen auf, kantonsintern wird sich die Entwicklung aber stark unterscheiden. Tessiner Bergdörfer weisen schon heute eine überdurchschnittlich alte Bevölkerung aus.

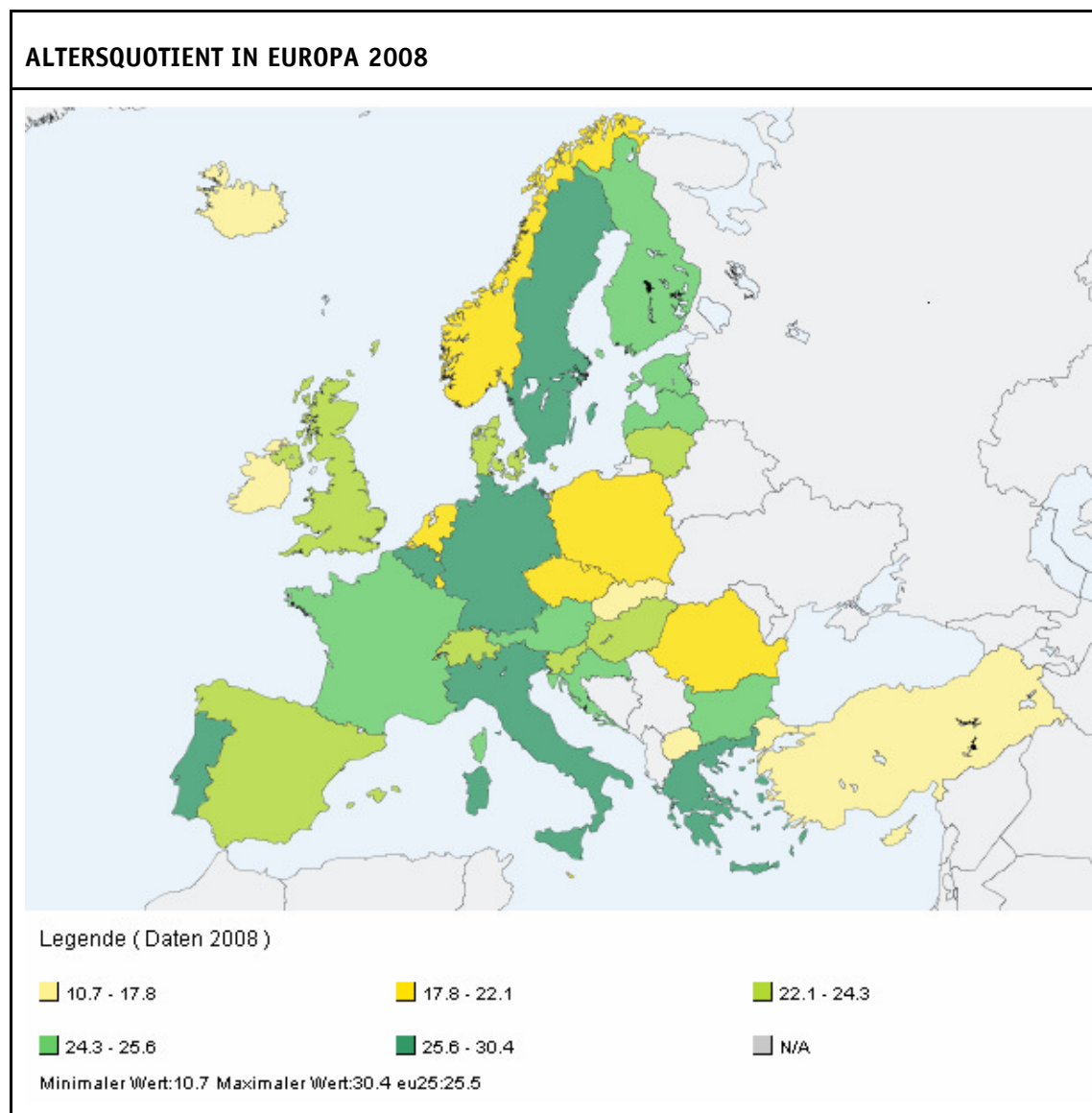
Im Jahr 2007 lag der Gesamtquotient im Kanton Wallis demgegenüber bei ca. 60%, was einen Anteil von ca. 37% der Erwerbsfähigen an der gesamten Bevölkerung bedeutet.

In einer kleinen Gemeinde mit 200 Einwohnern, wie es sie im Kanton Wallis und im Kanton Graubünden in grosser Zahl gibt, werden im Jahr 2030 also noch etwa 110 Personen

im Erwerbsalter stehen, etwa 60 werden im Rentenalter sein und 30 im Kindes- und Jugendalter. Im Jahr 2007 wohnten in der gleichen Gemeinde (bei gleicher Bevölkerungszahl) noch 126 Erwerbsfähige. Diese Werte sind Durchschnittswerte für den ganzen Kanton. Zieht man in Betracht, dass der Anteil von Erwerbsfähigen in peripheren Gemeinden noch tiefer liegen dürfte und dass zur Veränderung der Bevölkerungsstruktur auch ein allgemeiner Bevölkerungsrückgang hinzukommt, wird das Bild noch drastischer. Unterstellt man einen Bevölkerungsschwund um 10%⁶ und einen Rückgang des Anteils der Erwerbstätigen von 63% auf 45%, werden in einem Dorf mit ursprünglich 200 Einwohnern und 126 Erwerbstätigen (2007) im Jahr 2030 noch 180 Einwohner und 81 Erwerbstätige wohnen, das heisst, die beiden parallel laufenden Entwicklungen kumulieren sich in diesem Beispiel zu einer Reduktion der Erwerbsfähigen um 35%. Dies wird dazu führen, dass unter anderem die Besetzung öffentlicher Ämter zusehends schwieriger wird als dies schon heute der Fall ist. Der demografische Wandel verstärkt daher tendenziell den Reformbedarf von Gemeindestrukturen. Etwas grössere Strukturen können auch die funktionalräumlich unterschiedliche Entwicklung der Altersstruktur etwas ausgleichen, wenn sich periphere Gemeinden mit regionalen Subzentren mit tendenziell jüngerer Bevölkerung verbinden.

6 Das mittlere Szenario des BFS (2006) nimmt an, dass die Bevölkerung in den am stärksten von Bevölkerungsrückgang betroffenen Kantonen im Durchschnitt bis 7.5% beträgt. Einzelne Gemeinden werden hiervon weit stärker betroffen sein.

4.2. ENTWICKLUNG IN EUROPA

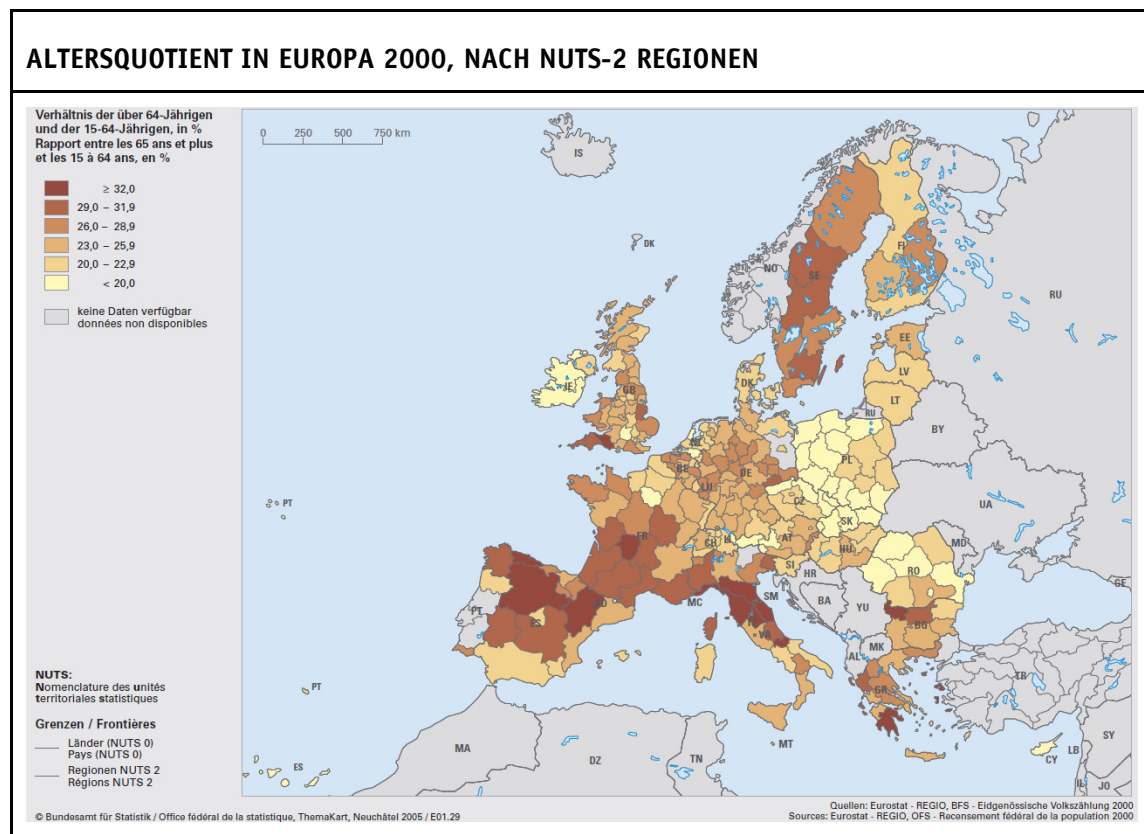


Figur 16 Altersquotient in Europa 2008. Quelle: Eurostat.

Figur 16 zeigt die aktuelle Bevölkerungssituation in Europa im Jahr 2008. Dargestellt ist der Altersquotient, d.h. das Verhältnis der Zahl der Einwohner über 65 Jahren zur Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren. Zu beachten ist, dass die Zahlen nicht direkt mit den im vorhergehenden Abschnitt dargestellten Schweizer Altersquotienten identisch sind, da die erwerbsfähige Bevölkerung altersmässig anders definiert ist (15–64 Jahre statt 20–64 Jahre).

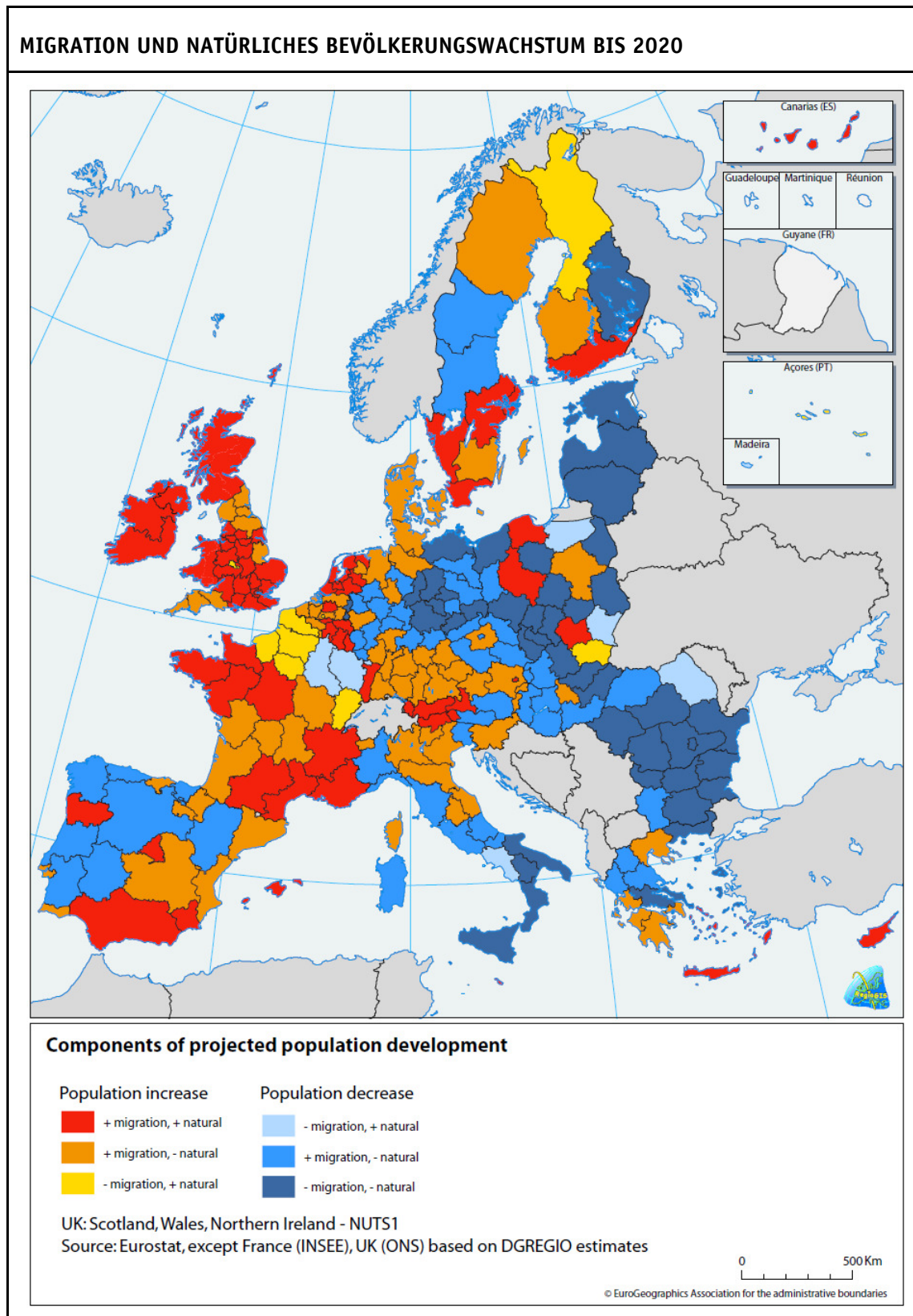
Die Schweiz liegt im internationalen Vergleich mit einem Altersquotienten von 24.1 zusammen mit Grossbritannien, Dänemark und Spanien im Mittelfeld. Von den hoch entwickelten Ländern Mittel- und Westeuropas weisen nur die Niederlande, Luxemburg, Norwegen und Irland tiefere Werte aus. Von hohen Alterquotienten geprägt sind insbesondere Deutschland, Italien, Belgien und Schweden.

Die folgende Figur des BFS (2005) zeigt ein nach Regionen differenziertes Bild. Besonders hohe Altersquotienten weisen periphere Regionen Frankreichs, Spaniens und Schwedens auf sowie einzelne Regionen in den neuen Ländern Deutschlands. Daneben sind auch die von Älteren bevorzugten Wohnregionen Grossbritanniens mit ihren relativ hohen Altersquotienten ersichtlich.



Figur 17 Quelle: BFS 2005.

Die folgende Figur 18 zeigt die beiden Komponenten der erwarteten Bevölkerungsentwicklung bis 2020 in der Europäischen Union, die Migration und das natürliche Bevölkerungswachstum.



Figur 18 Quelle: Commission of the European Communities 2008.

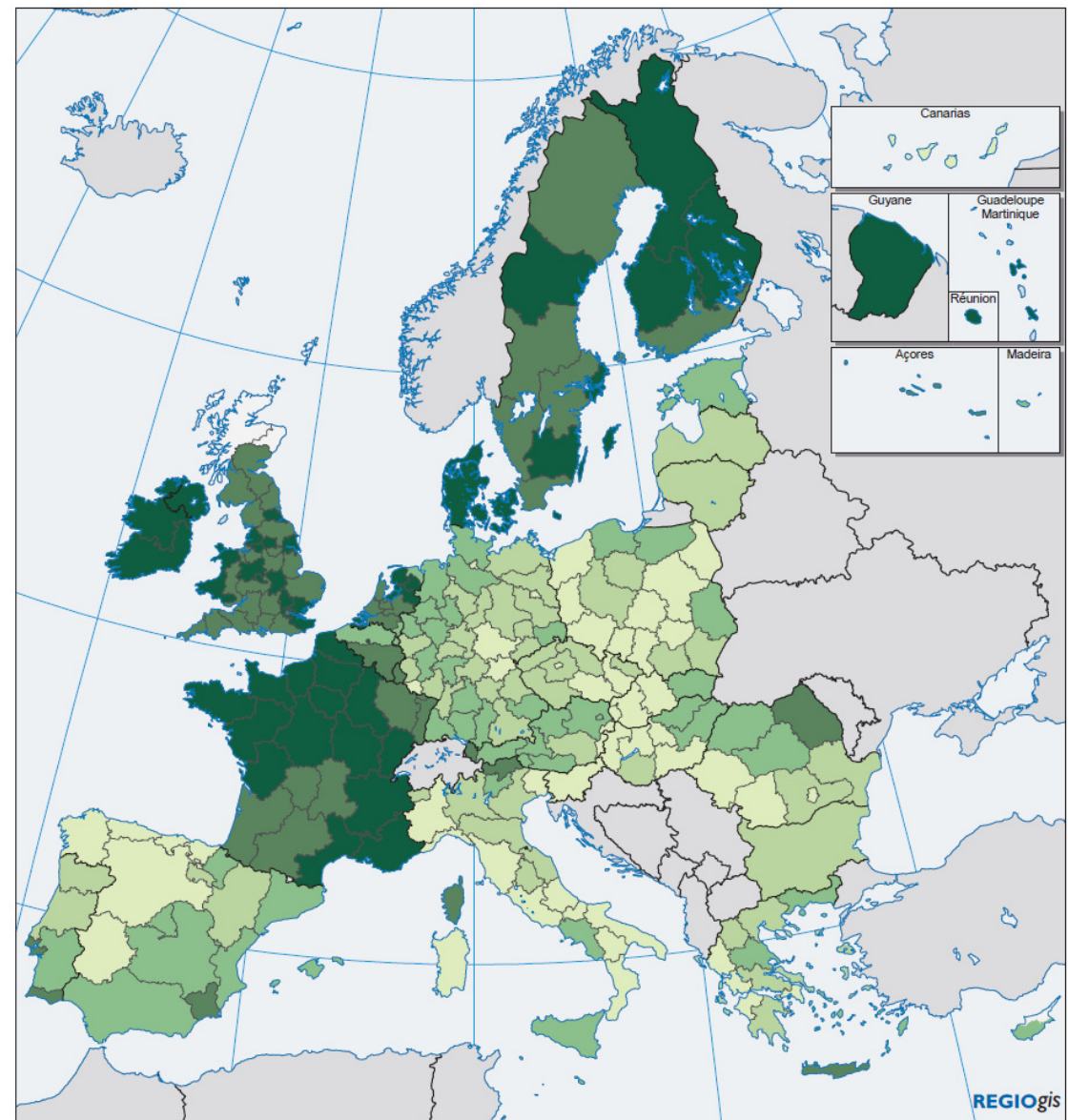
Dunkelrot eingefärbt sind die Regionen, die sowohl Zuwanderung als auch ein natürliches Bevölkerungswachstum verzeichnen, orange die Regionen, in denen die Bevölkerung wächst, weil der Wanderungsüberschuss grösser ist als der natürliche Bevölkerungsrückgang, gelb die Regionen, in denen die Bevölkerung wächst, weil das natürliche Bevölkerungswachstum grösser ist als die Wanderungsverluste. Dunkelblau eingefärbt sind die Regionen, die sowohl Abwanderung als auch natürliche Bevölkerungsverluste verzeichnen, mittelblau die Regionen, welche an Bevölkerung verlieren, weil der natürliche Bevölkerungsrückgang stärker ist als die Wanderungsüberschüsse und hellblau die Regionen, welche an Bevölkerung verlieren, weil die Migrationsverluste grösser sind als das natürliche Bevölkerungswachstum.

Je nach Szenario des BFS resultieren für die Schweiz im Jahr 2020 unterschiedliche Einteilungen. Gemäss dem mittleren und dem hohen Szenario wird die Schweiz 2020 sowohl einen Wanderungsüberschuss aufweisen als auch einen (sinkenden) Geburtsüberschuss und ist damit in Figur 18 rot eingezeichnet. Im tiefen Szenario 2005 des BFS weist die Schweiz bereits ab 2007 einen Geburtsverlust aus, der Wanderungssaldo bleibt jedoch bis 2020 positiv, danach ist die Wanderungsbilanz ausgeglichen. Insgesamt resultiert im tiefen Szenario 2005 für das Jahr 2020 jedoch ein Bevölkerungsrückgang, die Schweiz würde also in die mittelblaue Kategorie eingeteilt werden. Je nach Szenario ist bis 2020 also eine Entwicklung zu erwarten wie im westlichen Österreich, den Niederlanden oder den Wirtschaftszentren Grossbritanniens und Schwedens (rote Kategorie, mittleres und hohes Szenario 2005 des BFS) oder eine Entwicklung wie in Mittelitalien, den stärkeren Regionen Ost- oder den schwächeren Regionen Westdeutschlands (mittelblaue Kategorie, tiefes Szenario 2005 des BFS).

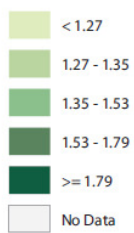
Figur 19 zeigt die regional unterschiedlichen Fruchtbarkeitsraten in Europa. Die Schweiz lag 2005 mit einer Fruchtbarkeitsrate von 1.42 (BFS 2009b) im europäischen Mittelfeld⁷, vergleichbar mit weiten Teilen Westdeutschlands und Österreichs und Spaniens. Irland, Frankreich, Dänemark, Schweden und auch Grossbritannien weisen dagegen höhere Fruchtbarkeitsraten aus. Tiefer ist die Fruchtbarkeit in Italien, Ostdeutschland und vielen neuen EU-Staaten wie Polen, Tschechien und Ungarn.

7 Bis 2008 stieg die Fruchtbarkeitsrate in der Schweiz auf 1.48 (BFS 2009b). Daraus ergeben sich (konstante Fruchtbarkeit in den anderen Ländern vorausgesetzt) jedoch keine kategorialen Verschiebungen in Figur 19.

FRUCHTBARKEITSRATEN IN EUROPA 2005



Total Fertility Rate, 2005



BE: 1999; EL, ES, UK: 2004
Sources: Eurostat, NSI



© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

Figur 19 Quelle: Commission of the European Communities (2008).

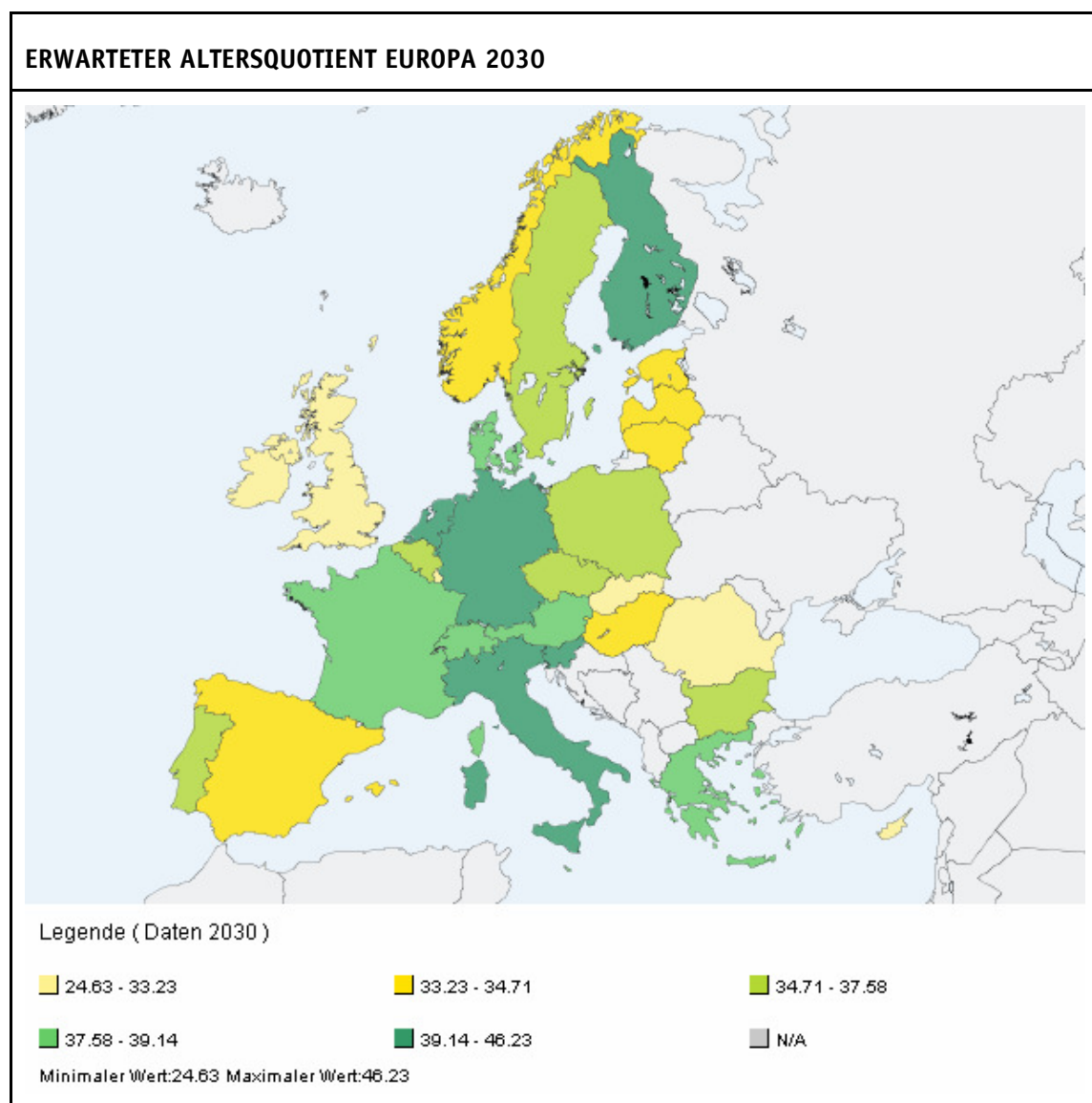
Tabelle 6 zeigt die unterschiedlich erwartete Entwicklung in den europäischen Ländern bis 2030. Besonders stark (über 16 Prozentpunkte) ansteigen wird das Verhältnis von älterer und aktiver Bevölkerung in den Ländern Malta, Finnland, den Niederlanden, Slowenien und Polen. Für Deutschland wird auf dem höchsten Niveau aller europäischen Länder ein leicht geringerer Anstieg des Verhältnisses erwartet. Die Schweiz gehört zusammen mit Frankreich, Österreich, Dänemark und Norwegen zum europäischen Mittelfeld, wo ein Anstieg des Altersquotienten um 12 bis 15 Prozentpunkte erwartet wird. Zur Gruppe mit besonders geringem Anstieg des Altersquotienten (weniger als 10 Prozentpunkte), allerdings nicht immer auf tiefem Niveau gehören Irland, Grossbritannien, Estland und Lettland, Rumänien und Zypern.

ALTERSQUOTIENT IN EUROPA ERWARTETE ENTWICKLUNG 2008–2030			
Land	Altersquotient 2008	Altersquotient 2030	Entwicklung 2008–2030
Italien	30.4	42.3	11.9
Deutschland	30.4	46.2	15.8
Griechenland	27.8	38.4	10.6
Schweden	26.7	37.4	10.7
Portugal	25.9	36.6	10.7
Belgien	25.8	37.6	11.8
Kroatien	25.6		
EU 25	25.5		
Österreich	25.4	38.1	12.7
EU 27	25.3	38.0	12.7
Estland	25.3	34.4	9.1
Bulgarien	25.0	36.3	11.3
Frankreich	25.0	39.0	14.0
Lettland	24.9	34.6	9.7
Finnland	24.8	43.9	19.1
Vereinigtes Königreich	24.3	33.2	8.9
Spanien	24.1	34.3	10.2
Schweiz	24.1	37.7	13.6
Dänemark	23.6	37.9	14.3
Ungarn	23.5	34.1	10.6
Slowenien	23.1	40.8	17.7
Litauen	23.0	34.7	11.7
Norwegen	22.1	34.3	12.2
Niederlande	21.8	40.0	18.2
Rumänien	21.3	30.3	9.0
Luxemburg	20.6	30.8	10.2
Tschechische Republik	20.5	35.7	15.2
Malta	19.8	39.1	19.3
Polen	18.9	36.0	17.1
Zypern	17.8	27.4	9.6
Liechtenstein	17.5		
Island	17.1		
Slowakei	16.6	32.3	15.7
Mazedonien	16.2		
Irland	15.9	24.6	8.7
Türkei	10.7		

Tabelle 6 Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen. Der Altersquotient ist definiert als das Verhältnis der Personen 65 und älter an den Personen zwischen 15 und 64. Orange eingefärbt sind die Länder, welche mehr als einen Prozentpunkt oberhalb des Mittelwerts für die EU-27 liegen, grün eingefärbt sind die Länder, welche mehr als einen Prozentpunkt unterhalb des Mittelwerts für die EU-27 liegen.

An der Positionierung der Schweiz im internationalen Vergleich wird sich bis 2030 gemäss den Voraussagen auch in absoluten Zahlen nicht viel ändern. Wie in der Tabelle ersichtlich ist die Schweiz beim Altersquotient 2030 und bei der Entwicklung ungefähr im Mittelwert,

beim Altersquotient 2008 ganz leicht unterdurchschnittlich (etwas mehr als ein Prozentpunkt Abweichung vom Mittelwert nach unten, also eine leicht jüngere Bevölkerung als im europäischen Durchschnitt). Im (west-)europäischen Kontext wird die Schweiz weiterhin einen mittleren Altersquotienten aufweisen, während sich andere Länder wie die Niederlande oder Malta zum Teil markant verschieben. Jedoch wird auch in der Schweiz das Verhältnis zwischen der Bevölkerung ab 65 und der Bevölkerung zwischen 15 und 64 markant ansteigen von 24.1% im Jahr 2008 auf 37.7% im Jahr 2030.



Figur 20 Quelle: Eurostat.

Der erwartete durchschnittliche Altersquotient der Schweiz 2030 (37.7%, bezogen auf die Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren) wird höher liegen als der Durchschnitt 2008 der

bis heute am weitesten gealterten Länder Europas (Italien und Deutschland mit je 30.4%). Das heisst, das erwartete Verhältnis von Älteren und Erwerbsfähigen Personen wird 2030 dem Verhältnis 2008 z.B. in überdurchschnittlich betroffenen deutschen Regionen entsprechen. Der für die Schweiz insgesamt erwartete Altersquotient von 37.7% im Jahr 2030 erreicht jedoch nicht das heutige Niveau sehr stark betroffener Regionen in Deutschland von über 40% (Reichert-Schick 2009). Die am stärksten betroffenen Kantone der Schweiz werden jedoch Altersquotienten aufweisen, die über den aktuellen Werten der am stärksten gealterten Regionen Deutschlands und anderer Länder liegen. So wird für den Kanton Appenzell Ausserrhoden im Jahr 2030 als schweizweit höchster Wert eine Altersquote von ca. 51% (bezogen auf die Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren⁸) erwartet, was deutlich über den 43.8% liegt, die von Reichert-Schick (2009) für die Westeifel erwähnt werden.

Es wäre jedoch nicht korrekt, aus den ähnlichen oder gar höheren Werten als in den aktuell am stärksten betroffenen deutschen Gebieten auf einen ähnlichen Problemdruck in den im Jahr 2030 voraussichtlich am stärksten betroffenen Schweizer Kantonen zu schliessen. Der Prozess der Alterung überlagert sich mit anderen demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Zum einen wird für die betroffenen Schweizer Regionen zwar eine Alterung, bis 2030 aber nicht eine wesentliche Schrumpfung der Bevölkerung erwartet, wie sie in vielen ostdeutschen Regionen gleichzeitig zur Alterung auftritt. Zum anderen sind die aktuell bereits vom demografischen Wandel geprägten Regionen oft von hoher Arbeitslosigkeit betroffen, so dass dort die Lasten des demografischen Wandels von noch weniger Erwerbstätigen getragen werden müssen, als dies von der Bevölkerungsstruktur her vermutet werden könnte. Es gibt auch gemäss den geführten Expertengesprächen keinen Grund anzunehmen, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit in der Schweiz in Zukunft massiv höhere Werte erreichen wird als heute. Im Gegenteil ist zu erwarten, dass die Arbeitskräfte knapper werden. Dies könnte die Arbeitslosenrate langfristig reduzieren. Allgemein gehen einige der befragten Experten davon aus, dass die Arbeitsbeteiligung (v.a. Arbeitslosigkeit, Rentenalter, Erwerbsquote der Frauen) in der Schweiz auch in Zukunft im europäischen Vergleich überdurchschnittlich sein wird. Schliesslich ist auch zu berücksichtigen, dass eine identische Altersquote in Zukunft zu real geringeren Lasten für die aktive Bevölkerung führt, wenn man annimmt, dass die Produktivität in der Zwischenzeit weiter zunimmt.

Trotz diesen relativierenden Aussagen im internationalen Vergleich ist nicht von der Hand zu weisen, dass die erwarteten demografischen Veränderungen Auswirkungen auf

8 Der exakte Anteil lässt sich aus den bestehenden Datengrundlagen nicht exakt ableiten, da die ausgewiesenen Alterssegmente der Bevölkerungsszenarien auf schweizerischer (kantonaler) und europäischer Ebene unterschiedlich sind. Wir nehmen hier zur Berechnung an, dass die Bevölkerung der Altersgruppe 0 bis 19 Jahre in den Schweizer Kantonen 2030 homogen über die Altersjahre verteilt ist.

Wirtschaftsstruktur in den Regionen haben werden. Diese werden in einem separaten Abschnitt näher betrachtet.

4.3. ZUSAMMENFASSUNG

Die Entwicklung des demografischen Wandels wird je nach Raumtyp unterschiedlich verlaufen. In den Grosszentren, ihren Nebenzentren und ihrem Gürtel wird beim demografischen Wandel nicht die Alterung das dominante Thema sein, ausser in den reichen Gemeinden im Gürtel der Grosszentren. Bevölkerung und Anzahl Arbeitsplätze dürften weiter wachsen, besonders im unmittelbaren Umfeld der Grosszentren.

Auch in Mittelzentren und touristischen Gemeinden wird die Alterung nicht das dominante Thema sein, die Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung dürfte etwas unterdurchschnittlich verlaufen, womöglich ist sogar eine leichte Schrumpfung zu erwarten, besonders in touristischen Gemeinden.

Im Gürtel der Mittelzentren wird die Alterung eine etwas stärkere Rolle spielen als in den zuvor erwähnten Raumtypen, aber ebenfalls nicht das wichtigste Thema sein. Bevölkerung und Arbeitsplätze werden sich etwa im Schweizer Durchschnitt, also leicht positiv entwickeln.

In periurbanen ländlichen Gemeinden, Agrargemeinden und auch in Kleinzentren wird die Alterung hingegen das dominante Thema beim demografischen Wandel sein. Während in periurbanen ländlichen Räumen und Kleinzentren ein weiteres Bevölkerungswachstum erwartet wird, steht die Bevölkerung in Agrargemeinden vor einer leichten Schrumpfung. Die Zahl der Arbeitsplätze wird in allen drei Räumen zurückgehen, in Agrargemeinden besonders stark. In sehr peripheren Agrargemeinden kann durch die Kombination von Bevölkerungsrückgang und starker Alterung die Anzahl der Bewohner im Erwerbsfähigen Alter stark zurückgehen. Bei kleinteiligen Gemeindestrukturen kann dies zu Schwierigkeiten bei der Bereitstellung öffentlicher Leistungen führen. Nicht ausgeschlossen sind auch Kippeffekte in stark schrumpfenden Gemeinden, wo ein weiterer Verbleib für mobilere Bevölkerungsteile besonders unattraktiv wird.

Im europäischen Vergleich bewegt sich die Schweiz bezüglich der Altersstruktur im Mittelfeld, sowohl heute als auch in den Prognosen für das Jahr 2030. Entsprechend wird auch die Alterung in dieser Periode etwa im europäischen Durchschnitt verlaufen. Bis 2030 wird die Schweiz insgesamt gemäss mittlerem Szenario des BFS (2006) sowohl einen natürlichen Bevölkerungswachstum als auch einen Wanderungsüberschuss verzeichnen und damit eine ähnliche demografische Entwicklung aufweisen wie das westliche Österreich, die Niederlande oder die Wirtschaftszentren Grossbritanniens und Schwedens (wenn auch zum Teil auf

anderem Niveau). Die Alterszusammensetzung in der ganzen Schweiz im Jahr 2030 wird etwa der heutigen im Osten Deutschlands entsprechen. Daraus ist jedoch nicht abzuleiten, dass auch die entstehenden Probleme ähnlich sein werden, da sich in Ostdeutschland Probleme des demografischen Wandels mit anderen Problemen wie hoher Arbeitslosigkeit überlagern. Die am stärksten gealterten Regionen der Schweiz werden jedoch einen höheren Anteil an älteren Bewohnern aufweisen als die aktuell am stärksten gealterten Regionen Deutschlands.

5. AUSWIRKUNGEN DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

Das folgende Kapitel nimmt eine Auslegeordnung vor, auf welchen Ebenen sich der demografische Wandel auf die Volks- und die Regionalwirtschaft auswirken kann und fasst die spezifischen Chancen und Risiken zusammen, die sich in der Folge für die wichtigsten Raumtypen ergeben können.

5.1. WIRTSCHAFTLICHE EFFEKTE

Auf wirtschaftlicher Ebene interessieren v.a. die Wirkungen, die sich über folgende Kanäle ergeben:

- › Arbeitsmarkt,
- › Konsum,
- › Wertschöpfung und Produktivität,
- › Investitionen,
- › Preise,
- › Öffentliche Finanzen.

5.1.1. ARBEITSMARKT

Der Fachkräftemangel wird sich in der Beurteilung der meisten Befragten durch den Rückgang der Erwerbsfähigen in allen Gebieten akzentuieren. Andere Quellen wie Econsense (2006), Henschel et al. (2007) oder auch Baur et al. (1994) gehen davon aus, dass nur hochqualifizierte Arbeitskräfte knapp sein werden. Ansonsten werde aber kein Mangel bestehen, wenn die Integration der MigrantInnen erfolgreich bewältigt werden kann. Börsch-Supan (2001) geht ebenfalls davon aus, dass der Mangel an Hochqualifizierten kaum dazu beitragen wird, die Arbeitslosigkeit bei den gering qualifizierten Arbeitskräften zu senken. Müller (1994) sagte demgegenüber bis 2012 einen demografiebedingten Rückgang der Arbeitslosigkeit und je nach Szenario eine Überhitzung des Arbeitsmarktes in der Schweiz, also Arbeitskräfteknappheit, voraus. Diese Prognose wird aller Voraussicht nach nicht eintreffen, denn eine akzentuierte Arbeitskräfteknappheit konnte bis heute durch eine verstärkte Einwanderung vermieden werden.

Zur regionalen Ausprägung der Arbeitsmärkte werden unterschiedliche Voraussagen gemacht. Econsense (2006) vermutet, dass altersstrukturelle Unterschiede im Arbeitsangebot durch die internationale Migration zwischen den Staaten eher ausgeglichen werden als zwischen den Regionen innerhalb von Staaten. Einige Befragte sind der Ansicht, dass die in peripheren Räumen angebotenen Arbeitsplätze verhältnismässig gut besetzt werden kön-

nen, da dem Arbeitsplatzangebot nach wie vor eine Überzahl von nicht abwanderungswilligen Bewohnern gegenüberstehen dürfte. Hintergrund bildet die Überlegung, dass von den BewohnerInnen in der Peripherie relativ hohe Lohndifferenzen in Kauf genommen werden, um damit die Abwanderung vermeiden zu können. Probleme kommen auf die Arbeitgeber der Peripherie v.a. dann zu, wenn spezifische Qualifikationen benötigt werden, die auf dem lokalen Arbeitsmarkt nicht verfügbar sind.

Demgegenüber sieht eine Reihe von Befragten für den regionalen Arbeitsmarkt auch gegenläufige Tendenzen: Wird der Arbeitskräftemangel in den Zentren durch den auch dort stattfindenden demografischen Wandel nicht durch eine weitere Immigration oder höhere Erwerbsbeteiligung entschärft, wird das Lohngefälle und damit der Druck der wertschöpfungsstarken Dienstleistungen aus den Zentren auf die Arbeitsmärkte der Peripherie mit weniger produktiven Branchen ansteigen. Dies könnte in der Folge die Binnenwanderung beschleunigen, insbesondere wenn die Zahlungsbereitschaft für das Vermeiden der Binnenmigration nicht sehr hoch ist.

Ob sich der Arbeitsmarkt eher in die eine oder andere skizzierte Richtung bewegen wird, hängt wohl stark von der Ausgestaltung der Sektorpolitiken ab. Einige Befragte weisen darauf hin, dass es für die internationale Wettbewerbsfähigkeit zunehmend wichtiger sei, die Offenheit des Arbeitsmarktes als Erfolgsrezept auch als räumliche Offenheit zu verstehen. Der Druck, die durch den demografischen Wandel knapperen Arbeitskräfte nicht primär regional ausgeglichen, sondern möglichst wertschöpfungsstark zu beschäftigen und damit auf eine arbeitskräfteorientierte Regionalpolitik zu verzichten, wird in dieser Betrachtung zunehmen.

Die meisten Befragten sind sich einig, dass die abwandernden Arbeitskräfte tendenziell die dynamischeren und unternehmerischen BewohnerInnen einer Region sind, also solche, die auch ein höheres Potenzial als Unternehmer und Arbeitgeber in der Region hätten. Zur quantitativen Schrumpfung der erwerbsfähigen Bevölkerung gesellt sich also oft eine qualitativ überproportionale Schrumpfung, die in einen arbeitsmarktlichen Teufelskreis führen kann. Eine weitere Gefahr kann für die Arbeitsmärkte in Regionen bestehen, die vom demografischen Wandel besonders stark betroffen sind, wenn Unternehmen abwandern, um sich in Märkten mit junger, konsumfreudiger Bevölkerung zu betätigen. Es wird erwartet, dass Unternehmen ihre Standortentscheidungen zunehmend an demografischen Kriterien ausrichten und dass der demografische Wandel wirtschaftliche Ungleichheiten verstärkt, da aus Sicht vieler Unternehmer schnell alternde Regionen als Firmenstandort weniger attraktiv sind (Econsense 2006).

Innerhalb der Gruppe der Erwerbsfähigen werden sich grössere Verschiebungen zwischen Altersgruppen ergeben. Bis 2030 ist insbesondere eine steigende Anzahl älterer Arbeitnehmer zu erwarten (Kreye 2007). In Deutschland lag das Alter des zahlenstärksten Jahrgangs der Erwerbsbevölkerung im Jahr 2000 bei 36 Jahren. Im Jahr 2020 wird der stärkste Jahrgang 54 Jahre alt sein. Das durchschnittliche Alter der Erwerbsbevölkerung in Deutschland wird von 39 Jahren (2000) auf 43 Jahre (2020) ansteigen, danach wird sich das durchschnittliche Alter der Erwerbsbevölkerung bis 2030 nicht mehr gross verändern (Börsch-Supan 2001). Für die Schweiz ist anzunehmen, dass dieser Wert durch die stärkere Immigration etwas tiefer liegen wird. Die Arbeitgeber werden sich verstärkt an den Bedürfnissen älterer Arbeitnehmer orientieren müssen, um auf dem Arbeitsmarkt attraktiv zu sein, besonders in den vom demografischen Wandel besonders betroffenen funktionalen Raumtypen (siehe Abschnitt 4.1.1).

5.1.2. KONSUM

Durch die zu erwartende Alterung der Bevölkerung verschieben sich die Gewichte einzelner Branchen. Generell wird erwartet, dass der Bildungssektor etwas an Bedeutung verliert und jene des Gesundheitswesens weiterhin zunimmt. Davon abgesehen, gehen die meisten Befragten davon aus, dass sich das Konsumverhalten zwischen den Altersgruppen nicht signifikant unterscheidet. Auch Ecoplan (1994) kommt zum Schluss, dass sich zwischen den Branchen durch den demografischen Wandel keine starken Verschiebungen ergeben werden. Von den Befragten, die sich dazu äusserten, wird angenommen, dass sich Konsummuster tendenziell vererben. Allenfalls könnte es sich bei unterschiedlichen Konsumgewohnheiten auch um Kohorteneffekte handeln, die nur vorübergehend wirksam sind. Eine Gegenthese vertritt Börsch-Supan (2001), der negative Auswirkungen v.a. für die Branchen Transport und Kommunikation (Beschäftigungsrückgang um 5% bis 2050), Bildung und Bekleidung voraussieht und Gewinne für das Gesundheitswesen, Energie und Wohnen.

Die gewonnenen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass allfällige unterschiedliche Konsummuster zwischen den Altersgruppen, abgesehen von den erwähnten Ausnahmen, im Vergleich zu konjunkturellen Schwankungen auf die betroffenen Branchen einen eher kleinen Einfluss haben dürften. Allfällige Nachfrageveränderungen spielen sich in jedem Fall über einen langen Zeitraum ab und können von der Wirtschaft problemlos bewältigt werden (Frey 2005). Erfahrungen aus Japan zeigen zudem, dass durch die gesellschaftliche Alterung die Sparquote eher steigt als sinkt (Welter 2009).

5.1.3. WERTSCHÖPFUNG, PRODUKTIVITÄT

Die Alters- und Jugendabhängigkeitsquotienten werden mit dem demografischen Wandel ansteigen. Dies bedeutet, dass die entsprechenden Lasten, eingeschlossen die staatlichen Schulden, von einem kleineren Anteil der aktiven Bevölkerung getragen werden müssen. Um die Belastung für die zukünftige aktive Generation in Grenzen zu halten, sind deshalb deutliche Produktivitätssteigerungen nötig, da der Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung nicht durch gesteigerte Kapitalintensität allein wettgemacht werden kann (Börsch-Supan 2001). Econsense (2006) bemerkt, dass die Investitionen in Bildung und Forschung in Deutschland derzeit noch ungenügend seien, um dem demografischen Wandel wirkungsvoll begegnen zu können. In der Schweiz wurden die Ausgaben für Bildung und Forschung in den letzten Jahren gesteigert, was für die Zukunft ein weiteres Produktivitätswachstum erhoffen lässt. Einige der befragten Experten bemängeln jedoch, dass Reformen (Landwirtschaft, Gesundheitswesen), welche die Produktivität in den einzelnen Regionen steigern könnten, nur eingeschränkt umgesetzt wurden. Econsense (2006) befürchtet, dass der demografische Wandel durch die vermehrte Sicherheitsorientierung der älteren Generation allgemein Reformen und Innovationen erschwert, welche zu Produktivitätssteigerungen führen. Befragte Experten weisen auch darauf hin, dass das im Licht des demografischen Wandels besonders dringliche Ziel der Produktivitätssteigerung in der gesamten Volkswirtschaft zum Teil im Widerspruch zur Regionalpolitik stehen könne, insbesondere wenn diese ineffiziente Strukturen erhalte. Für die Regionalpolitik heisst dies, dass der Fokus staatlichen Handelns auf der Schaffung von möglichst produktiven Arbeitsplätzen und der Qualifizierung der Arbeitnehmer liegen sollte, wie dies in der aktuellen Ausrichtung vorgesehen ist. Die Erhaltung wenig produktiver Arbeitsplätze aus regionalpolitischen Beweggründen könnte unter den Vorzeichen des demografischen Wandels unter Umständen politisch eher weniger akzeptiert sein als heute.

5.1.4. INVESTITIONEN, KAPITAL

Die demografischen Veränderungen bis 2030 werden zunächst dazu führen, dass vermehrte Investitionen in Infrastrukturen für die ältere Bevölkerung getätigt werden. Dabei weisen einige Experten auf die Gefahr hin, dass das investierte Kapital schlecht genutzt werden kann, wenn der Anteil der älteren Personen dereinst wieder sinken sollte. Dasselbe droht allgemein bei langfristigen Investitionsgütern, die nicht von verschiedenen Generationen flexibel genutzt werden können. Econsense (2006) kritisiert, dass die bestehenden Infrastrukturen auf eine junge, wachsende Bevölkerung ausgelegt sind.

Das vorhandene Kapital kann sich in alternden Volkswirtschaften entwerten, wenn die Preise für den Produktionsfaktor Arbeit durch die geringere Verfügbarkeit von Arbeitskräften steigen. Allerdings sind langlebige Güter davon weniger betroffen (Frey 2005, Börsch-Supan 2001). Falls sich das hohe Immigrationsniveau weiterhin fortsetzen sollte, ist ein genereller Mangel von Arbeitskräften weniger wahrscheinlich, so dass sich das Problem allenfalls auf einzelne Regionen konzentrieren dürfte. Eine Kapitalentwertung ist generell eher unwahrscheinlich, kann aber die Amortisation von Infrastrukturen in einzelne Regionen gefährden und sich indirekt über den Fonds für Regionalentwicklung auf die Finanzierung der Regionalpolitik auswirken.

5.1.5. PREISE

Bei einer Verknappung der Arbeitskräfte durch demografische Entwicklungen sind steigende Preise besonders für arbeitsintensive, standortgebundene Produkte und Dienstleistungen zu erwarten. In Schrumpfungsbereichen können sich standortgebundene Infrastrukturen entwerten, v.a. Immobilien. Auf der anderen Seite können in den Zuwanderungsbereichen die Wohn- und Infrastrukturkosten steigen. Je nach Ausmass der internationalen Migration dürfte dieser Effekt jedoch weniger ausgeprägt sein, da die Zuwanderung je nach Szenario von einer Alterung und Schrumpfung der einheimischen Bevölkerung langfristig nahezu kompensiert wird.

5.1.6. ÖFFENTLICHE FINANZEN

Durch den sinkenden Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter werden tendenziell auch die direkten Steuereinnahmen vermindert. Es ist langfristig ein Rückgang des Einkommenssteueraufkommens zu erwarten. Temporär kann auch der gegenteilige Effekt eintreten, wenn die Anzahl der älteren und oftmals steuerkräftigeren Erwerbstätigen ansteigt. Auf die Unternehmenssteuern werden jedoch eher geringe Auswirkungen erwartet (Loeffelholz et al. 2002, zit. in Reuber 2006). Der demografische Wandel durch Abwanderung wirkt sich zudem überproportional auf die Gemeindefinanzen aus, da die Abwandernden meist überdurchschnittlich qualifiziert und steuerkräftig sind (Cavelti et al. 2008). Die Kosten für Netzinfrastrukturen bleiben hoch, Punktinfrastrukturen könnten z.T. eingespart werden (Schwimmbäder, Schulen etc.), werden aber z.B. im Gesundheitswesen auch zusätzlich benötigt. Die Einsparungen können die Ausfälle nicht kompensieren (ebd.). Die Schuldenlast wird auf weniger Schultern verteilt (Econsense 2006), ausser wenn die Schrumpfung über internationale Migration aufgefangen werden kann. Die potenziell hohen Kosten einer schlechten Integration der zuwandernden Bevölkerung lassen Anstrengungen in diesem

Bereich als speziell wichtig erscheinen (Econsense 2006). Alternativ könnten andere Instrumente ins Auge gefasst werden mit unterschiedlichen Verteilungswirkungen, wie Mehrwertsteuererhöhungen oder Rentenkürzungen.

5.2. CHANCEN UND RISIKEN FÜR DIE RAUMTYPEN

Räumlich betrachtet, ist die Schweiz insofern ein Spezialfall und vom demografischen Wandel weniger betroffen als andere Länder, als die Distanzen zwischen den verschiedenen funktionalen Räumen sehr klein sind. Bis zu einer Stunde Fahrzeit um die Zentren ist nicht nur eine Wohnnutzung möglich, es siedeln sich auch Betriebe an, welche die Kosten der Zentralität vermeiden möchten und nicht unbedingt auf Agglomerationsvorteile angewiesen sind. Allerdings ist gemäss mehreren Befragten für die Ansiedlung von Betrieben eine kritische Grösse nötig, um eine ausreichende Zentralität und einen funktionierenden Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Eine ökonomisch nachhaltige Entwicklung ist möglich, wenn über Exporte Wertschöpfung im Wirtschaftsraum generiert werden kann oder wenn über Importsubstitution Geld im regionalen Wirtschaftskreislauf belassen wird (Cavelti et al. 2008).⁹

Im Folgenden werden die Chancen und Risiken für die drei nicht scharf abgegrenzten Raumtypen Zentren, periurbane Gebiete und Peripherie in tabellarischer Form zusammengefasst.

⁹ Cavelti et al. 2008 schätzen grob, dass Exporterlöse von CHF 1 Mio. pro Jahr zehn Arbeitsplätze ergeben, je nach Kapital- und Arbeitsintensität der Branche.

CHANCEN UND RISIKEN DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS FÜR DIE REGIONEN		
Raumtyp	Chancen	Risiken
Zentren	<ul style="list-style-type: none"> › Hoher Anteil Erwerbsfähige › Stärkste Attraktivität für Zuwandernde aus dem Ausland 	<ul style="list-style-type: none"> › Arbeitskräfteknappheit › Abwanderung von Familien › Hohe Lebenskosten, hohe Standortkosten für Firmen
Periurbane Gebiete	<ul style="list-style-type: none"> › Dynamische Bevölkerungsentwicklung › Hoher Anteil Erwerbsfähige und Jugendliche › Attraktiver Wohnstandort auch für Ältere 	<ul style="list-style-type: none"> › Eher rückläufige Arbeitsplatzentwicklung › Druck auf Natur und Landschaft
Peripherie	<ul style="list-style-type: none"> › Tiefe Lebenskosten › Tiefere Lohnkosten für Unternehmen › Attraktiv für Alterswohnen, falls Gesundheitsdienstleistungen gehalten oder ausgebaut werden können › Arbeitsintensive Dienstleistungen im Gesundheitsbereich › Komplementäre Funktion zu wachsenden Zentren › Intakte Natur und Landschaft 	<ul style="list-style-type: none"> › Tiefer Anteil Erwerbsfähige › Entwertung von Infrastrukturen in schrumpfenden Regionen › Rekrutierungsprobleme bei Arbeitskräften mit spezifischen Qualifikationen › Verstärkter Produktivitätsdruck zur Finanzierung der Sozialsysteme kann Umverteilung der Arbeitskräfte zu produktiveren Branchen und Regionen beschleunigen › Abwanderung v.a. unternehmerischer und qualifizierter Bevölkerungsteile › Überproportionaler Steuerkraftverlust › Hohe Aufwendungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastruktur.

Tabelle 7

Für die peripheren Gebiete lassen sich aufgrund des demografischen Wandels nicht grundsätzlich neue Herausforderungen erkennen. Der demografische Wandel kann aber Probleme und Trends akzentuieren, die grundsätzlich bereits bestehen oder sich abzeichnen.

- › Während die ImmigrantInnen in den Zentren die Alterung der Gesellschaft teilweise auffangen können, wird dieser migrationsbedingte Verjüngungseffekt in den peripheren Regionen viel weniger zum Tragen kommen. Dies v.a. auch nachdem mit der Personenfreizügigkeit deutlich mehr hochqualifizierte Arbeitskräfte einwandern.
- › Der demografische Wandel wird den Mangel an Fachkräften und den Sog der Zentren auf die Fachkräfte aus allen Landesteilen verstärken. Es ist mit einer gegenüber heute noch akzentuierten Abwanderung gut qualifizierter und dynamischer Arbeitskräfte zu rechnen.

- › Durch den stärkeren demografischen Wandel steigt der Druck in der Peripherie noch verstärkt, öffentliche Infrastrukturen finanziell zu tragen und öffentliche Aufgaben wahrzunehmen. Kann die Qualität nicht über innovative institutionelle Lösungen und ausreichende Ausgleichszahlungen gehalten werden, kann eine Abwärtsspirale in Gang kommen.

In Bezug auf die Branchenstruktur sind vom demografischen Wandel keine drastischen Änderungen zu erwarten. Sicher wird der Gesundheitssektor weiter an Bedeutung gewinnen, während der Bildungssektor möglicherweise etwas an Bedeutung verlieren könnte (aufgrund des tieferen Jugendanteils v.a. in der Peripherie, falls es dort nicht gelingt, über innovative Angebote eine Nachfrage von aussen zu generieren).

Chancen lassen sich für die peripheren Gebiete vor dem spezifischen Hintergrund des demografischen Wandels nur eingeschränkt ausmachen. In der Literatur und von den befragten Experten wurden folgende Bereiche genannt:

Alterswohnen

Denkbar ist, dass sich die ältere Generation vermehrt landschaftlich attraktive Regionen in der Peripherie als Seniorenwohnsitz aussucht. So zeigt das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2009), dass in landschaftlich attraktiven Regionen durchaus ein grösserer Zuzug von älteren Personen festgestellt werden kann (vgl. Anhang). Die befragten Experten gehen aber davon aus, dass dies ein Randphänomen bleiben wird und keine grossen Potenziale beinhaltet. Die Mobilität der Personen im Alter sei gering und die Anreize, in die Peripherie (d.h. ein Teil der periurban-ländlichen Gemeinden, Agrargemeinden und touristische Gemeinden) zu ziehen, ungenügend. Allenfalls kehren Personen, die früher selbst in der Peripherie wohnten, im Alter dorthin zurück. Um Potenziale auszuschöpfen, wären aber besser ausgebaute öffentliche Verkehrsverbindungen und Gesundheitsinfrastrukturen notwendig. Bland (2005) identifiziert für Nordamerika zwölf Faktoren, die für die Positionierung als Alterswohnstadt zentral sind: Gesundheitseinrichtungen, Verkehrserschliessung, Einkaufsmöglichkeiten, Lebenshaltungskosten, Lebensqualität, Landschaft, Klima, Kulturangebot, Erholungs-/Freizeitmöglichkeiten, ehrenamtliche Tätigkeiten, Service Public und Kriminalität. Die amerikanischen Erfahrungen mit Städten, die sich speziell auf ältere Bewohner ausrichten (Bland 2005), können jedoch nur beschränkt auf die Schweiz übertragen werden. Die wichtigen Attraktivitätsfaktoren sind hingegen auf die Schweiz übertragbar. Vorgeschlagen wurde auch eine Zertifizierung seniorenfreundlicher Wohnorte (Cavelti et al. 2008).

Tourismus/Zweitwohnen

Der Tourismus dürfte für die Bergregionen mit dem demografischen Wandel zunehmen, da viele SeniorInnen neben der Zeit auch über ausreichende Mittel verfügen. In diesem Bereich bestehen für landschaftliche intakte Regionen durchaus Potenziale, v.a. mit Angeboten in den Bereichen Wellness, Gesundheit, Wandern oder Kultur. Eine gute Infrastrukturausstattung vorausgesetzt bestehen auch Chancen, dass Zweitwohnungen von älteren Gästen über eine längere Zeit im Jahr genutzt werden.

Tiefe Lebenskosten

Sollten sich durch den demografischen Wandel die Unterschiede in den Lebenskosten zwischen den Zentren und der Peripherie noch vergrössern, kann die Peripherie unter Umständen für Leute mit geringem Einkommen, insbesondere Kulturschaffende, an Attraktivität gewinnen.

5.3. ZUSAMMENFASSUNG

Der demografische Wandel wird verschiedene wirtschaftliche Auswirkungen auf die Schweizer Regionen zeitigen. Das Durchschnittsalter der Arbeitskräfte wird sich insgesamt erhöhen. Wenn über die internationale Migration nicht mehr genügend Arbeitskräfte in die Schweiz kommen sollten, würden Arbeitskräfte knapp. In diesem Fall würde sich der Druck der wertschöpfungsstarken Branchen auf die wertschöpfungsschwachen Beschäftigungszweige weiter erhöhen. Für die Regionalpolitik heisst dies, dass unbedingt darauf geachtet werden sollte, in den peripheren Regionen Beschäftigung mit hoher Wertschöpfung zu ermöglichen. Für Arbeitgeber kann die Ansiedlung eines Betriebs in der Peripherie riskant sein, wenn spezifische Qualifikationen lokal nicht vorhanden sind, da es schwieriger ist, Zuwanderer in die Peripherie zu locken. Dies deutet auf eine gewisse Pfadabhängigkeit von Wirtschaftsstrukturen hin.

Abgesehen von einem weiteren Bedeutungsgewinn des Gesundheitssektors werden durch den demografischen Wandel keine grossen Veränderungen der Konsummuster erwartet. Hingegen wird zur weiteren Finanzierung der Sozialwerke der Druck steigen, die gesamte Volkswirtschaft so zu organisieren, dass eine grösstmögliche Wertschöpfung erzielt werden kann. Regionen, welche heute über wenig wertschöpfungsstarke Arbeitsplätze verfügen, können dadurch unter Druck kommen, wenn es nicht gelingt, die wertschöpfungsstarken Arbeitsplätze in den Regionen zu entwickeln.

Chancen und Risiken des demografischen Wandels sind unterschiedlich über die Regionen verteilt. Die Schweiz ist aufgrund ihrer kleinräumlichen Struktur gegenüber anderen

Ländern im Vorteil. Die grössten wirtschaftlichen Risiken sind im peripheren Raum zu erwarten. Die Herausforderungen des demografischen Wandels in diesen Gebieten sind nicht neu, sie verstärken aber oft bestehende Probleme. Chancen liegen vor allem in tieferen Lebens- und Lohnkosten, was besonders für arbeitsintensive Dienstleistungen von Vorteil sein kann. Periphere Regionen können für ältere Personen als Wohnort attraktiv sein, sofern wichtige Dienstleistungen lokal verfügbar sind. Im Umfeld des Alterswohnens eröffnet sich auch die Chance, wertschöpfungsstarke Arbeitsplätze etwa im Gesundheitssektor in diese Regionen zu bringen. Die Wertschätzung des peripheren Raums als zu den Zentren komplementärer Raum wird sich vermutlich weiter erhöhen. Die erhöhte Wertschätzung kann auch zu Chancen für mehr Wertschöpfung, etwa im Tourismus, führen.

6. POLITISCHE HANDLUNGSFELDER

6.1. HANDLUNGSFELDER AUF NATIONALER EBENE

Es handelt sich beim demografischen Wandel um einen langfristigen, schleichenden Prozess. In der Folge werden die Herausforderungen oft nicht als zeitlich dringlich wahrgenommen. Zudem ist die Vorstellung schrumpfender Gemeinden und Regionen negativ belegt, so dass die Politik das Thema selten aufgreift. Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung müssen jedoch nicht a priori negativ sein, und die Effekte sind lediglich temporär (für einige Jahrzehnte), wenn die Geburtenrate zusammen mit der Einwanderung für eine ausreichende Reproduktion sorgt. Eine insgesamt leicht rückläufige Zahl der Erwerbstätigen führt langfristig nicht zu negativen wirtschaftlichen Effekten, wenn starke Brüche und hohe Strukturanpassungskosten vermieden werden können. So hat z.B. Hofmann (2009) empirisch gezeigt, dass aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht nichts gegen ein leicht negatives Bevölkerungswachstum spricht. Die Wirtschaftspolitik zielt denn auch primär darauf ab, die temporären negativen Effekte des demografischen Wandels über eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung abzufedern (Arbeitslosigkeit, Frauen, Rentenalter, internationale und Binnenmigration).¹⁰ Die Befragten sind einhellig der Meinung, dass der Staat den demografischen Wandel nur begleiten und allenfalls bremsen, nicht aber umkehren kann. Die Rolle des Staates beim demografischen Wandel wird vor allem darin gesehen, dafür zu sorgen, dass die regionalen Veränderungen sozialverträglich ablaufen können. Über die anzuwendenden Instrumente zur Begleitung des demografischen Wandels bestehen unterschiedliche Ansichten.

Um den demografischen Wandel zu beeinflussen, stehen der Politik vor allem zwei Instrumente zur Verfügung: die Migrations- und Familienpolitik.

Migration

Die meisten Befragten sehen die Möglichkeit, mit einer sich weiter öffnenden Migrationspolitik den demografischen Wandel in der Schweiz insgesamt zu bremsen. Die regionalen Ungleichgewichte können damit aber nicht behoben werden, sondern werden eher noch verstärkt. Abgesehen von ihrer möglichen Brisanz eignet sich die forcierte Immigration also nicht als spezifisch regionalpolitische Massnahme. Dazu kommt, dass mit dem in allen Ländern Europas einsetzenden demografischen Wandel qualifizierte MigrantInnen begehrt

¹⁰ Vgl. auch Hofmann 2009.

sein dürften als heute. Die Schweiz müsste dauerhaft attraktivere Konditionen bieten können.

Familienpolitik

Einige Befragte erwähnen die Möglichkeit, mit einer ausgebauten Familienpolitik und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Geburtenrate und die Erwerbsbeteiligung der Frauen zu erhöhen. Die Ankurbelung der Geburtenrate scheint quantitativ wenig vielversprechend, um den demografischen Wandel hinauszuschieben (Börsch-Supan 2001). Die Effekte am Arbeitsmarkt werden erst nach 2040 deutlich spürbar und damit nachdem der grösste Teil des demografisch bedingten Wandels in der Altersstruktur bereits stattgefunden hat. Ohne Verzögerung lässt sich jedoch mit familienergänzenden Betreuungseinrichtungen die Frauenerwerbsbeteiligung erhöhen. Solche familienpolitischen Massnahmen waren in den letzten Jahren von grosser Bedeutung, um die Alterung in den Kernstädten und den Trend zur Periurbanisierung zu bremsen (Mörl 2009). Bei den durch den Lebenszyklus bedingten Wanderungen zwischen Kernstadt und periurbanen Gemeinden bestehen entsprechende Steuerungspotenziale. Im Gegensatz dazu, dürften die Potenziale, um die ökonomisch bedingten Wanderungen aus der Peripherie zu bremsen, deutlich geringer sein. Potenziale bestehen jedoch auch in der Peripherie, um die Erwerbsbeteiligung der Frauen zu erhöhen. Dies würde sich insbesondere bei der nicht selten hohen Arbeitsqualifikation positiv auf die Regionalentwicklung auswirken.

6.2. HANDLUNGSFELDER AUF REGIONALER EBENE

Rahmenbedingungen der Regionen

Primär kann der demografische Wandel dort gebremst werden, wo Regionen für Betriebe attraktive Rahmenbedingungen anbieten können (Erreichbarkeit, Grundstücke, Arbeitsmarkt, Steuern, Bewilligungspraxis, öffentliche (Verkehrs-)Infrastruktur). Dem Nationalen Finanzausgleich kommt die Aufgabe zu, für einen Ausgleich zwischen den Kantonen (und Regionen) zu sorgen. Einen finanziell wie auch sachlich grossen Einfluss üben die Sektoralpolitiken aus, namentlich die Landwirtschafts- und Verkehrspolitik. Bemerkenswert ist, dass die heutigen Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen durch die tiefen Verkehrskosten massgeblich geprägt sind und dass sich andere Strukturen ergeben würden, wenn der private und öffentliche Verkehr seine gesamten Kosten tragen müsste.

Rückzug, Konzentration auf regionale Subzentren

Der demografische Wandel stellt vor allem die ganz abgelegenen Regionen vor spezielle Herausforderungen und kann die Überlebensfähigkeit langfristig in Frage stellen. Vor diesem Hintergrund ist zu prüfen, ob für die Gesamtregion langfristig nicht mehr erreicht werden kann, wenn die Kräfte gebündelt werden auf jene Gebiete, die auch langfristig über tragfähige Strukturen verfügen, namentlich die Kleinzentren in der Peripherie. Das kann bedeuten, dass man sich aus bestimmten abgelegenen Gebieten aktiv zurückzieht. Ein passiver Rückzug, der zu effizienteren Strukturen zwingt, hat mit Fallpauschalen im Gesundheits- und Bildungsbereich schon eingesetzt. Denkbare Anpassungen im Rahmen eines eher passiven Rückzugs sind unter anderem die Senkung von Ausbauvorschriften bei Infrastrukturen, die regionale Zentralisierung der Schulen durch Einführung der freien Schulwahl oder die Abschaffung von Finanzkraftabstufungen bei den Kantonsbeiträgen. Für eine Forcierung von Schrumpfprozessen bestehen jedoch weder national noch international „best practice“-Beispiele (Cavelti et al. 2008), abgesehen vom Rückbau von Stadtteilen in Ostdeutschland, wo jedoch andere Voraussetzungen und Problemstrukturen gegeben sind als sie in der Schweiz aufgrund des demografischen Wandels in der Peripherie erwartet werden können.

Wegen dem zu erwartenden demografischen Wandel sollte die Förderung auf regionale Subzentren konzentriert werden, damit diese als Arbeitsmärkte eine kritische Grösse erreichen und gehalten werden können. Eine räumliche Verzettelung der Förderung ist zu vermeiden. Die Studie des Berlin-Instituts (2007) für das Land Brandenburg kommt zum Schluss, dass die Förderung von zukunftsfähigen regionalen Zentren verstärkt werden sollte, während in Flächen, die sich in konstanter Schrumpfung befinden, der Rückzug bis hin zur Streichung von öffentlichen Versorgungs- und Zugangsleistungen (Strassen) und Prämien für Wegziehende aktiv gefördert werden sollte, um die Mittel für die Stärkung der Regionalzentren freizusetzen. Durch die Förderung von regionalen Subzentren sind Spillover-Effekte in deren Nähe zu erwarten. Positive Auswirkungen auf sehr periphere Gebiete sind nach schweizerischen wie internationalen Erfahrungen nicht zu erwarten (Cavelti et al. 2008). Diese sehr peripheren Gebiete umfassen in der Schweiz jedoch lediglich wenige sehr abgelegene Talschaften ohne eigenes Subzentrum.

Anstösse zur besseren Abstimmung der öffentlichen Infrastrukturen auf die tatsächlichen Präferenzen der Bewohner, in vom demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen, kann auch eine Revision der innerkantonalen Finanztransfers liefern, wie dies der Kanton Graubünden beschlossen hat. Damit gewinnen die Gemeinden mehr Autonomie, in welche Infrastrukturen sie investieren möchten (Cavelti et al. 2008). Damit wird die Eigen-

initiative peripherer Räume gefördert und der Bau von nicht den Verhältnissen angepassten Infrastrukturen vermieden. Es entstehen damit auch gezielte Anreize zur gemeindeübergreifenden Wahrnehmung von Aufgaben in funktionalen Räumen.

Anpassung der politischen Strukturen

Der demografische Wandel wird viele, insbesondere abgelegene Gemeinden noch vermehrt zwingen, zusammenzuarbeiten, politische Strukturen anzupassen und neue Formen der Aufgabenerfüllung zu finden. Empirische Untersuchungen in Deutschland (Geys et al. 2007) kommen zum Schluss, dass besonders kleine Gemeinden durch Alterung und Schrumpfung anfällig für fiskalische Schocks sind. Bei kleinen Gemeinden bewegen sich die Verwaltungskosten nicht proportional zur Einwohnerzahl, sondern sind in sehr kleinen Gemeinden überproportional hoch, was für die Effizienz von Gemeindefusionen spricht. Bei grösseren Gemeinden wachsen die Verwaltungskosten hingegen ungefähr proportional zur Bevölkerung. Grössere Einheiten ab 10'000 Einwohnern sind durch den demografischen Wandel weniger gefährdet (Geys et al. 2007).

Gemeindefusionen sind eine Lösung, Regionalkonferenzen, Zweckverbände etc. eine andere. Aus Sicht der Befragten besteht v.a. bei den Fusionen Handlungsbedarf, der aber vielerorts auf heftigen Widerstand stösst.

6.3. AUSLÄNDISCHE ERFAHRUNGEN/PRAXISBEISPIELE

Wie in Kapitel 3 dargestellt, ist der demografische Wandel in vielen europäischen Ländern weiter fortgeschritten als in der Schweiz. Deshalb interessiert wie diese Länder mit dem demografischen Wandel umgehen und welche (regional-)politischen Instrumente eingesetzt werden. Im Anhang befindet sich eine Übersicht über einige ausgewählte regionale Politiken und Projekte, nachfolgend fassen wir zusammen, welche Lehren daraus für die Schweiz gezogen werden können.

Bei diesen Lehren aus dem Ausland ist es oft nicht möglich, zwischen generellen Problemen der Peripherie und spezifischen Problemen des demografischen Wandels zu unterscheiden. Die Projekte versuchen oft Probleme der Peripherie wie die regional disparate wirtschaftliche Entwicklung zu lindern, welche durch den demografischen Wandel wohl verschärft werden, aber auch ohne ihn bestünden. Die enge Verflechtung des demografischen Wandels mit weiteren Einflussfaktoren wird auch von Huning et al. (2009) betont. Zum Stichwort „demografischer Wandel“ werden zum Teil mehr Mittel für den regionalen Ausgleich gefordert, wie in der Demografiestrategie des Landkreises Holzminden (2008).

Diese Anliegen sind in der Schweiz allerdings nicht Teil der Regionalpolitik, sondern Teil des neuen Finanzausgleichs.

Die Option „Gegensteuern“ hat in den untersuchten ausländischen Erfahrungen eher wenig Gewicht. Lambalgen (2007) postuliert allerdings, dass die demografische Entwicklung einer Region durch gezielte Stimulierungsmassnahmen (regionaler) Behörden beeinfluss- und steuerbar ist. Auf regionaler Ebene besteht ein gewisses Potenzial zum Gegensteuern, wenn durch Massnahmen der öffentlichen Hand eine Region für Familien attraktiver gemacht werden kann, z.B. über Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Strategie ist jedoch nur möglich, wenn innerhalb derselben Region oder in der Nähe genügend Arbeitsplätze verfügbar sind. Unter anderem versucht der Landkreis Holzwinden (2008), so seine Attraktivität für Familien zu steigern. In vielen Regionen ist die Erhöhung der Arbeitsbeteiligung Teil einer Strategie zur Reaktion auf den demografischen Wandel (Coenen et al. 2009). Für die Schweiz dürfte diese Strategie von geringerer Bedeutung sein, da die Erwerbsbeteiligung bereits auf einem relativ hohen Niveau liegt.

Das Strategiebündel „Anpassen“ geht über die simple Redimensionierung oder Neuorganisation von öffentlichen Infrastrukturen hinaus. Sie umfasst auch die Sensibilisierung wirtschaftlicher und allgemein regionaler Akteure für die Anforderungen, aber auch Chancen gealterter Arbeits- und Absatzmärkte und eine breite Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft, wie dies regionale Demografiestrategien wie bspw. die Strategie Demografie Osnabrück (Heuwinkel 2006) vorsehen. Die Bewusstseinsbildung kann auch über ein mehrstufiges Vorgehen erzielt werden, wenn die öffentliche Hand Privatpersonen ausbildet, welche das ihnen vermittelte Wissen z.B. an Unternehmer weitertragen, wie im Projekt „rebequa“ (regionale Beratung und Qualifizierung) vorgesehen (Schädler 2008). In den Modellregionen für den demografischen Wandel des deutschen Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung werden unter anderem auch Projekte unterstützt, die eine Neuorganisation öffentlicher und privater (z.B. Detailhandel) Infrastrukturen anstreben, die durch die Kombination von bisher getrennt erbrachten Leistungen auch in Zukunft eine Versorgung ohne Qualitätseinbussen zu adäquaten Kosten sicherstellen sollen (BMVBS 2009).

In Regionen, die durch den demografischen Wandel unter Fachkräftemangel leiden und für Zuzüger zu wenig attraktiv sind, kann die gezielte Schliessung von Qualifikationslücken bei Arbeitslosen z.B. im Gesundheitswesen einen Beitrag zur regionalen Wirtschaftsentwicklung leisten (DC NOISE 2009a).

Die durch den demografischen Wandel veränderten Anforderungen der Bevölkerung an öffentliche Infrastrukturen und privatwirtschaftliche Angebote können durch von der öffentlichen Hand geförderte Fokusgruppen erfasst werden (Proudfoot 2009, Bland 2005).

Chancen der von Abwanderung und Schrumpfung betroffenen Regionen werden in ähnlichen Handlungsfeldern identifiziert, wie sie die Neue Regionalpolitik in der Schweiz vorgibt. Die Modellregionen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung werden gefördert mit Projekten in den Bereichen Tourismus, (Bio-)Landwirtschaft, erneuerbare Energien und innovative KMU, z.B. in den Branchen Maschinenbau und Elektroindustrie. Explizit erwähnt wird nicht nur die Stärkung der Exportwirtschaft dieser Regionen, sondern auch die Stärkung der lokalen Wirtschaft durch Importsubstitution (bspw. durch die lokale Produktion erneuerbarer Energien) (BMVBS 2009). Auch die Empfehlungen des INTERREG-Projekts „Hinterland“ (Weith 2009) entsprechen weitgehend den Leitlinien der neuen Regionalpolitik in der Schweiz.

Aus den ausländischen Erfahrungen unter anderem mit INTERREG-Projekten lässt sich folgern, dass die Probleme in unterschiedlichen Regionen zwar oftmals ähnlich gelagert sind, die vorteilhaften Lösungsansätze sich jedoch stark unterscheiden können (Coenen et al. 2009). Genügend Freiraum für die Kantone oder andere umsetzende Gebietseinheiten ist also wichtig, um optimal auf den demografischen Wandel reagieren zu können.

Schliesslich zeigen ausländische Studien wie diejenige des Berlin-Instituts (2009), dass Regionen nicht in jedem Fall gefördert werden können und sollen, sondern nur, wenn entsprechende Anknüpfungspunkte vorhanden sind. In diesem Sinn wird auch der Ansatz begrüsst, dass sich Regionen vermehrt mit eigenen Vorstellungen und Konzepten um Förderung bemühen müssen, wie z.B. die Modellregionen für den demografischen Wandel des deutschen Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Die Wichtigkeit von individuellen Förderkonzepten, welche auf die Besonderheiten der Regionen eingehen, wird betont. Eine Stärkung der Regionen kann gemäss der Studie des Berlin-Instituts (2009) nicht nur über die Ansiedlung von Unternehmen und das Generieren von Wertschöpfung erfolgen, sondern auch über die Konzentration auf die Funktion als Komplementärraum.

7. FOLGERUNGEN FÜR DIE REGIONAL- UND STANDORTFÖRDERUNGSPOLITIK

Im folgenden Kapitel soll abschliessend der Frage nachgegangen werden, welche längerfristigen Konsequenzen sich für die Regional- und Standortförderungs politik aufgrund der vorangehend dargestellten Wirkungen des demografischen Wandels ergeben.

7.1. WIRKUNGEN UND KONSEQUENZEN

Der demografische Wandel wird die peripheren Regionen ungleich stärker treffen als die Zentren und bestehende Disparitäten verstärken.

Es zeichnet sich ab, dass vorab in den Zentren und ihren Gürteln die Bevölkerungszahl aufgrund der anhaltenden Zuwanderung weiter wachsen wird. Das durchschnittliche Alter der Bevölkerung wird zwar steigen, aber deutlich weniger ausgeprägt als in eher peripheren Regionen. Alterung und allenfalls auch Bevölkerungsschwund als Erscheinungen des demografischen Wandels werden in der Schweiz vor allem jene Gebiete ausserhalb der Agglomerationen betreffen, welche auch im Perimeter der neuen Regionalpolitik liegen. Mit zunehmender Zentralität des Gebietes steigt tendenziell der Anteil der Erwerbsfähigen, während der Anteil der älteren Bevölkerung sinkt. Der Anteil der jugendlichen Bevölkerung wird am äusseren Rand von Verdichtungsräumen am höchsten sein. Eine Ausnahme von diesem Schema stellen reiche Gemeinden im Umfeld grosser Zentren dar, welche einen hohen Anteil der älteren Bevölkerung aufweisen.

Im europäischen Vergleich befindet sich die Schweiz bezüglich ihrer Altersstruktur zur Zeit im europäischen Durchschnitt. An der Stellung wird sich in Zukunft wenig ändern, aber der Altersquotient wird sich stark erhöhen von 24% auf zirka 37%. Damit wird sich die Situation in der Schweiz im Jahr 2030 vermutlich in etwa so präsentieren wie aktuell in Ostdeutschland. Daraus sollte jedoch nicht unmittelbar auf einen ähnlichen Problemdruck geschlossen werden, da sich die wirtschaftliche Ausgangslage in den neuen Bundesländern ganz anders präsentiert.

Räumlich ist die Schweiz weniger vom demografischen Wandel betroffen als andere Länder, da die Distanzen zwischen unterschiedlichen funktionalen Räumen fast immer kurz sind. Von den meisten peripheren Regionen sind Wirtschaftszentren innerhalb einer Stunde erreichbar. Die Bevölkerungsstruktur wird sich deshalb in den meisten Gebieten nicht durch extreme Überalterung auszeichnen. In sehr abgelegenen Talschaften kann dies der Fall sein, aber grossflächige, sich bevölkerungsmässig entleerende Regionen werden in der Schweiz

auch in den nächsten 20 Jahren kaum zu beobachten sein. Grossräumig wird eher das Gegenteil der Fall sein, indem der Siedlungsdruck auf weitere (gut erschlossene) Regionen ausserhalb der bestehenden Agglomerationen einwirkt.

Bei den Arbeitsplätzen hingegen ist damit zu rechnen, dass sich der Trend zur Zentralisierung akzentuiert und dass peripherere Regionen vermehrt unter wirtschaftlichen Druck geraten. Ausschlaggebend dazu sind namentlich die anziehenden Pull-Effekte der Zentren auf dem Arbeitsmarkt, die sich durch den demografischen Wandel verstärken und die peripheren Räume vermehrt „austrocknen“ lassen. Die Konzentrationseffekte dürften somit bei der räumlichen Verteilung der Arbeitsplätze deutlich ausgeprägter sein als bei der Bevölkerung.

Der demografische Wandel bestärkt die Stossrichtungen der Standortförderungs- und Regionalpolitik.

Der demografische Wandel wird zwar die peripheren Gebiete ungleich stärker betreffen, die Problemfelder, die sich daraus ergeben sind aber nicht grundsätzlich neu. Zu rechnen ist, dass sich die Problemfelder akzentuieren und ein Ausmass erreichen, das verstärktere und spezifischere Lösungen verlangt. Mit der neuen Regionalpolitik hat der Bund die Weichen in die richtige Richtung gelegt: Der Ansatz weg von Infrastrukturen und Strukturerhaltung hin zu einer wertschöpfungs- und wettbewerbsorientierten Regionalpolitik wird durch den demografischen Wandel bekräftigt, indem es in Zukunft für periphere Gebiete noch wichtiger sein wird, über wertschöpfungsstarke Arbeitsplätze zu verfügen. Wie die Analyse zeigt, dürfte der Druck der wertschöpfungsstarken Branchen auf die eher wertschöpfungsschwach beschäftigten Arbeitskräfte zunehmen. Wenn es den peripheren Regionen nicht gelingt, wertschöpfungsstarke Beschäftigung zu schaffen, droht ihnen, dass gut ausgebildete Arbeitskräfte noch vermehrt in die an Fachkräftemangel leidenden Zentren abwandern. Auf der anderen Seite ist damit zu rechnen, dass wenig qualifizierte Arbeitsplätze unter Druck kommen. Vor diesem Hintergrund ist der besondere Akzent der Regionalpolitik auf die Schaffung von wertschöpfungsstarken Arbeitsplätzen in der Peripherie richtig und gewinnt noch an Bedeutung. Dabei ist jedoch zu beachten, dass Wirtschaftsstrukturen ein Stück weit pfadabhängig sind und gänzlich neue Wirtschaftszweige sich selten ansiedeln lassen. Neue wirtschaftliche Aktivitäten müssen zu den lokal vorhandenen Qualifikationen passen. Die benötigten Fachkräfte von aussen in eine Region zu bringen, stellt erhöhte Anforderungen an ein Unternehmen.

Auch mit der Kompetenzverschiebung nach unten hat der Bund richtige Voraussetzungen geschaffen, um den unterschiedlichen Bedürfnissen und Anforderungen in den Regio-

nen besser gerecht zu werden und um initiatives Handeln zu fördern und fordern. Darüber hinaus wird die Standortförderungs politik vor allem im Bereich des Tourismus und der KMU-Politik tangiert (Näheres dazu weiter unten).

7.2. HANDLUNGSANSÄTZE

Der demografische Wandel bringt zwar nicht gänzlich neue Herausforderungen für die Standortförderungs- und Regionalpolitik, es lassen sich aber einige Ansätze herauskristallisieren, die vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine besondere Bedeutung erlangen:

- a. Gegensteuern.
- b. Chancen frühzeitig prüfen und nutzen.
- c. Kräfte bündeln und zukunftsfähige Strukturen schaffen.
- d. Schrumpfung thematisieren und aktiv Strategien entwickeln.
- e. Optik nicht zu eng wählen und sektorübergreifende Zusammenhänge im Aug behalten.
- f. Ansätze auf regionaler Ebene entwickeln und ausprobieren.

a. Gegensteuern

Die Möglichkeiten, den demografischen Wandel und seine Folgen günstig zu beeinflussen, sind zwar begrenzt. Das heisst aber nicht, dass die Kantone und Regionen den demografischen Wandel tatenlos hinnehmen müssen. Sie können Strukturen schaffen, um die Erwerbsbeteiligung und die Zuwanderung von Erwerbspersonen zu erhöhen.

Die Migrations- und Integrationspolitik kann durchaus nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler bzw. kantonaler Ebene relevant sein, bspw. wenn es darum geht, die Attraktivität für potentiell zuziehende Familien zu steigern oder eine gute Integration von Zuwanderern sicherzustellen. Gute Integrationsmöglichkeiten sind für Firmen, die spezialisierte Fachkräfte aus anderen Regionen oder Ländern hinzuziehen müssen, eine wichtige Erleichterung bei der Rekrutierung von Arbeitskräften. Wollen auch die peripheren Regionen den demografischen Wandel durch Zuwanderung abfedern, werden sie nicht darum herum kommen, eine aktivere Integrationspolitik zu betreiben und sich unter Umständen auch kulturell zu öffnen. Eine verbesserte Attraktivität für Zuwanderer ist nicht nur für eine Strategie als Wohnstandort relevant, sondern vor allem auch um einen allfälligen Arbeitskräftemangel in wertschöpfungsstarken, exportorientierten Beschäftigungszweigen in der Peripherie lindern zu können.

Potenziale zum Gegensteuern könnten sich auch dadurch bieten, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen (und Männern) erhöht wird durch ein attraktives, familienfreundliches Umfeld, das Beruf und Familie besser vereinbaren lässt. Zudem wird man es sich in Zukunft kaum mehr leisten können, kompetente ältere ArbeitnehmerInnen frühzeitig zu pensionieren oder freizustellen. Hier müssen vor allem auch die Betriebe zu einer aktiven betrieblichen Alterspolitik sensibilisiert werden. Dies müsste eigentlich ein wichtiges Feld für die KMU-Politik als Teil der Standortförderung werden, nicht ausschliesslich, aber gerade für periphere Regionen.

b. Chancen frühzeitig prüfen und nutzen

Mit dem demografischen Wandel sind auch Entwicklungen verbunden, die peripheren Regionen zusätzliche Chancen bieten, sofern die Regionen dazu ausreichende Voraussetzungen mitbringen können. Chancen ergeben sich vor allem im Tourismus, dem Gesundheitswesen und evtl. auch in der Bildung.

- › **Tourismusangebote (auch) für die ältere Bevölkerung:** Der demografische Wandel wird auch zu einer grösseren Zahl älterer Touristen führen, welche andere Bedürfnisse aufweisen als die junge Generation. Tourismusdestinationen, die sich frühzeitig darauf einstellen und Innovationen in dieser Richtung kreieren, werden unter den Vorzeichen des demografischen Wandels im Vorteil sein. Das müssen nicht unbedingt grosse Destinationen sein, sondern auch kleine (und ruhigere) können mit gut gewählten Angeboten attraktive Nischen besetzen. Sowohl die Regional- wie auch die Standortförderungspolitik, namentlich Innotour, sind gefordert, Erfolg versprechende Innovationen für geeignete Standorte zu entwickeln. Kombinationen mit Wellness und Kultur sind bereits bekannt, es lassen sich aber weitere interessante Ansätze entwickeln. Da die Bevölkerung in ganz Europa älter wird, ergeben sich gleiche Chancen auch im Hinblick auf ausländische Gäste. Sollte zudem die demografische Entwicklung in den Zentren und im periurbanen Raum weiterhin so dynamisch verlaufen wie in den letzten Jahren, dürfte sich die Bedeutung der komplementären Funktion der Peripherie als Raum für Erholung und Natur verstärken und mit ihr die Zahlungsbereitschaft der Bewohner der Zentren für diese Funktion.
- › **Gesundheit und Bildung als weitere Schlüsselthemen:** Bildung und Gesundheit sind bereits als Handlungsfeld im Mehrjahresprogramm zur NRP enthalten. Der Fokus der Umsetzungsprogramme der Kantone liegt jedoch auf der Förderung von exportorientierter Industrie und der Unterstützung des Strukturwandels im Tourismus. Im Gesundheitssektor lässt der

demografische Wandel einerseits ein weiteres Wachstum erwarten. Andererseits wird auch der Spardruck bleiben und die Kantone und Gemeinden zu Kostensparungen und Struktur-
anpassungen zwingen. Innerhalb dieses Spannungsfelds kann der demografische Wandel
geeigneten Regionen im Gesundheitssektor auch „Exportchancen“ bieten (national und
international). Wie hoch die Potenziale sind, welche Orte dazu geeignet sind und wie sie
am besten genutzt werden können, sollte in den nächsten Jahren genau geprüft werden.
Dabei dürfte es sich auch lohnen, explizit die Zusammenarbeit mit den Zentren (z.B. Spi-
täler) zu suchen.

› Potenziale des Alterswohnen durch gute Gesundheitsversorgung stärken: Sollten sich die
Hoffnungen verwirklichen, die in das Alterswohnen gesteckt werden, bildet eine gute Ge-
sundheitsversorgung vor Ort Voraussetzung. Vielleicht müssten entsprechende Überlegun-
gen in die kantonalen Spitalplanungen einfließen. Hier könnte sich dem ländlichen Raum
und dem Berggebiet durch intakte Natur und im Allgemeinen tiefere Arbeitskosten ein
Wettbewerbsvorteil gegenüber urbaneren Regionen bieten. Im Licht der demografischen
Entwicklung sollte deshalb geprüft werden, ob Vorhaben im Bereich Gesundheit ein grö-
serer Stellenwert zukommen könnte.

› Bildung als offenes Feld: Wie sich der Bildungssektor im Sinne eines Exportpotenzials
entwickelt, lässt sich schwer voraussehen. Die Anzahl der jüngeren Bevölkerung mit dem
intensivsten Ausbildungsbedarf dürfte auf der einen Seite zurückgehen, auf der anderen
Seite wird mit dem demografischen Wandel die Anforderung des „lebenslangen Lernens“
noch zunehmen und ältere Bevölkerungsteile einschliessen, evtl. auch SeniorInnen. Si-
cherlich bietet die Weiterbildung der älteren Bevölkerung auch Potenziale im Bereich in-
novativer Tourismusangebote.

c. Kräfte bündeln und tragfähige Strukturen schaffen

Wenn der demografische Wandel die wirtschaftlichen Disparitäten verstärkt und gewisse
abgelegene Talschaften auf die Dauer schlechte Zukunftsaussichten haben, stellt sich die
Frage der Konzentration der Kräfte. Die Ausrichtung auf regionale Zentren ist bereits in der
Konzeption der Neuen Regionalpolitik enthalten. Der demografische Wandel in den Berge-
bieten lässt dieses Ziel an Gewicht gewinnen, weil die Peripherie der Peripherie einem ver-
stärkten Schrumpfungsprozess vor allem der erwerbsfähigen Bevölkerung ausgesetzt sein
dürfte. Um die Besiedlung in der Fläche halten zu können, ist die Schaffung von Zentralität
in regionalen Subzentren vordringlich. Es scheint deshalb angebracht, die Standortförde-

rung noch verstärkt zu bündeln und darauf auszurichten, regionale Subzentren zu stärken. Das setzt aber die Einsicht voraus, dass zugunsten des Ganzen nicht jede Region oder jede Gemeinde gleichermassen unterstützt wird und Komplementaritäten manchmal wichtiger sind als doppelspurige Konkurrenz. Dabei sollte auch der funktionale Bezug zwischen Subzentren und deren peripheren Umgebung gestärkt werden (Austauschbeziehungen, Verkehr, Infrastruktur u.a.m.).

Für den Bevölkerungsrückgang und die Alterung ist v.a. die fehlende Zuwanderung (aus der Schweiz und dem Ausland) verantwortlich, nicht primär die Abwanderung. Wie in anderen Regionen ist die Reproduktion allein nicht gross genug, um die Bevölkerungszahl zu halten, dafür wäre auch Zuwanderung nötig. In bereits überalterten peripheren Räumen kann darüber hinaus die Reproduktion auf noch tiefere Werte sinken. Fehlt die Zuwanderung völlig, ist an solchen Orten ein „Kippeffekt“ denkbar. Wenn nur sehr wenige Personen im Erwerbsalter als Träger des Gemeindelebens zur Verfügung stehen, ist die Produktion elementarer öffentlicher Güter zunehmend erschwert. Die verbliebene mobile Bevölkerung würde verstärkt abwandern. In solchen Fällen scheint eine Anpassung der politischen Strukturen noch vordringlicher als bisher.

Tragfähige politische Strukturen sind auch aus einem anderen Grund wünschenswert. Der Druck, öffentliche Aufgaben zu finanziell tragbaren Kosten zu erbringen, wird mit dem demografischen Wandel noch zunehmen. Die Regionalpolitik sollte noch verstärkt mithelfen, solche übergeordneten Strukturen zu schaffen. Sie stellen auch für die wirtschaftliche Entwicklung elementare Rahmenbedingungen dar. Wie so etwas gehen könnte, hat der Kanton Glarus aufgezeigt.

d. Schrumpfsstrategien entwickeln

Parallel zur Bündelung der Kräfte ist für sehr abgelegene Gebiete, in denen sich keine zukünftig tragfähigen Strukturen entwickeln, die „Schrumpfung“ pro-aktiv als eine Entwicklungsmöglichkeit zu thematisieren, die nicht zum vorneherein negativ geprägt sein muss. Wichtig ist, dass die Region den Schrumpfungsprozess aktiv gestaltet, und nicht tatenlos zusieht, wie er vermeintlich plötzlich über die Region hereinbricht. Mit aktiv gestalteten Schrumpfsstrategien lassen sich Entwicklungen frühzeitig erkennen und mögliche wirtschaftliche und soziale Probleme abfedern. Schrumpfsstrategien sollten sich unter anderem damit befassen, wie eine quantitative Schrumpfung erreicht werden kann, die mit möglichst wenig qualitativer Schrumpfung verbunden ist. Ein bereits bestehendes Beispiel dafür ist die Sicherstellung nahräumlicher Versorgung durch das Zusammenlegen verschiedener

Einrichtungen wie Post und Dorfläden. Schrumpfungstrategien sollten sich auch damit befassen, wie der frei werdende Raum produktiv genutzt werden kann. Bevölkerungsmässige Schrumpfung kann auch neue wirtschaftliche Chancen bieten, etwa im Tourismus.

e. Optik nicht zu eng wählen und sektorübergreifende Zusammenhänge im Auge behalten.

Auch wenn der regionalpolitische Fokus richtigerweise auf die Schaffung von exportorientierter wirtschaftlicher Wertschöpfung liegt, sollte gerade in grösseren Umbruchphasen im Auge behalten werden, dass der Standort Schweiz und die Regionalentwicklung durch eine Vielzahl verschiedener Sektoralpolitiken geprägt werden. Diese geben beispielsweise auch für die beiden oben genannten Schlüsselthemen Gesundheit und Bildung den Rahmen, in dem sich Potenziale entfalten können oder nicht. Weitere wichtige Sektoralpolitiken sind die Verkehrs- und Energiepolitik, die Raumentwicklungspolitik und Landwirtschaftspolitik.

Bemerkenswert ist auch die Entwicklung des Wohnens. Die Voraussagen zur demografischen Entwicklung und zur Arbeitsplatzentwicklung lassen es wahrscheinlich erscheinen, dass besonders in periurbanen Gebieten und in ländlichen Räumen, die in vertretbarer Pendlerdistanz zu grösseren Zentren liegen, die Bevölkerungsentwicklung weiterhin dynamischer verläuft als die Entwicklung der Arbeitsplätze. Diese Räume scheinen sich also zunehmend auf die Funktion als Wohnstandort zu spezialisieren. Der Wohnungsmarkt ist jedoch nicht Gegenstand der Regional- und Standortförderung, es wäre aber sinnvoll die regionalen Entwicklungsstrategien darauf abzustimmen.

Auch das „Zweitwohnen“ bildet ein Phänomen, das den peripheren Regionen Chancen bietet, aber nicht in den Rahmen der Regionalpolitik passt. Die Alterung und der Bevölkerungsrückgang in peripheren Gegenden werden zum Teil überschätzt, da auch Abgewanderte häufig einen gewissen Teil ihrer Zeit am alten Ort verbringen. Dazu kommen andere Personen, welche nicht formell in diesen Gemeinden wohnhaft sind, aber trotzdem einen Teil ihrer Zeit dort verbringen. Zweitwohnen scheint auch abseits touristischer Brennpunkte ein Thema zu sein. Dies relativiert ein Stück weit den Rückgang der lokalen Wirtschaftsnachfrage. Nicht reduziert werden kann auf diese Weise jedoch der Reformbedarf politischer Strukturen bei sinkender und sich in ihrer Zusammensetzung verändernder Bevölkerung.

f. Ansätze auf regionaler Ebene entwickeln und ausprobieren.

Auch wenn sich Probleme in verschiedenen Regionen ähnlich präsentieren, können sich geeignete Lösungswege und Chancen je nach Region stark unterscheiden. Der Ansatz, bei der Umsetzung der Regionalpolitik primär auf lokale Initiative zu setzen, scheint deshalb

auch unter den Vorzeichen des demografischen Wandels richtig. Eine dezentrale Herangehensweise ermöglicht besser, lokal individuelle Chancen zu erkennen.

Im Ausland wurden Reaktionsmöglichkeiten auf den demografischen Wandel zum Teil in Modellregionen näher untersucht. Darüber hinaus bestünde auch in der Schweiz die Möglichkeit, wie im Ausland spezifisch auf die Bewältigung des demografischen Wandels zugeschnittene innovative Projekte in besonders betroffenen Regionen mit Mitteln der Regionalpolitik zu unterstützen. Für die Bezeichnung solcher Modellregionen wäre jedoch eine lokale oder regionale Initiative eine unabdingbare Voraussetzung. Die in Deutschland gemachten Erfahrungen bestätigen, dass eine starke lokale Identifikation mit entsprechenden Modellprojekten die Breitenwirkung solcher Programme erhöht. Das SECO könnte entsprechende Anstöße für Modellvorhaben geben.

ANNEX

GESPRÄCHSLEITFADEN

Der Gesprächsleitfaden wurde den zu befragenden Experten vor dem Interview zur Vorbereitung zugestellt. Er beinhaltet die wesentlichen Themen und Fragen und strukturiert das Interview. Je nach der Ausrichtung des Experten hatten unterschiedliche Bereiche und Fragen verschiedene Priorität. Es handelt sich also nicht um ein voll-, sondern ein teilstrukturiertes Interview. Der Gesprächsleitfaden wird nachfolgend aufgeführt:

Auswirkungen des demografischen Wandels auf Raum und Wirtschaft

- › Welches sind Ihre Erwartungen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels?
- › Wie unterscheiden sich die Auswirkungen zwischen verschiedenen Regionen (Stadt vs. Land, zentral vs. peripher, Berg vs. Tal)?
- › Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigen (sozioökonomischen) Einflussfaktoren, welche den demografischen Wandel beeinflussen?
- › Welche Veränderungen erwarten Sie durch den demografischen Wandel auf...
 - › ...das Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage?
 - › ...die Konsumgewohnheiten und Exportmöglichkeiten (inkl. Tourismus)?
 - › ...die Wertschöpfung und Investitionen?
 - › ...die Wohnbedürfnisse?
- › Wo sind Herausforderungen, aber auch Chancen für verschiedene Regionen?
- › Eine oft verwendete Prognose sind die Bevölkerungsszenarien des BFS. Wie schätzen Sie diese Szenarien ein? Sind Ihnen weiterentwickelte Szenarien auf Basis der BFS-Bevölkerungsszenarien bekannt?

Reaktionsmöglichkeiten des Staates

- › Wie kann auf die oben angesprochenen Herausforderungen eingegangen werden, welche Steuerungsmöglichkeiten bestehen?
- › Ist ein teilweiser Rückzug aus gewissen Gebieten eine Option? Wie müsste ein solcher Rückzug ausgestaltet sein? Welche Voraussetzungen müssen dafür gegeben sein und wer soll die Voraussetzungen beurteilen?
- › Sind die politischen Strukturen in den Regionen für die Bewältigung des demografischen Wandels geeignet?

Instrumente der Regionalpolitik

- › Mit welchen Massnahmen/Instrumenten können vom demografischen Wandel betroffene Regionen unterstützt werden? Welche Handlungsfelder/Politikbereiche sind prioritär? Wie unterscheiden sich die Prioritäten allenfalls nach verschiedenen Räumen?
- › Welches sind aus Ihrer Sicht Stärken und Schwächen der aktuellen Regionalpolitik? Ist das bestehende Instrumentarium ausreichend/geeignet?
- › Als wie erfolgversprechend sehen Sie jeweils die unterschiedlichen Strategien „Anpassung“ (Reform der politischen Strukturen und öffentlichen Leistungen sowie Nutzung der wirtschaftlichen Chancen des Wandels) und „Gegensteuern“ (Beeinflussung der Demografie) an?

Bestehende Studien und Praxisbeispiele

- › Welche hauptsächlich Studien oder Theorien bestehen zum Thema Demografie und Regionalentwicklung?
- › Sind Ihnen im In- oder Ausland beispielhafte Projekte bekannt, mit denen sich Regionen oder Private auf den demografischen Wandel vorbereitet oder sich bietende Chancen genutzt haben?

ÜBERSICHT DER BEFRAGTEN EXPERTEN

INTERVIEWPARTNER ZUM THEMA DEMOGRAFIE UND REGIONALENTWICKLUNG		
Person	Institution	Art des Interviews
Raymond Kohli	BFS, Demografieszenarien	telefonisch
Sophie-Hélène Bataïni	Direction de l'économie, NE, Regiosuisse	telefonisch
Toni Brauchle	ARE, Ländliche Räume und Landschaft	persönlich
Michael Caflisch	Amt für Wirtschaft und Tourismus, GR	telefonisch
Prof. René L. Frey	CREMA, Regionalökonom	persönlich
Etienne Piguet	Uni Neuchâtel	telefonisch
Thomas Egger	Schweizer Arbeitsgemeinschaft Berggebiete (SAB)	telefonisch
Daniel Wüthrich	BECO Tourismus Regionalentwicklung	telefonisch
Bernhard Weber	SECO, Ressort Arbeitsmarktanalyse und Sozialpolitik	telefonisch
Emil Kälin	Amt für Wirtschaft und öffentlichen Verkehr, UR	telefonisch
Prof. Paul Messerli	Uni Bern	persönlich
Sebastian Bellwald	Regiosuisse	telefonisch

Tabelle 8 Text

AUSLÄNDISCHE PROJEKTE UND MASSNAHMEN

INTERREG-PROJEKTE

A: DC NOISE

Ausgangslage

DC NOISE (Demographic change: new opportunities in shrinking Europe) ist ein Projekt des INTERREG-IVB Nordseeprogramms. Neun Regionen aus fünf europäischen Ländern arbeiten zusammen, um die Folgen des demografischen Wandels zu bewältigen. Das Projekt läuft von Juni 2008 bis Juni 2011. Das gesamte Projektbudget beträgt gut 6 Mio. Euro. 50% des Budgets werden durch die Europäische Union finanziert.

Die demografischen Herausforderungen erfordern verschiedene, oft ganzheitliche Lösungen. Zusammen versuchen die Partner von DC NOISE, neue Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln und ihre Erfahrungen zu teilen. Der Ansatz, dem demografischen Wandel durch eine Steigerung der Erwerbstätigenzahlen, die Integration von MigrantInnen und den Ausbau von Infrastruktur und Dienstleistungen zu begegnen, soll konsequent in die Praxis umgesetzt werden.

Instrumente/Massnahmen

Angestrebt wird der Wissensaustausch zwischen Regionen über beispielhafte Projekte in den beteiligten Regionen. Relevante Felder sind der Arbeitsmarkt, Dienstleistungen für Ältere und innovatives Wohnen (neue Wohn- und Betreuungskonzepte, Mehrgenerationenwohnen, Belebung des Wohnungsmarktes durch Rückbau).

Folgerungen für die Schweiz

Die Interreg-Studien im Rahmen von DC NOISE befassen sich mit Problemen, die in den einzelnen Regionen sehr ähnlich sind, verfolgen jedoch sehr unterschiedliche Lösungsansätze (Coenen et al. 2009). Die ergriffenen Massnahmen sollten auf die spezifischen Möglichkeiten der Region zugeschnitten sein. Für die Schweiz ist zu folgern, dass den Kantonen ein angemessener Freiraum bei ihrer Reaktion auf den demografischen Wandel gewährt werden sollte. In vielen Programmen wird eine Erhöhung der Partizipationsrate am Arbeitsmarkt angestrebt (Coenen et al. 2009). Dies ist für die Schweiz zwar ebenfalls von Bedeutung, aber

in geringerem Mass als in den umliegenden Ländern, da die Erwerbsbeteiligung der Personen ab 60 im internationalen Vergleich bereits hoch ist und die Arbeitslosigkeit relativ tief.

B: DEMOGRAFISCHER WANDEL IN DER EUREGIO

„Demografischer Wandel in der Euregio“ ist ein INTERREG-III B-Projekt, in dessen Rahmen sechs grenzüberschreitende Erfahrungsaustausche auf kommunaler Ebene über die zu erwartenden Auswirkungen des demografischen Wandels in der EUREGIO organisiert wurden mit dem Ziel, durch gegenseitiges Lernen den Kommunen wichtige Entscheidungshilfen im Umgang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels zu ermöglichen. Der Austausch fand zwischen Mai 2006 und Juni 2008 statt. Die Gesamtkosten von ca. CHF 40'000 wurden je zur Hälfte von den Regionen und von der Interreg-Förderung getragen. Beteiligt waren 13 Projekt-Partnerregionen aus Norddeutschland und den Niederlanden. Für Vertreter aus Verwaltung und Privatwirtschaft der beteiligten Regionen wurden drei Veranstaltungen durchgeführt zu den Themen „Herausforderungen und Chancen für die Regionen“, „Prognose, Analyse und Positionierung“ und „Strategieentwicklung und Handlungsfelder“. Wir stellen im Folgenden ein Beispiel einer am Erfahrungsaustausch vorgestellten Demografie-Strategie vor.

BEISPIEL: STRATEGIE DEMOGRAFIE OSNABRÜCK

Ausgangslage:

› Im Landkreis Osnabrück sind die Auswirkungen des demografischen Wandels bereits heute spürbar. Die Kinderzahlen sinken, der Wanderungssaldo schrumpft, Märkte verändern sich, die Kaufkraft wird durch Vorsorge gebunden und die Nahversorgung dünnt sich aus. Für die Zeit zwischen 2003 und 2020 wird erwartet, dass die Zahl der Einwohner bis 55 Jahre im Landkreis um 10% schrumpft, die der über 55-Jährigen dagegen um 38% zunimmt. Die Anzahl der Hochbetagten ab 86 Jahren soll sich sogar verdoppeln. Von den Verantwortlichen für die Kreisentwicklung des Landkreises Osnabrück wurde deshalb ein Handlungskonzept zur „Bewältigung des demografischen Wandels im Landkreis Osnabrück“ ausgearbeitet (Heuwinkel 2006).

Ziel:

› Im Landkreis Osnabrück soll dieser Herausforderung gemäss dem Handlungskonzept mit einer 2-Wege-Strategie begegnet werden. Zum einen müssen die Folgen des demografi-

schen Wandels bewältigt und sollen Chancen genutzt werden. Zum anderen soll der demografische Wandel auch aktiv beeinflusst werden.

Indikatoren/Massnahmen:

- › Mit diesen beiden Strategien sind sechs Handlungsfelder verbunden, vier davon zur Bewältigung des demografischen Wandels :
 - › Infrastrukturen sollen wandelbar gemacht werden,
 - › Siedlungen und Standorte sind an die veränderte Nachfrage anzupassen,
 - › Lebenslanges Lernen und altersgerechte Arbeitswelt sollen gefördert werden,
 - › Öffentliche Dienstleistungen sind an den veränderten Bedarf anzupassen.
- › Der Strategie „Demografischen Wandel aktiv beeinflussen“ entsprechen die beiden Handlungsfelder:
 - › Neubürger integrieren,
 - › Kinderfreundliches Lebensumfeld bieten.
- › Handlungsschwerpunkte sind die Integration der MigrantInnen, das Fördern lebenslangen Lernens und einer altersgerechten Arbeitswelt und das Schaffen von familienfreundlichen Standortbedingungen.
- › Konkrete Projekte sind der Umbau von nicht mehr benötigten Schulen zu altersgerechten Wohnungen, die vorausschauende Planung von Kindergärten als zukünftige Gemeindefestpunkte und die Einbindung von SeniorInnen in ehrenamtliche Aktivitäten.
- › Neben den erwähnten Projekten sind andere Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung wie „Aktivierende Befragungen „Wohnen der Älteren in Bissendorf““ oder Forum und Messe „Heute für morgen“ im Rahmen des Projekts durchgeführt worden.

Erfolg:

- › Noch keine Erfolgseinschätzungen verfügbar.

Folgerungen für die Schweiz:

- › Die Strategie „Anpassen“ heisst nicht nur die Neudimensionierung und -konzeption sowie Flexibilisierung öffentlicher Infrastrukturen, sondern auch die Sensibilisierung der wirtschaftlichen Akteure für die neuen Anforderungen und Möglichkeiten gealterter Arbeitsmärkte und Konsumenten sowie die gezielte (auch öffentliche) Investition in ältere Arbeitnehmer. Konkrete Projekte im privatwirtschaftlichen Bereich scheint dieses Beispiel

jedoch nicht zu beinhalten, es geht v.a. um Planung öffentlicher Infrastrukturen und um Bewusstseinsbildung bei gesellschaftlichen Akteuren.

C: HINTERLAND

Ausgangslage

HINTERLAND ist ein BSR-INTERREG-IIIB-Projekt, welches sich mit Potenzialen der Regionalentwicklung in ländlichen Gemeinden unter Schrumpfungsbedingungen befasst. Für das Gebiet der Ostseeregion sind strukturschwache Hinterlandbereiche im Abstand von 50 km und mehr zu den Ballungszentren an der Küste charakteristisch. Dieses Hinterland leidet häufig unter Bevölkerungsschwund. Rückläufige Beschäftigung in der Landwirtschaft und die geringere Konkurrenzfähigkeit kleiner und mittelständischer Betriebe sowie die wachsende Mobilität bewirken eine zunehmende Abwanderung aus den Hinterländern. Eine weniger mobile, überalterte Bevölkerung, geringe soziale und wirtschaftliche Aktivitäten und ein Verfall der Infrastrukturen und Häuser ist die Folge. Es droht eine sich beschleunigende Abwärtsspirale.

Instrumente/Massnahmen

Das Projekt „HINTERLAND“ will den demografischen Wandel mit innovativen Entwicklungsansätzen begleiten und die Schrumpfung dort organisieren, wo keine Entwicklungspotenziale gesehen werden. Die wirksamsten Potenziale zur regionalen Stabilisierung werden in Brücken zu den Vorderländern und verstärkter regionaler Kooperation gesehen. Die Erkenntnisse des INTERREG-Projekts sollen dazu dienen, lokal und regional vorausschauende Strategien für die zukünftige Siedlungsstruktur, die Stadt-Umland-Beziehungen, für Verkehr und Infrastruktur, aber auch die Landschaftsgestaltung und die Landwirtschaft entwickeln zu können und diese in Pilot-Aktivitäten umzusetzen. Das Projekt wird neben den lokalen und regionalen Partnern auch durch Experten aus Universitäten, Planungs- und Entwicklungsgesellschaften sowie "Vorderland"-Partner unterstützt. Im Rahmen des Projekts werden Pilotprojekte in den beteiligten Regionen durchgeführt. Unter anderem wurde im Rahmen des Projekts ein Vitalitätstest für Dörfer unter 1'000 Einwohnern entwickelt, mit dem der Handlungsbedarf abgeschätzt und gestützt darauf mögliche Strategieoptionen ausgewählt werden können.

Folgerungen für die Schweiz

Die Empfehlungen des Projekts für „Hinterland“-Regionen (Weith 2009) entsprechen weitgehend den Leitlinien der neuen Regionalpolitik in der Schweiz. Die regionale Wirtschaft soll durch die Verlängerung von Wertschöpfungsketten und durch die Ausschöpfung des Innovationspotenzials von KMU gestärkt werden. Die wirtschaftliche Aktivität soll besonders in regionalen Zentren gefördert werden. Angestrebt wird eine verstärkte Nutzung der lokalen Energieträger und eine verstärkte Abstimmung von Regional- und Landwirtschaftspolitik. Daneben wird auch angeregt, das nicht zu erfüllende Ziel der Minimierung regionaler Disparitäten zu überdenken.

D: GEPLANTE STUDIEN IM RAHMEN VON INTERREG 4B

Eine Studie im Rahmen von Interreg-IVB zum Brain-Drain in Randregionen, durchgeführt von der Hochschule Luzern und dem Büro Interface, wird im November 2009 starten.

Ebenfalls mit dem demografischen Wandel befassen wird sich die Studie „Demochange“, die im Rahmen des Interreg-IVB-Projekts „Alpine Space“ genehmigt wurde. „Demochange“ wird die Auswirkungen des demografischen Wandels in verschiedenen Regionen des Alpenraumes auf die räumliche Entwicklung untersuchen und pilothafte und übertragbare Anpassungsstrategien entwickeln. Führender Projektpartner ist die Fakultät für Tourismus der Hochschule für Angewandte Wissenschaften München (Alpine Space 2009).

BEISPIELE AUF LÄNDEREBENE

A: DEUTSCHLAND

FÖRDERPOLITIK DER EU UND DES DEUTSCHEN BUNDES FÜR UNTERNEHMEN ZUM DEMOGRAFISCHEN WANDEL

Quelle/mehr Information

- › Schädler 2008.

Ausgangslage

- › Gemeinsame staatliche/unternehmerische Strategie u.a. nötig im Hinblick auf Rentenaltererhöhung auf 67 in Deutschland,
- › Unternehmen sind gefordert, Mitarbeiter altersgerecht zu fördern/weiterzubilden, altersgerechte Laufbahngestaltung.

Ziel

- › Produktstrategie der Unternehmen soll Zielgruppe der Älteren mitberücksichtigen,
- › Unternehmen berücksichtigen die Bedürfnisse älterer Mitarbeiter.

Indikatoren/Massnahmen

- › Ansatzpunkte für staatliche Förderung: Standort-/Stadtentwicklung, Bekämpfung sozialräumliche Segregation, regionale Partnerschaften (Programme: BIWAQ, ILEK, EFRE),
- › Programm „rebequa“ (regionale Beratung und Qualifizierung): Bundesministerium für Arbeit und Soziales förderte aus Mitteln des Europäischen Strukturfonds (ESF) und INQA (Initiative neue Qualität der Arbeit) die KMU dabei, ihre Chance aus demografischem Wandel zu erkennen und ihre Personalpolitik anzupassen. Konkret wurden 300 Personen zu Demografie-Beratern ausgebildet, die anschliessend regionenspezifisch 2100 KMU zum altersgerechten Personalmanagement berieten. Kernfragen sind:
 - › Wie macht sich der demografische Wandel in den Unternehmen bemerkbar?
 - › Welche Folgen hat der demografische Wandel für die Betriebe?
 - › Und wie können Unternehmer konkret ihr Personal- und Organisationsmanagement darauf einstellen?

- › Unter anderem werden Eingliederungszuschüsse für Personen ab 45 ausgerichtet, welche sich beruflich weiterbilden,
- › Förderung durch europäischen Sozialfonds: Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eines der Ziele im Förderbereich 2, „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“.

Erfolg

- › Keine Erfolgswerte ausser quantitativer Output des Projektes (2'100 beratene Unternehmen), das Ziel des Projekts besteht eher in Bewusstseinsbildung, so dass quantitative Effekte schwierig zu erfassen sind.

Folgerungen

- › Zweistufiges Vorgehen (Ausbilden von Botschaftern) ist eventuell interessant. Der Erfolg und die Befriedigung eines echten Bedürfnisses sind allerdings schwer einzuschätzen.

ZUKUNFTSSICHERUNG IM LANDKREIS HOLZMINDEN (LANDKREIS HOLZMINDEN 2008)

Quelle/mehr Information

- › Landkreis Holzminden 2008.

Ausgangslage

- › Der Landkreis Holzminden ist eine peripher gelegene, von Abwanderung geprägte Region. Sie liegt abseits der grossen Verkehrsinfrastrukturen in der flächenmässig grössten autobahnfreien Zone Deutschlands. Aufgrund ihrer spezifischen Situation ist die Gegend eine Modellregion der Bertelsmann-Stiftung zur Gestaltung des demografischen Wandels. Der Zukunftsatlas der Firma Prognos verortet die Zukunftschancen der Region anhand von 29 makro- und sozioökonomischen Indikatoren auf Platz 400 von 439 Landkreisen in Deutschland. Problem ist v.a. die Erreichbarkeit, weniger das Wohlstandsniveau.

Ziele

- › Die Zukunft des Landkreises soll gesichert werden, Erkenntnisse für die Bertelsmann-Stiftung zur Gestaltung des demografischen Wandels.

Indikatoren/Massnahmen

- › In den Jahren 2005/2006 wurde ein Demografiebericht erstellt und ein strategisches Grundsatzprogramm verabschiedet. Die abwandernden Personen wurden befragt und Haushaltsmittel zur Zukunftssicherung bereitgestellt.
- › Zur Stärkung der regionalen Wirtschaft werden Anstrengungen unternommen zur Qualifizierung von Arbeitnehmern ab 50, zur Sicherung des Wissenstransfers zwischen den Generationen und zur Sicherung und Begleitung der Unternehmensnachfolge.
- › Die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen soll verbessert werden, z.B. im Bereich Kindertagesstätten. Gemeindefusionen sollen den Landkreis von innen heraus stärken.
- › Mit einem benachbarten Landkreis soll horizontal zusammengearbeitet werden zur gemeinsamen Sicherstellung von öffentlichen Leistungen wie Heimangebot und Pflege oder Feuerwehren. Mit weiteren Landkreisen wird die Zusammenarbeit im Bereich Regionalplanung und Naturschutz/Tourismus geprüft.
- › Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Kinderfreundlichkeit sind wichtige Standortfaktoren, um der Abwanderung entgegenzuwirken. Dafür wird die Elterngeldstelle zu einem Familienservicebüro ausgebaut. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll mit bürgerschaftlichem Engagement gefördert werden.¹¹ Darüber hinaus sind „Starterpakete für Familien“ vorgesehen und es werden zwei „Familienzentren“ gefördert.
- › An Bund und Land werden Forderungen gestellt: eine Verbesserung der Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur, Förderung der Breitbandversorgung und der erneuerbaren Energien, und die Ansiedlung öffentlicher Arbeitsplätze in der Region.

Erfolg

- › Keine Erfolgseinschätzungen verfügbar.

Folgerungen

- › Insgesamt ist die Abgrenzung zwischen Problemen der Peripherie und des demografischen Wandels nicht klar. Die beiden Problemkreise sind über die Migration auch eng verbunden. So gesehen bremsen Ressourcentransfers, z.B. à la NFA, den demografischen Wandel in Randregionen. Die Forderungen des Kreises Holzminden sind eigentlich eine Forderung nach „mehr NFA“. Abgesehen davon zeigt sich auch in diesem Programm die Bedeutung

¹¹ Was das genau heisst, ist unklar.

der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Qualifizierung älterer Arbeitnehmer und der regional koordinierten Planung öffentlicher Angebote.

POLITIKVORSCHLAG DEMOGRAFISCHER WANDEL (BERLIN-INSTITUT 2009)

Quelle/mehr Information

- › Berlin-Institut 2009.

Ausgangslage

- › Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bestellt Gutachten zum Thema „Politikvorschlag demografischer Wandel“ als kritische wissenschaftliche Position zu Fragen, denen sich die Politik zu stellen hat.

Ziel

- › Zusammen mit den Positionen der Politik in Bund, Ländern und Gemeinden soll dieses Gutachten Ausgangspunkt sein für eine Debatte über das Instrumentarium, mit dem der demografische Wandel gestaltet werden kann.

Indikatoren/Massnahmen

- › Das Gutachten des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung über den Umgang mit Regionen mit starkem demografischem Wandel zeigt Grenzen der Förderbarkeit von Regionen auf.
- › Bisher zwei Strategien: Gegensteuern und Anpassen.
 - › "Gegensteuern" folgt meist klassischer Industrie- und Strukturpolitik: Sie will nach gängigen Rezepten Industrie ansiedeln, Gewerbe- und Wohngebiete ausweisen, Arbeit schaffen und Wegzug verhindern. Gerade die Probleme ländlicher Abwanderungsregionen verweigern sich aber üblicher Strukturpolitik.
- › Anpassen heisst Einschränkung der öffentlichen Infrastruktur, was Bewohner vertreibt und demografischen Wandel erst recht beschleunigt.
- › Die Studie fordert, dass sich Regionen um Förderung bewerben müssen und diese nicht automatisch erhalten.
- › In schrumpfenden Landstrichen ohne Innovatoren soll die Förderung ganz eingestellt werden.

- › Alternative Wege der Förderung statt traditioneller Standortpolitik: autarke Gemeindestruktur mit lokaler Energieversorgung, gemeinschaftliche Mobilität, finanzielle Autonomie im Schulwesen.
- › Lokale Suche nach jeweils bester Lösung statt zentrales, einheitliches Förderungsschema.

Erfolg

- › Keine unmittelbare Anwendung der Studie, da deren Schlussfolgerungen z.T. politisch brisant bzw. unerwünscht sind. („Es mag aus wissenschaftlicher Sicht rational erscheinen, bestimmte Regionen nicht weiter zu fördern. Das ist für die Bundesregierung aber absolut inakzeptabel. Wir geben keinen Menschen auf, wir geben kein Dorf auf, wir geben keine Region auf.“)

Folgerungen

- › Die Studie zeigt einerseits auf, dass Regionen nicht um jeden Preis gefördert werden sollen bzw. können. Andererseits ist wichtig, dass nicht mit einheitlichen Förderinstrumentarien vorgegangen, sondern auf Besonderheiten der Regionen Rücksicht genommen wird. Regionen sollen sich selbst um Förderung bemühen müssen. Stärkung der regionalen Wertschöpfung kann nicht nur über klassische Ansiedlungspolitik erfolgen.

MODELLREGIONEN DES BUNDEMINISTERIUMS FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG: „REGION SCHAFFT ZUKUNFT.DE“

Quelle/mehr Information

- › www.region-schafft-zukunft.de

Ausgangslage

- › Zur Untersuchung der Auswirkungen des demografischen Wandels wurden vier Modellregionen ausgewählt, die bereits stark vom demografischen Wandel betroffen sind und in denen starke lokale Abstützung für Projekte besteht, je zwei in Ost- und Westdeutschland: Stettiner Haff, Südharz-Kyffhäuser, Werra-Meißner-Kreis, Nordfriesland. Die Regionen wurden im Rahmen eines Wettbewerbs ausgewählt (es werden Projekte gefördert).

Ziel

- › Wie kann die Lebensqualität in den Gemeinden vor Ort trotz der tiefgreifenden demografischen Entwicklungen gesichert werden? Welche Chancen ergeben sich durch den demografischen Wandel? Mit dieser Frage beschäftigt sich das Modellvorhaben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) "Demografischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen".

Indikatoren/Massnahmen

- › Die Handlungskonzepte der Regionen sollen möglichst viele der zentralen Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge einbeziehen, so dass sich eine ganzheitliche Strategie entwickelt. Die wesentlichen Handlungsfelder sind:
 - › familien- und altengerechtes Wohnen,
 - › Mehrgenerationenhaushalte,
 - › Wohnumfeld,
 - › Verkehrsinfrastruktur und Mobilitätskonzepte (ÖPNV),
 - › Gesundheits-, Schul-, Sport- und Freizeitversorgung, öffentliche Verwaltung, Einzelhandel, Regionalentwicklung in Vernetzung und Kooperation,
 - › Wirtschaft, Landwirtschaft, Arbeitsmarkt, Ausbildung.
- › Projekte: Chancen erkennen und Anpassung bewältigen. Planung öffentlicher Infrastrukturen, Altersheime, Schulen, Dienstleistungen des Detailhandels mit anderen Angeboten kombinieren, um sie für die Region zu erhalten. Die allgemeine Stossrichtung der Projekte lässt sich umschreiben mit der Devise „quantitatives, nicht qualitatives Schrumpfen“ durch Kombination von Angeboten (z.B. Detailhandel mit Begegnungszentrum, Sanierung alter, identitätsstiftender, aber leerstehender Gebäude, Kulturzentren).
- › Chancen erkennen: Logistik (Regionen z.T. im Zentrum Deutschlands), naturnaher Tourismus, Biolandbau, innovative KMU (Elektroindustrie, Maschinen- und Anlagebau, Druckwesen etc.), erneuerbare Energien, Wertschöpfung in Region steigern durch eigene Energieproduktion, z.T. Bildung und Brückenfunktion in ausländische Wirtschaftsräume.
- › Umsetzungsmechanismus bzw. Grundlage für geförderte Projekte: Regionen erarbeiten Handlungskonzept für den demografischen Wandel (Strategie, gemeinsames Ziel, koordiniertes Vorgehen).
- › Beispiel: Umsetzungskonzept Demografischer Wandel der Beispielregion Stettiner Haff:
 - › Anstoss von innen: Bildung und Qualifizierung, Inwertsetzung insbesondere der Natur,

- › Anstoss von aussen: Ansiedlung von Betrieben, Zuwanderung, neue Ideen. Dafür: aktive regionale Entwicklungspolitik, Gewerbeflächenpolitik, Lebensqualität, Regionalmarketing, Erreichbarkeit.

Erfolg

- › Nach einer Projektlaufzeit von knapp eineinhalb Jahren können die beiden Modellregionen in Ostdeutschland – Stettiner Haff und Kyffhäuser/Südharz – eine positive Zwischenbilanz ziehen: In zentralen kommunalen Handlungsfeldern wie Verkehr, Bildung und Qualifizierung, regionale Wirtschaft und Arbeit, generationenübergreifendes Wohnen und Bauen, soziale und kulturelle Angebote und Dienstleistungen werden erste Erfolge sichtbar (Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung). Die „ersten Erfolge“ werden in der Quelle nicht präzisiert.
- › Mehr als 60 Einzelprojekte werden durchgeführt, die gesamte Fördersumme beträgt 6 Millionen Euro.

Folgerungen

- › Ansatz, dass sich Regionen um Förderung bewerben müssen, scheint interessant, da so eher sichergestellt wird, dass Projekte lokal verankert und auf Bedürfnisse abgestimmt sind. Der Gedanke, dass quantitative Schrumpfung sich nicht auf die Qualität der öffentlichen Leistungen auswirken muss, wenn Angebote innovativ kombiniert werden, kann auch auf Schweizer Regionen übertragen werden. Evtl. können die Projekte zur Inwertsetzung der Natur und zur Entwicklung des Tourismus noch genauer untersucht werden. Auch hier ist der Bezug zum demografischen Wandel in Abgrenzung von allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten aber nicht immer klar.

B: NIEDERLANDE: GESUNDHEITSSTRATEGIE OST-GRONINGEN

Ausgangslage

Im östlichen Teil der Provinz Groningen schreitet die Alterung der Gesellschaft schnell voran. Der Gesundheitssektor (16% der Beschäftigten) gehört zu den wichtigsten Arbeitgebern des Gebiets. Die Arbeitskräfte im Gesundheitswesen sind knapp, da viele jüngere Personen aus der Region abwandern. Auf der anderen Seite weist die Region eine hohe Arbeitslosigkeit auf (10–14%). Diese beiden Probleme versucht ein Projekt im Rahmen des Interreg-

Programms DC NOISE zu entschärfen. Arbeitslose sollen zu einer Beschäftigung im Gesundheitssektor ermutigt werden (DC NOISE 2009a).

Massnahmen/Indikatoren

Die beteiligten lokalen Behörden möchten mit speziellen Anstrengungen die wenig qualifizierten Arbeitslosen für eine Beschäftigung im Gesundheitssektor weiterbilden. Zu diesem Zweck soll die Zusammenarbeit zwischen lokalen Behörden, Arbeitsvermittlungsinstitutionen und Arbeitgebern des Gesundheitssektors verbessert werden. Teil des Projekts sind auch eine Nachfrageabschätzung für Gesundheitspersonal und die Ausbildung von ca. 100 Personen (DC NOISE 2009a).

Folgerungen für die Schweiz

Das Projekt befindet sich noch in der Umsetzungsphase, es sind deshalb noch keine Beurteilungen greifbar. Die Übertragbarkeit auf die Schweiz scheint beschränkt, da in der Schweiz ein kleineres Reservoir von Arbeitslosen für die Deckung des Fachkräftemangels im Gesundheitssektor zur Verfügung steht. Unabhängig davon scheint fraglich, inwiefern Arbeitslose für eine Beschäftigung im Gesundheitswesen qualifiziert werden können.

C: GROSSBRITANNIEN

Ausgangslage

Die Region Dundee in Schottland entschloss sich nach dem Vorliegen von Bevölkerungsprognosen dazu, Massnahmen zur Aufwertung des regionalen Zentrums zu ergreifen. Im Rahmen des DC NOISE-Pilotprojekts soll beobachtet werden, inwiefern die beschlossenen Strategien tatsächlich umgesetzt werden und wie diese gegenüber den Betroffenen kommuniziert werden können (DC NOISE 2009b).

Indikatoren/Massnahmen

Das Pilotprojekt unterstützt die lokalen Behörden bei der Integration der beschlossenen Strategien zur (demografisch) nachhaltigen Entwicklung und fördert den Austausch zwischen lokalen Behörden und Universität (DC NOISE 2009b).

Folgerungen für die Schweiz

Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung der beschlossenen Massnahmen sollte der Grad ihrer Umsetzung und allenfalls auftauchende Schwierigkeiten einem regelmässigen Monitoring unterliegen. Die befristete Natur der Mehrjahresprogramme ist auch in diesem Zusammenhang positiv zu beurteilen.

D: SCHWEDEN

Die schwedischen Gemeinden verfügen selbst über die ihnen zugeteilten Schulbudgets. So können periphere Regionen eigenständig und abgestimmt auf die lokalen Verhältnisse selbst entscheiden, ob sie in dezentrale Zwergschulen oder in Fahrdienste für Schüler investieren oder ob sie die Eltern direkt für den entstehenden Fahraufwand entschädigen (Arefäll 2003). Ein Modell mit Schülerpauschalen (Gemeinden erhalten pauschale Beiträge pro Schüler statt Unterstützung für Schulen) hat sich auch in einigen Kantonen der Schweiz etabliert, so im Kanton Uri. Die Fahrkosten sind darin jedoch nicht enthalten wegen der kleinräumigeren Natur. Für die Zukunft könnte ein solches Modell jedoch auch für einzelne Schweizer Regionen relevant werden, besonders falls die öffentliche Verkehrserschliessung eingeschränkt werden sollte.

E: FINNLAND

In stark von Abwanderung betroffenen Regionen Finnlands werden Gesundheitsdienste gezielt auf zentrale Orte konzentriert, um eine relativ nahräumliche Versorgung zu gewährleisten. Anspruchsvolle Operationen werden, wo sinnvoll, in lokalen Spitälern unter Anleitung von Spezialisten, in anderen Spitälern mit Hilfe von Tele-Operationen durchgeführt (Varesma-Korhonen 2003). In der Schweiz ist das Problem weniger akut, da auch grössere Zentren schnell erreichbar sind. Der Ansatz korrespondiert jedoch mit der angestrebten Stärkung der regionalen Zentren. Je nach Verlauf des demografischen Wandels kann es sinnvoll sein, Gesundheits- und andere öffentliche Dienstleistungen proaktiv in den zur Stärkung vorgesehenen regionalen Subzentren zu konzentrieren.

F: ÖSTERREICH

Eine dünn besiedelte und von Abwanderung geprägte Gemeinde in Oberösterreich stand vor der Herausforderung, weiterhin eine Versorgung mit öffentlichem Verkehr gewährleisten zu können. Dieser wird im Rahmen eines von Mitgliedern der Dorfgemeinschaft betriebenen Rufbussystems sichergestellt. Dieses Rufbussystem wird nicht nur von Ansässigen nachge-

fragt, sondern erhöhte auch die Attraktivität des Gebiets für Wanderer (Meth 2003). Das Konzept Rufbus hat bereits heute in der Schweiz recht starke Verbreitung gefunden. Das Beispiel aus Oberösterreich illustriert, wie Gemeinden auch nach einem Wegfall von Subventionen für den öffentlichen Verkehr mit diesem versorgt werden können. Die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen dürften aber kontrovers sein, sollte ein solches Beispiel Schule machen.

G: KANADA

Einige kanadische Städte gehören mit zu den altersfreundlichsten Amerikas (Proudfoot 2009, Bland 2005). Die Attraktivität für ältere Zuzüger wurde in diesen Städten gezielt gestärkt, indem in lokalen Fokusgruppen die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung ermittelt wurden. Im Anschluss wurden unspektakuläre Infrastrukturanpassungen vorgenommen wie die Neuprogrammierung von Ampeln, die Trennung von Fuss- und Fahrradwegen, ein Mehrangebot von öffentlichen Sitzgelegenheiten oder eine bessere Ausleuchtung. Wo nötig, wurden auch private Eigentümer von halböffentlichen Räumen (z.B. Shoppingcenters) für die nötigen Massnahmen sensibilisiert. Wichtig für die Attraktivität eines Wohnorts für ältere Personen sind in Nordamerika zwölf Faktoren (Bland 2005): Gesundheitseinrichtungen, Verkehrserschliessung, Einkaufsmöglichkeiten, Lebenshaltungskosten, Lebensqualität, Landschaft, Klima, kulturelle Aktivitäten, Erholungs-/Freizeitmöglichkeiten, ehrenamtliche Tätigkeiten, Community-Services und Kriminalität. In der Schweiz besteht schwerlich die räumliche Flexibilität, eigentliche Seniorenstädte wie in den USA neu zu errichten. Die wichtigen Faktoren und ergriffenen Massnahmen in den für ältere Einwohner attraktiven nordamerikanischen Städten können jedoch auf die Schweiz übertragen werden.

H: WEITERE BEISPIELE

In Südafrika und in Namibia sind private Naturschutzparks weit verbreitet. Diese sind als touristische Angebote profitabel und erzielen auf der gleichen Fläche eine höhere Wertschöpfung als der Ackerbau (Dörner 2007). Auch in Deutschland sorgen Naturschutzpärke für eine Steigerung der lokalen Wertschöpfung (Berlin-Institut 2007). Es wird sich weisen, welche wirtschaftlichen Effekte die in der Schweiz im Aufbau befindlichen regionalen Naturparks zeitigen werden. Die Übertragbarkeit des südafrikanischen Modells scheint aber beschränkt, da eigentliche Wildnispärke wohl schwerlich genug Wertschöpfung erzielen dürften, um ganze Talschaften aufkaufen zu können. Die Option besteht hingegen sehr wohl, wenn es um unbesiedelte, aber noch bestossene Alpen geht. Sollte der demografische

Wandel dazu führen, dass Fachkräfte für diese Aufgabe knapp und teuer werden, würde dies möglicherweise einen Trend zu Wildnisparks bewirken.

BASISPOLITIKSZENARIO DER BFS-BEVÖLKERUNGSSZENARIOEN

In diesem Abschnitt werden einige relevante methodische Details der Bevölkerungsszenarien und die impliziten politische Annahmen, die den verschiedenen Szenarien des BFS zugrunde liegen, aufgeführt. Die politischen Annahmen der Szenarien sind überwiegend nicht explizit aufgeführt.

- › Bei der Fertilität definiert sich das hohe und tiefe BFS-Szenario über unterschiedliche Annahmen zur Familienpolitik (starker politischer Wandel bzw. Status quo), das mittlere Szenario geht von einem Wandel im gegenwärtigen Tempo aus. Die nötigen oder angenommenen Veränderungen sind nicht weiter spezifiziert. Denkbar ist eine zwischen Kantonen und Bund koordinierte Familienpolitik, verlängerte Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaube, ausgebauter familienexterner Betreuung, Subventionen für Krippen, Steuerreformen zur Entlastung von Familien bzw. die Einstellung der Subventionen für Krippen, das Nichtzustandekommen von Steuerreformen.
- › Die Werte von 1.35 Kindern pro Frau im mittleren Szenario entsprechen mehr oder weniger dem Durchschnitt der letzten Jahre bis 2004, der tiefe Wert von 1.1 ist ein Wert, der den tiefsten aktuellen Zahlen in einigen Kantonen und Ländern Europas entspricht, man nahm an, dass der Durchschnitt sicher nicht darunter sinken würde. Der hohe Wert von 1.6 entspricht der Fruchtbarkeit von Frauen, die in den 60er Jahren geboren wurden. Man nahm an, dass die Entwicklung sicher nicht darüber hinausgehen würde. Die Symmetrie der Werte des hohen und des tiefen Szenarios relativ zum mittleren Szenario spielt ebenfalls eine Rolle.
- › Bei der Migration wird im hohen bzw. tiefen Szenario von einer erhöhten bzw. verminderten wirtschaftlichen Attraktivität der Schweiz ausgegangen. Diese ist nicht näher definiert. Die Attraktivität der Schweiz für MigrantInnen kann auch dadurch erhöht werden, dass durch eine andere Unternehmens- oder Branchenstruktur mehr ausländische Fachkräfte gefragt sind. Die Annahmen des BFS scheinen jedoch eher vage zu sein und sind nicht z.B. mit Annahmen zum Wirtschaftswachstum und dem daraus folgenden Bedarf an Arbeitskräften verknüpft.
- › Die Zahlen zur Migration basieren im hohen Szenario (+15'000 aus EWR pro Jahr) auf einem nur leichten Rückgang, bei +10'000 (mittleres Szenario) auf einem stärkeren Rückgang und bei +5'000 (tiefes Szenario) auf praktisch verschwundener Attraktivität der Schweiz für Einwanderer.

- › Im Licht der Entwicklung zwischen 2004 und 2009 ist v.a. die Migration unterschätzt worden, die Werte liegen über dem hohen Szenario. Die Migration ist allerdings schwer vorherzusagen, da sie sich von Jahr zu Jahr stark verändern kann. Das BFS stützt sich auf die Einschätzungen von Experten u.a. der Bundesverwaltung, die den Effekt der Personenfreizügigkeit unterschätzt haben. Die Fertilität hat ebenfalls leicht zugenommen, die Werte bewegen sich aber zwischen dem mittleren und dem hohen Szenario. Die Mortalität wurde ziemlich gut vorhergesagt.
- › Auf kantonaler Ebene ist die Entwicklung schwieriger zu eruieren als auf Bundesebene. Zusätzlich hinzu kommt die Migration innerhalb der Kantone. Die Methodik ist die gleiche wie auf nationaler Ebene, das mittlere Szenario stützt sich auf den kantonalen Trend der letzten Jahre bis 2004, die Prognosen für die Schweiz werden auf die einzelnen Kantone „zugeordnet“. Beim hohen und tiefen Szenario werden die Werte ebenfalls ausgehend von gesamtschweizerischen Annahmen und dem kantonalen Trend auf die Kantone „zugeordnet“.

Diese Details zu den Annahmen, welche den BFS-Szenarien zu Grunde liegen, verdeutlichen, dass in Bezug auf die genaue Beschreibung eines Basispolitikszenarios wie in der Offerte beschrieben, ein pragmatischer Weg beschritten werden muss. Für viele wichtige Politikbereiche (EU-Integration etc.) sind in den Szenarien keine expliziten Annahmen getroffen worden. Für unsere Analyse heisst das, wir gehen davon aus, dass bei nicht explizit berücksichtigten Änderungen in den verschiedenen Politikbereichen in den Szenarien ein Status quo unterstellt ist (implizit). Falls Plausibilitätsüberlegungen in einzelnen Politikbereichen nicht plausibel erscheinen im Verhältnis zu den prognostizierten Bevölkerungsentwicklungen, werden wir explizit von der Annahme abweichen. Die Definition des Basispolitikszenarios ist weiterhin wichtig, weil gegenüber diesem dann Politikänderungen definiert werden können, wenn es um die Frage geht, wie die Schweizer Regionalpolitik der Herausforderung allenfalls besser begegnen kann.

REGIONALE BEVÖLKERUNGSPROGNOSEN DER KANTONE

Studie zur Bevölkerungsentwicklung im Kanton Neuenburg

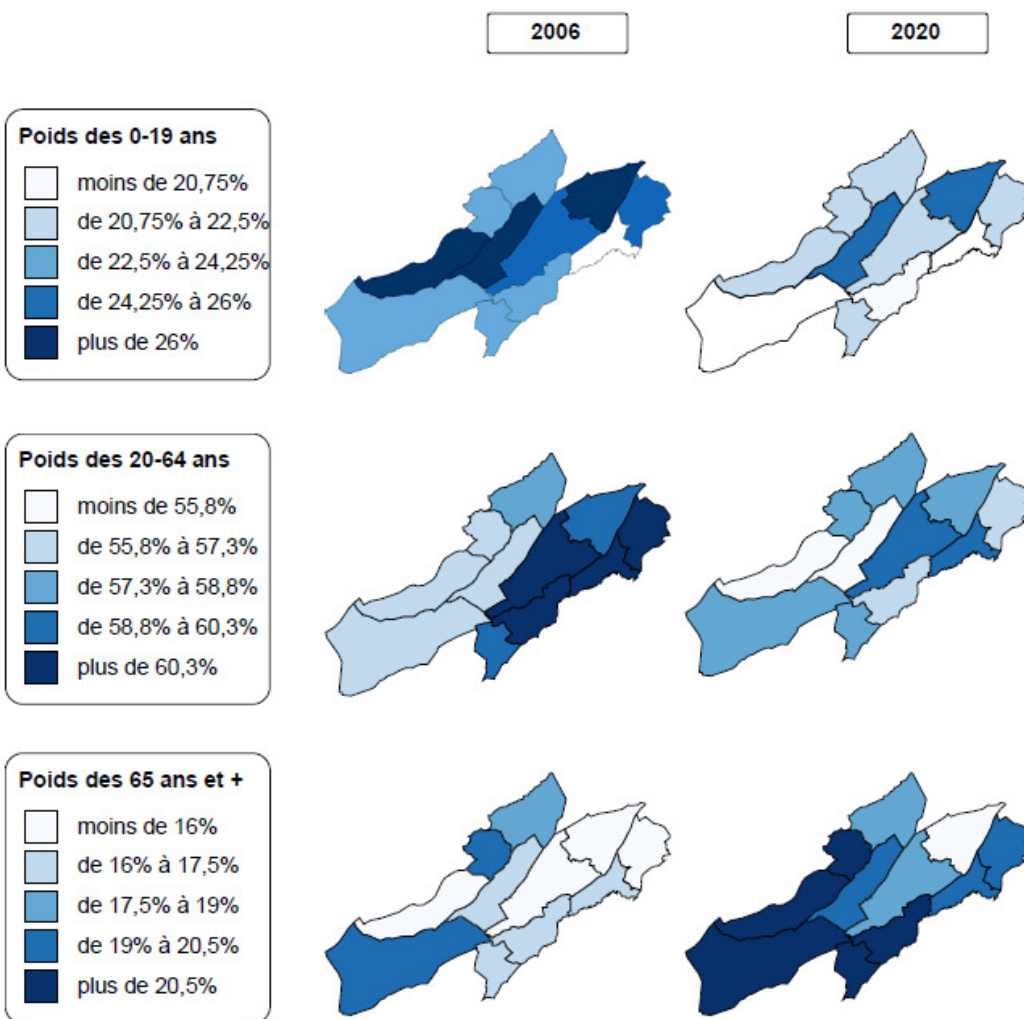
Das Amt für Statistik des Kantons Waadt führte im Auftrag des Département de l'économie Neuenburg eine Untersuchung durch zur demografischen Entwicklung im Kanton Neuenburg bis 2030. Dabei wurden auch Prognosen auf regionaler Ebene gemacht für den Zeitraum bis 2020. Diese Prognosen erlauben es, die in den verschiedenen funktionalen Raumtypen zu erwartenden Entwicklungen etwas genauer zu betrachten.

Die Prognosen des Basisszenarios für den Kanton Neuenburg lassen erkennen, dass im Jahr 2020 ein hoher Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre v.a. in eher peripheren, ländlichen Gebieten (La Brévine, Val-de-Travers), aber auch in privilegierten Wohnlagen am See (Boudry, Béroche) zu erwarten ist. In den Städten ist der Anteil der Älteren weniger hoch, eine Ausnahme davon ist Le Locle. In der Agglomeration der Städte ist der Anteil der Älteren vergleichsweise tief. Der Anteil der Jugendlichen erreicht im äussersten Agglomerationsgürtel die höchsten Werte (Les-Ponts-de-Martel, Cernier). Tief (unter 20%) ist ihr Anteil in Kernstädten und privilegierten Agglomerationsgemeinden (Neuchâtel, Boudry). Der Anteil der Erwerbspersonen ist in den Kernstädten und im inneren Agglomerationsgürtel (Neuchâtel, Val-de-Ruz) am höchsten, am tiefsten in peripheren Gebieten wie La Brévine, wo weniger als 55% der Bevölkerung im Erwerbsalter sein werden. Der Anteil der Erwerbspersonen wird überall sinken (in der Region Boudry etwa von über 60% auf ca. 56%), am wenigsten ausgeprägt aber in den industriellen Zentren und Landgemeinden von Le Locle, La Chaux-de-Fonds und Val-de-Travers. Dort ist heute wie in Zukunft ein mittlerer Anteil (57–58%) der Bewohner im erwerbsfähigen Alter.

Das Basisszenario wurde mit neun zusätzlichen Szenarien variiert. Variiert wurden in diesen Szenarien die Entwicklungen von Migration und Fruchtbarkeit. Die Extremszenarien zeigen die mögliche Bandbreite der Entwicklung der Einwohnerzahlen auf. Der Anteil der verschiedenen Altersgruppen wird jedoch nicht aufgeführt.

ENTWICKLUNG DES JUGEND-, ALTERS- UND ERWERBSFÄHIGENQUOTIENTEN IM KANTON NEUCHÂTEAU, 2006–2020

Cartes : Evolution de la structure par âge des régions, 2006 et 2020



Figur 21

Kanton Zürich 2030

Im aktualisierten Prognoselauf 2009 des Kantons Zürich (2009) wird, basierend auf den Daten bis 2008, ein weiterer Anstieg der Bevölkerung des Kantons Zürich bis 2038 vorausgesagt. Je nach Region gestaltet sich das erwartete Wachstum unterschiedlich:

ERWARTETE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG NACH BEZIRKEN, KANTON ZÜRICH	
Bezirk	Bevölkerungsentwicklung 2008–2030 (%)
Affoltern	17.8
Andelfingen	20.3
Bülach	17.9
Dielsdorf	16.9
Dietikon	7.1
Hinwil	11.0
Horgen	4.9
Meilen	7.9
Pfäffikon	9.8
Uster	13.3
Winterthur	9.6
Zürich	7.6
Kanton Zürich	10.5

Tabelle 9

Das stärkste Wachstum wird in vorwiegend ländlichen und periurban geprägten Bezirken wie Andelfingen, Affoltern, Bülach und Dielsdorf erwartet. Die Aufschlüsselung des erwarteten Wachstums nach funktionalen Gemeindetypen bestätigt dieses Bild. In ländlichen Gemeinden wird das stärkste Bevölkerungswachstum erwartet, gefolgt von den periurbanen Gemeinden. Auch Arbeitsplatzgemeinden ausserhalb der Zentren und Suburbane Gemeinden werden ein recht starkes Wachstum verzeichnen. Geringer fällt das Wachstum in einkommensstarken und gemischten Gemeinden aus. Auffällig ist, dass entgegen der nationalen Voraussage die Zentren im Kanton Zürich nicht schrumpfen werden. Es wird im Gegenteil ein Wachstum von über 8% erwartet.

ERWARTETE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG NACH FUNKTIONALEN RÄUMEN, KANTON ZÜRICH	
Funktionaler Raumtyp	Bevölkerungsentwicklung 2008–2030 (%)
Zentren	8.2
Arbeitsplatz-Gmd.	13.2
Suburbane Gmd.	12.3
Periurbane Gmd.	15.0
Einkommensstarke Gmd.	3.5
Gemischte Gmd.	7.6
Ländliche Gmd.	17.1

Tabelle 10

Heute ist der Anteil der Personen über 65 in den Regionen Pfannenstil und Zimmerberg am höchsten mit knapp unter 20%. Die tiefsten Werte werden im Unterland und im Furttal mit 12% verzeichnet. Der Anteil der Personen im Erwerbsalter (20–64) bewegt sich zwischen 60% (Pfannenstil) und 67% (Zürich).

Im Jahr 2030 wird sich der Anteil älterer Personen markant erhöht haben auf bis zu 25% (Pfannenstil, Weinland). Abgesehen von der Stadt Zürich (18%) werden alle Regionen einen Anteil Älterer von über 20% aufweisen. Der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter wird sich leicht verringern auf 57% (Weinland, Pfannenstil) bis 64% (Zürich).

DEMOGRAFISCHE KENNZAHLEN NACH REGIONEN, 2008			
Region	Anteil der 0–19-Jährigen	Anteil der 20–64-Jährigen	Anteil der über 65-Jährigen
Zürich	16.1	66.6	17.3
Limmattal	20.2	62.9	16.9
Knonaueramt	23.1	63.3	13.6
Zimmerberg	20.0	62.2	17.8
Pfannenstil	20.6	59.9	19.4
Glattal	20.3	65.1	14.6
Furttal	22.1	65.3	12.5
Oberland	22.1	63.2	14.7
Winterthur u.U.	21.0	63.2	15.9
Weinland	23.7	61.3	15.0
Unterland	22.4	64.9	12.6
Stadt Winterthur	19.9	63.8	16.3

Tabelle 11

DEMOGRAFISCHE KENNZAHLEN NACH REGIONEN, 2030			
Region	Anteil der 0–19-Jährigen	Anteil der 20–64-Jährigen	Anteil der über 65-Jährigen
Zürich	18.0	63.6	18.4
Limmattal	19.0	60.4	20.6
Knonaueramt	18.9	57.8	23.2
Zimmerberg	18.5	58.2	23.3
Pfannenstil	18.0	57.2	24.8
Glattal	19.0	59.9	21.1
Furttal	19.2	59.6	21.1
Oberland	18.9	58.5	22.6
Winterthur u.U.	18.5	58.7	22.9
Weinland	18.9	56.6	24.5
Unterland	19.1	59.1	21.8
Stadt Winterthur	18.2	59.2	22.6

Tabelle 12

DYNAMIK DER DEMOGRAFISCHEN KENNZAHLEN NACH REGIONEN, 2008–2030			
Region	Anteil der 0–19-Jährigen (+/- Prozentpunkte)	Anteil der 20–64-Jährigen (+/- Prozentpunkte)	Anteil der über 65-Jährigen (+/- Prozentpunkte)
Zürich	2.0	-3.1	1.1
Limmattal	-1.2	-2.5	3.7
Knonaueramt	-4.1	-5.4	9.6
Zimmerberg	-1.5	-4.0	5.5
Pfannenstil	-2.7	-2.7	5.4
Glattal	-1.3	-5.2	6.5
Furttal	-2.9	-5.7	8.6
Oberland	-3.1	-4.8	7.9
Winterthur u.U.	-2.5	-4.5	7.0
Weinland	-4.8	-4.6	9.4
Unterland	-3.3	-5.9	9.2
Stadt Winterthur	-1.7	-4.6	6.3

Tabelle 13

JUGEND-, ALTERS- UND GESAMTQUOTIENT NACH REGIONEN, 2030			
Region	Jugendquotient	Altersquotient	Gesamtquotient
Zürich	28.3	29.0	57.3
Limmattal	31.4	34.1	65.6
Knonaueramt	32.8	40.2	72.9
Zimmerberg	31.8	40.1	71.9
Pfannenstil	31.4	43.4	74.8
Glattal	31.7	35.1	66.9
Furttal	32.3	35.4	67.7
Oberland	32.4	38.6	71.1
Winterthur u.U.	31.5	39.0	70.5
Weinland	33.4	43.2	76.6
Unterland	32.4	37.0	69.3
Stadt Winterthur	30.8	38.2	69.0

Tabelle 14

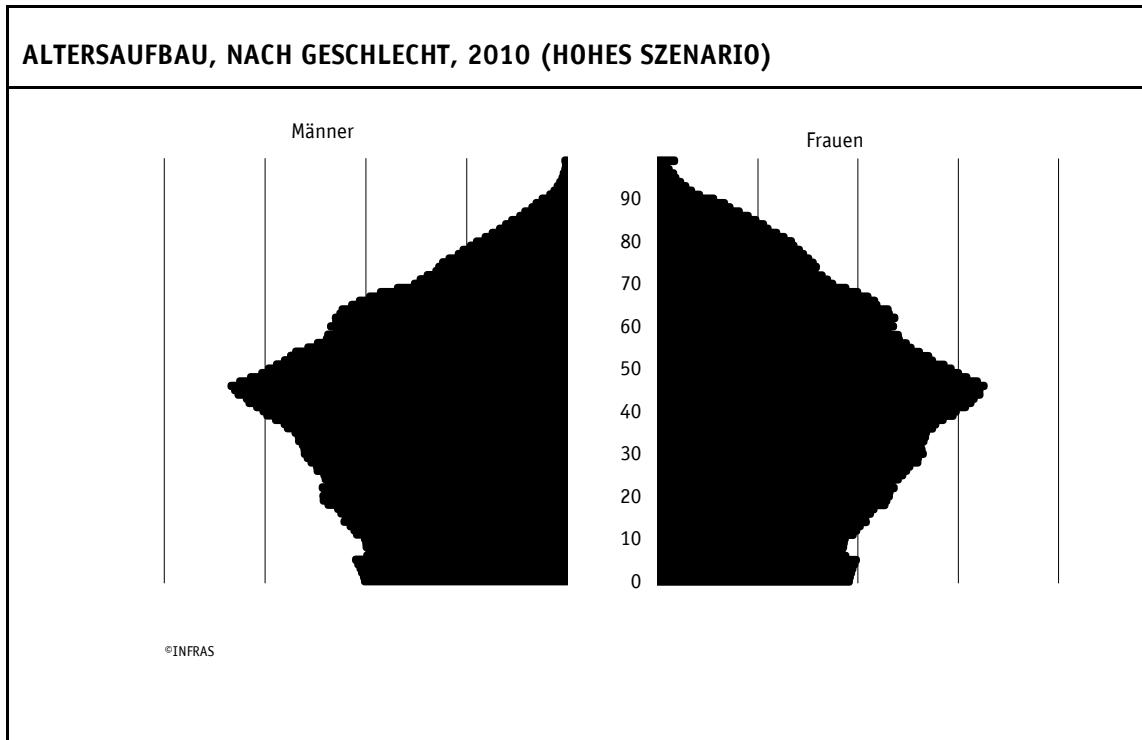
Das Weinland wird im Jahr 2030 den höchsten Jugend- und den zweithöchsten Altersquotienten aufweisen. Die tiefsten Altersquotienten werden neben Zürich die stadtnahen Regionen Limmattal, Glattal und Furttal verzeichnen. Für Familien werden weiterhin neben dem ländlichen Weinland die periurbanen Gebiete Knonaueramt, Oberland und Unterland attraktiv sein, wie die erwartete Verteilung des Jugendquotienten aufzeigt.

Für die Verteilung auf die funktionalen Räume heisst dies, dass neben den schon heute relativ „alten“ reichen Gemeinden auch ländliche Gemeinden markant altern werden (Weinland, Unterland +9.4 bzw. +9.2 Prozentpunkte). In der Stadt Zürich und im Limmattal wird vom demografischen Wandel hingegen vergleichsweise wenig zu spüren sein. Die Prognose scheint davon auszugehen, dass die Zentren für Familien attraktiver werden, weist doch die Stadt Zürich als einzige Region einen steigenden Anteil unter 20-Jähriger aus, während für das Weinland als ländlichste Region der stärkste Rückgang des Jugendanteils erwartet wird. Insgesamt bestätigt sich mit den Prognosen des Kantons Zürich (2009) der gesamtschweizerische Trend, dass die Verschiebung der Altersstruktur in ländlichen Gebieten besonders ausgeprägt sein dürfte. Eine Schrumpfung wird im Kanton Zürich hingegen in keiner Region erwartet, was daran liegt, dass der Kanton Zürich keine wirklich peripheren Gebiete umfasst. Aus den Daten wird nicht eindeutig klar, ob die starke Alterung in ländlichen Regionen auf einen Wegzug der erwerbstätigen Bevölkerung zurückzuführen ist oder auf einen verstärkten Zuzug von älteren Personen von ausserhalb der Region. Der hohe Jugendquotient spricht aber dafür, dass der hohe Anteil Älterer auch auf den verstärkten Zuzug von Personen dieses Alterssegments zurückzuführen ist.

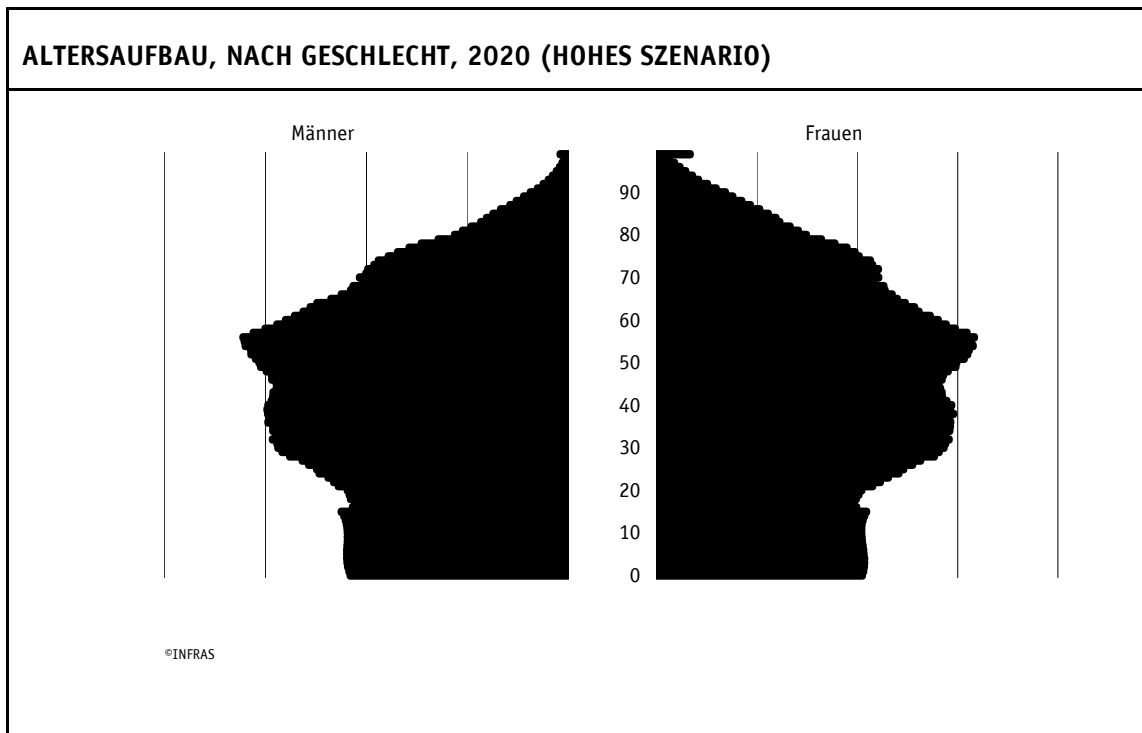
Die demografischen Variablen in den von der Alterung am stärksten betroffenen Regionen des Kantons Zürich werden ähnliche Werte aufweisen, wie sie heute in stärker betroffenen deutschen Randregionen verzeichnet werden. So verzeichnet die periphere Region Westeifel aktuell einen Altersquotient von 43.8 und einen Jugendquotient von 30.7 (Reichert-Schick 2009), was in etwa den 43.2 (Altersquotient) und 33.4 (Jugendquotient) entspricht, die für das Zürcher Weinland vorhergesagt werden. Zum geringen Anteil der Erwerbsfähigen, der in der Zukunft auch in Schweizer Regionen zu beobachten sein wird, kommen allerdings noch Probleme der Schrumpfung (in Vorpommern Bevölkerungsrückgang von 50% zwischen 1971 und 2007, Reichert-Schick 2009), welche für die meisten Schweizer Regionen nicht vorhergesagt werden, und weitere sozioökonomische Faktoren (siehe Abschnitt 4.2). Aus den ähnlichen demografischen Kennzahlen deutscher Problemregionen heute und einigen Schweizer Regionen in der Zukunft sollte also nicht unbesehen auf eine zukünftig ähnliche Problemstruktur geschlossen werden, da sich der demografische Wandel mit anderen wirtschaftlichen Umbrüchen überlagert.

ZUKÜNFTIGER ALTERSAUFBAU IN DER SCHWEIZ NACH DEM HOHEN SZENARIO DES BFS

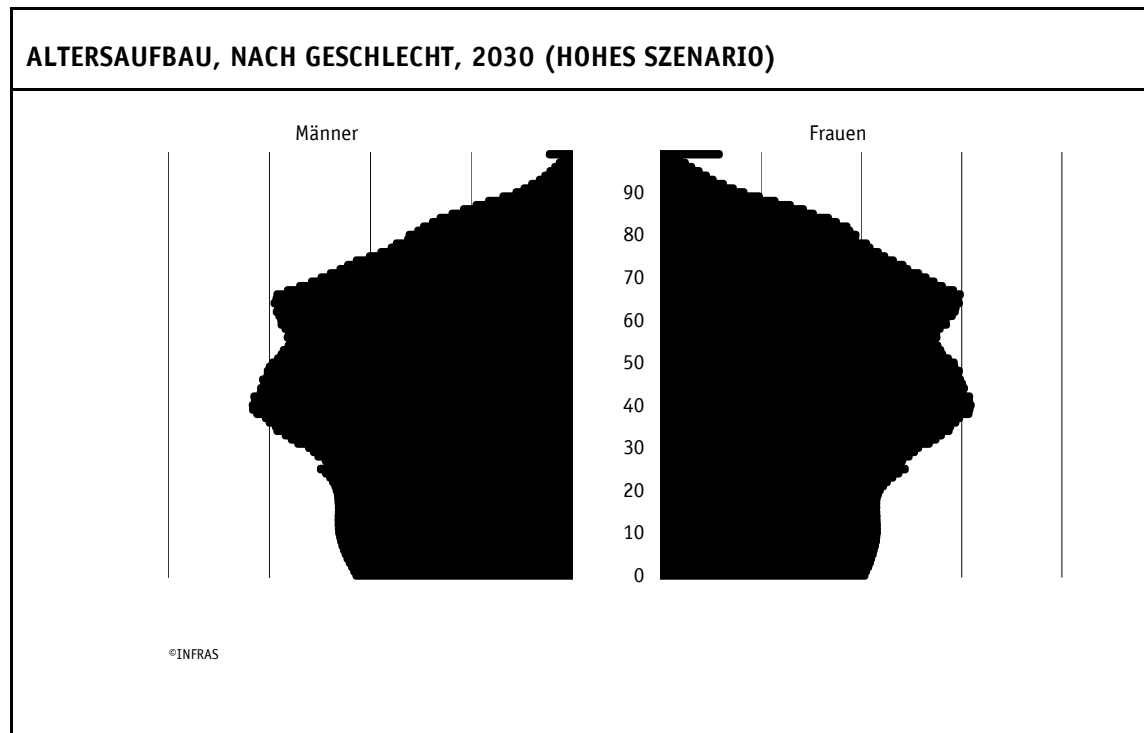
In Ergänzung zum mittleren Szenario (siehe 3.3) stellen wir den erwarteten Altersaufbau nach dem hohen Szenario 2005–2050 des BFS dar. In den Jahren bis 2008 verlief die Bevölkerungsentwicklung, v.a. aufgrund der starken Einwanderung, unerwartet dynamisch. Dies lässt ein Zutreffen des hohen Szenarios etwas wahrscheinlicher erscheinen als zum Zeitpunkt der Erstellung der Szenarien. Auch beim hohen Szenario wird deutlich, dass die noch 2010 festzustellende Altersverteilung mit einer sehr stark vertretenen, altersmässig eng abgegrenzten Generation sich bis 2050 zugunsten einer ausgeglicheneren Altersverteilung ändern wird.



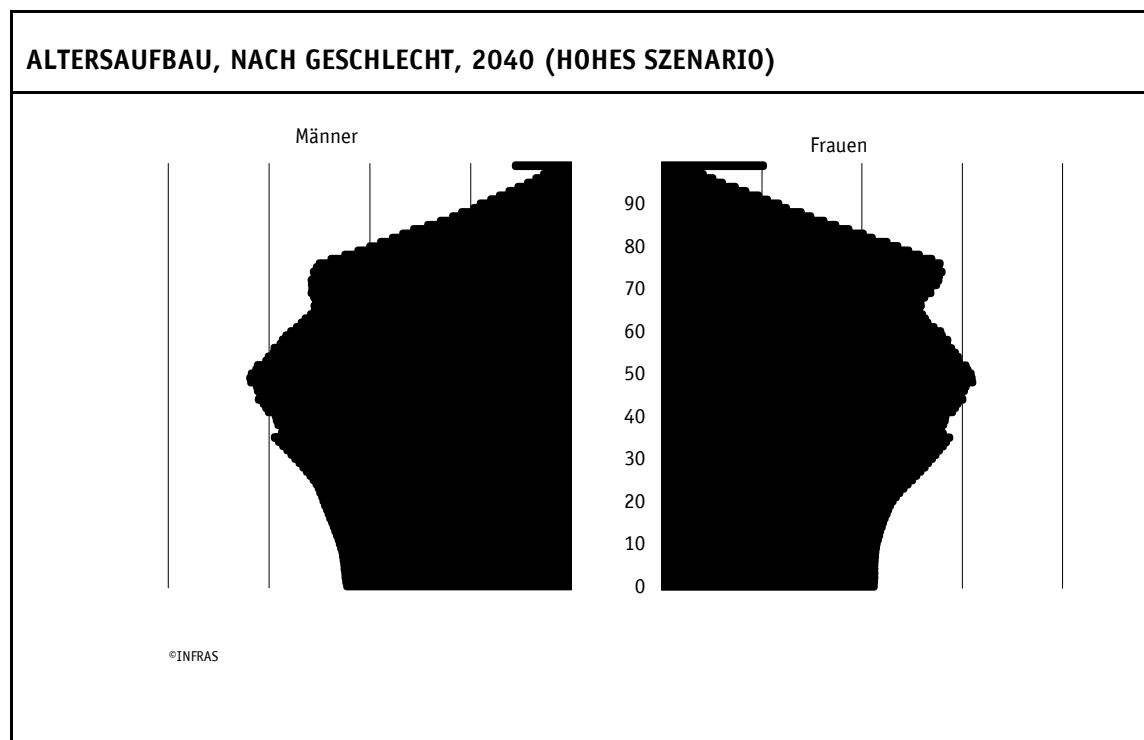
Figur 22 Quelle: BFS (Szenarien 2005-2050), eigene Darstellung.



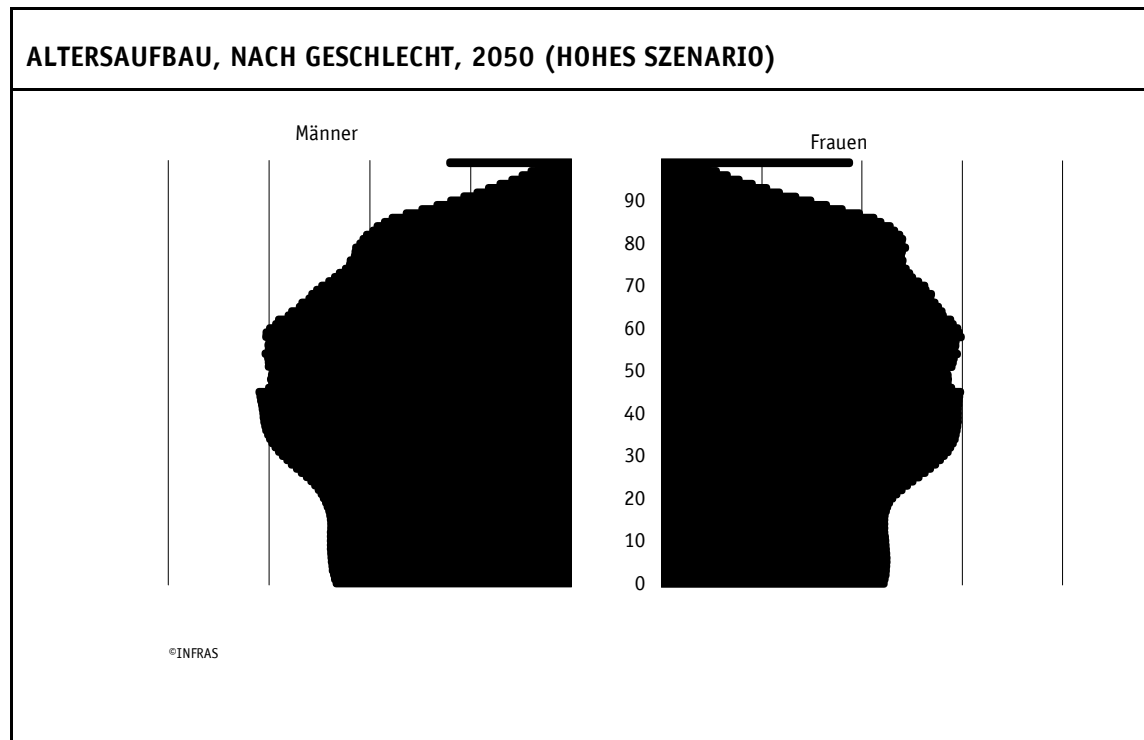
Figur 23 Quelle: BFS (Szenarien 2005-2050), eigene Darstellung.



Figur 24 Quelle: BFS (Szenarien 2005–2050), eigene Darstellung.

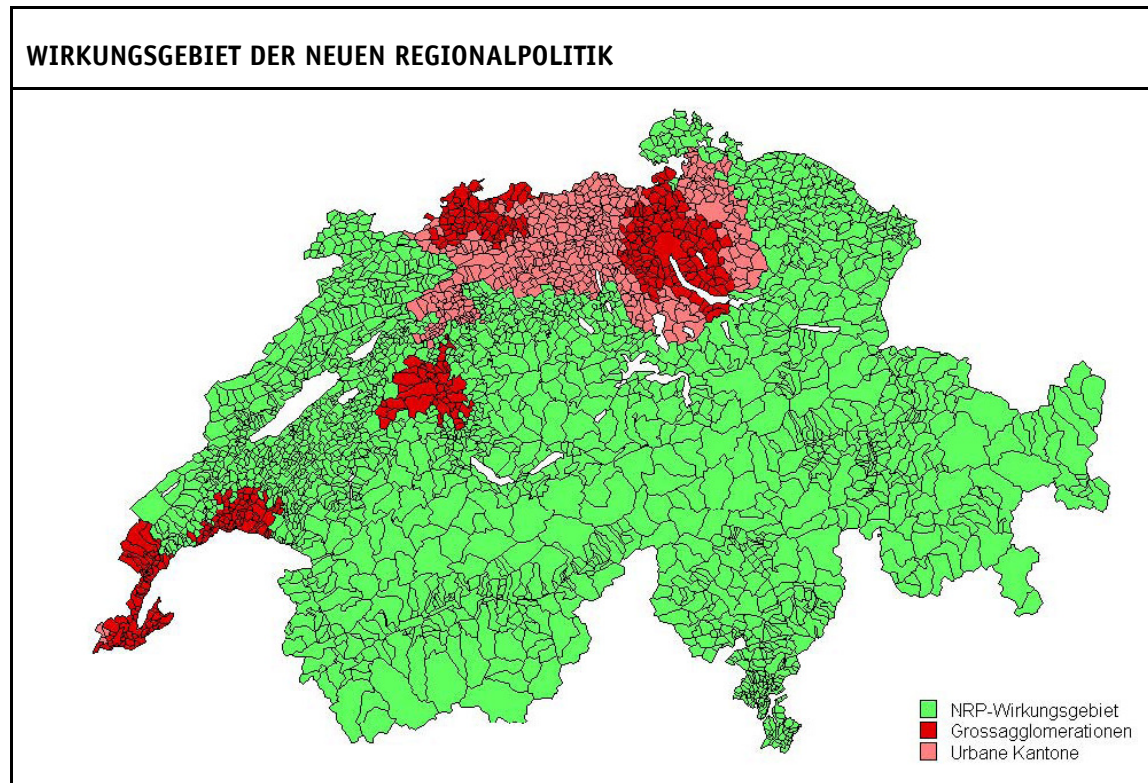


Figur 25 Quelle: BFS (Szenarien 2005–2050), eigene Darstellung.



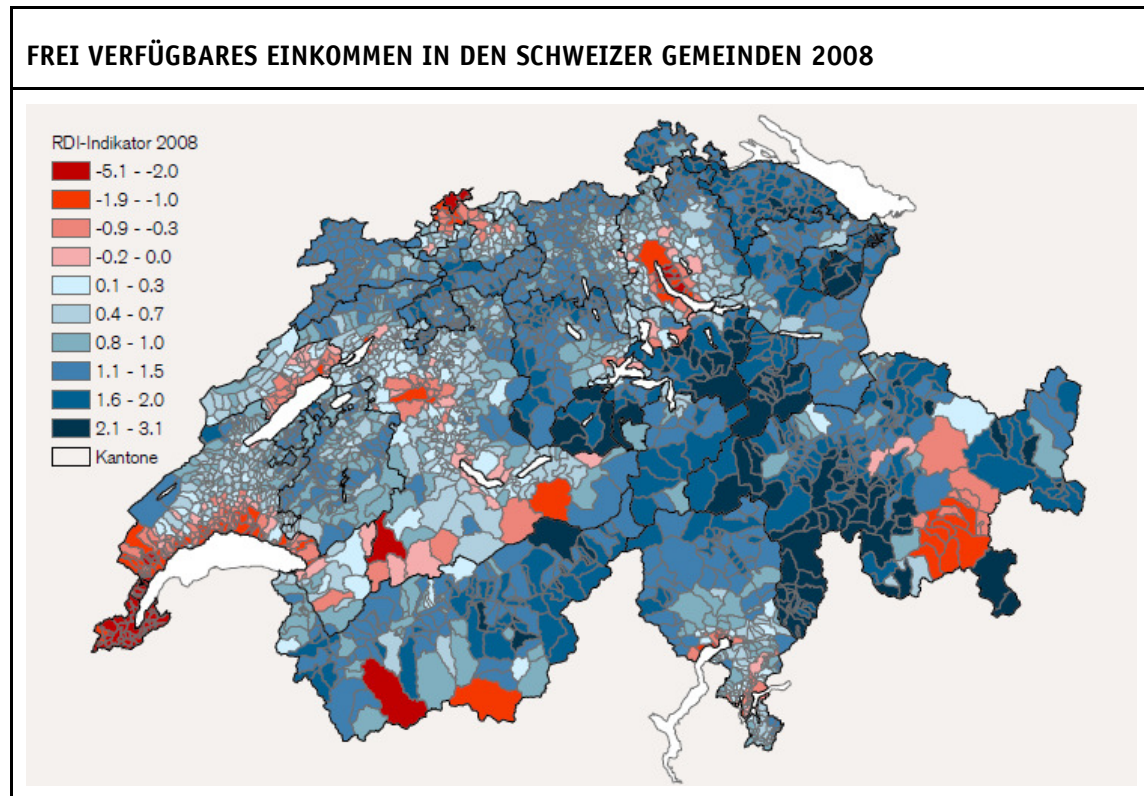
Figur 26 Quelle: BFS (Szenarien 2005–2050), eigene Darstellung.

ABGRENZUNG DES PERIMETERS DER NRP

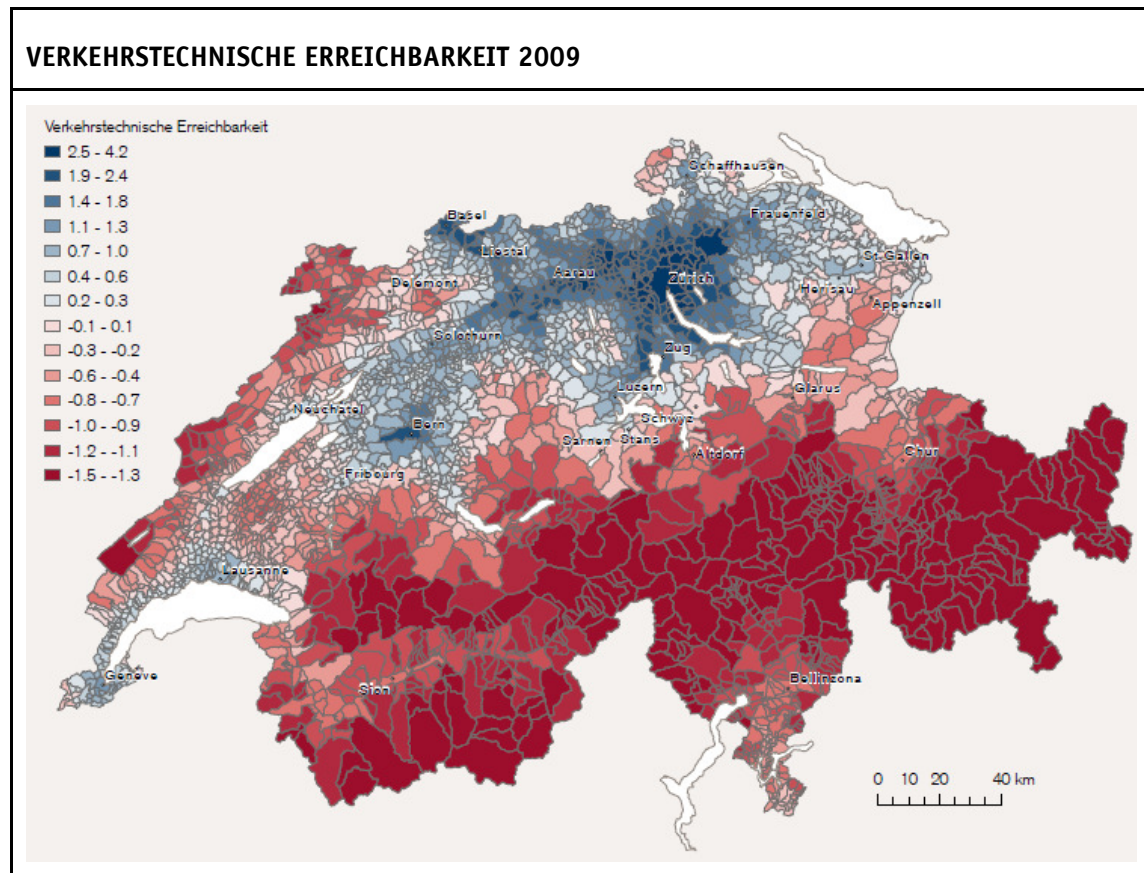


Figur 27 Quelle: SECO (2006).

KOSTEN UND NUTZEN DER ZENTRALITÄT



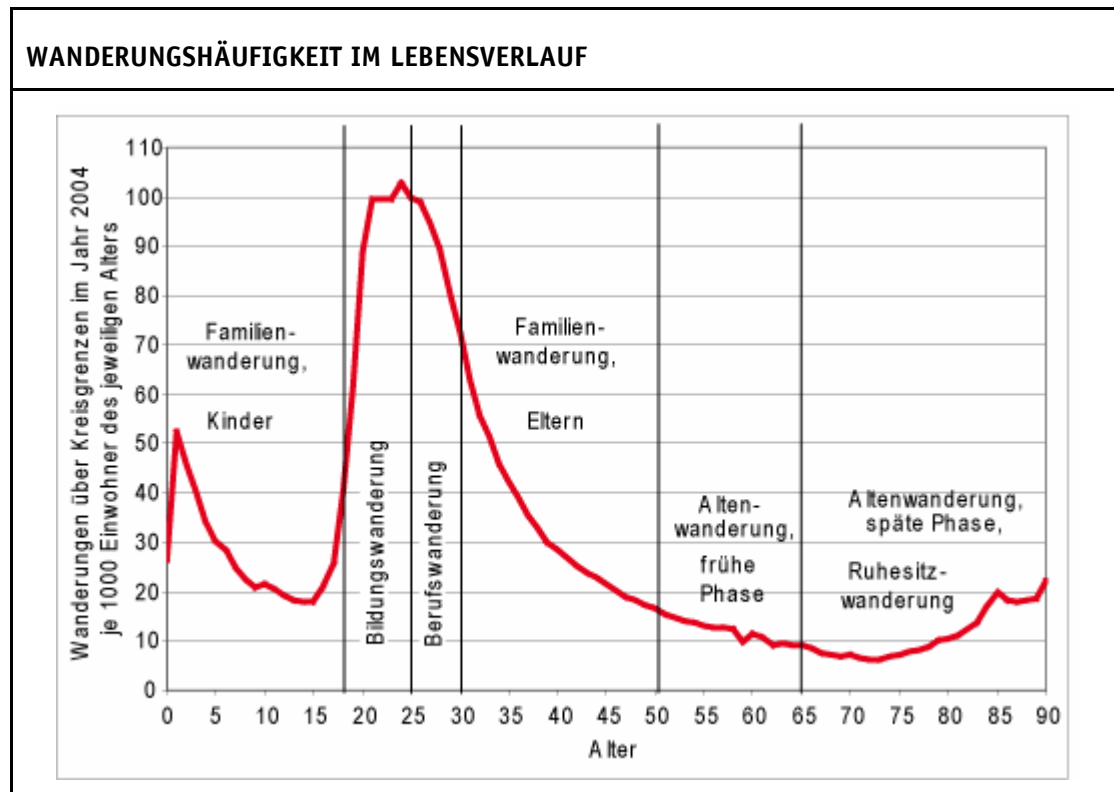
Figur 28 Quelle: Credit Suisse (2008). Synthetischer Indikator, CH=0.



Figur 29 Quelle: Credit Suisse (2009). Synthetischer Indikator, CH=0.

BEDEUTUNG DER MIGRATION IM ALTER UND DES ALTERSWOHNENS

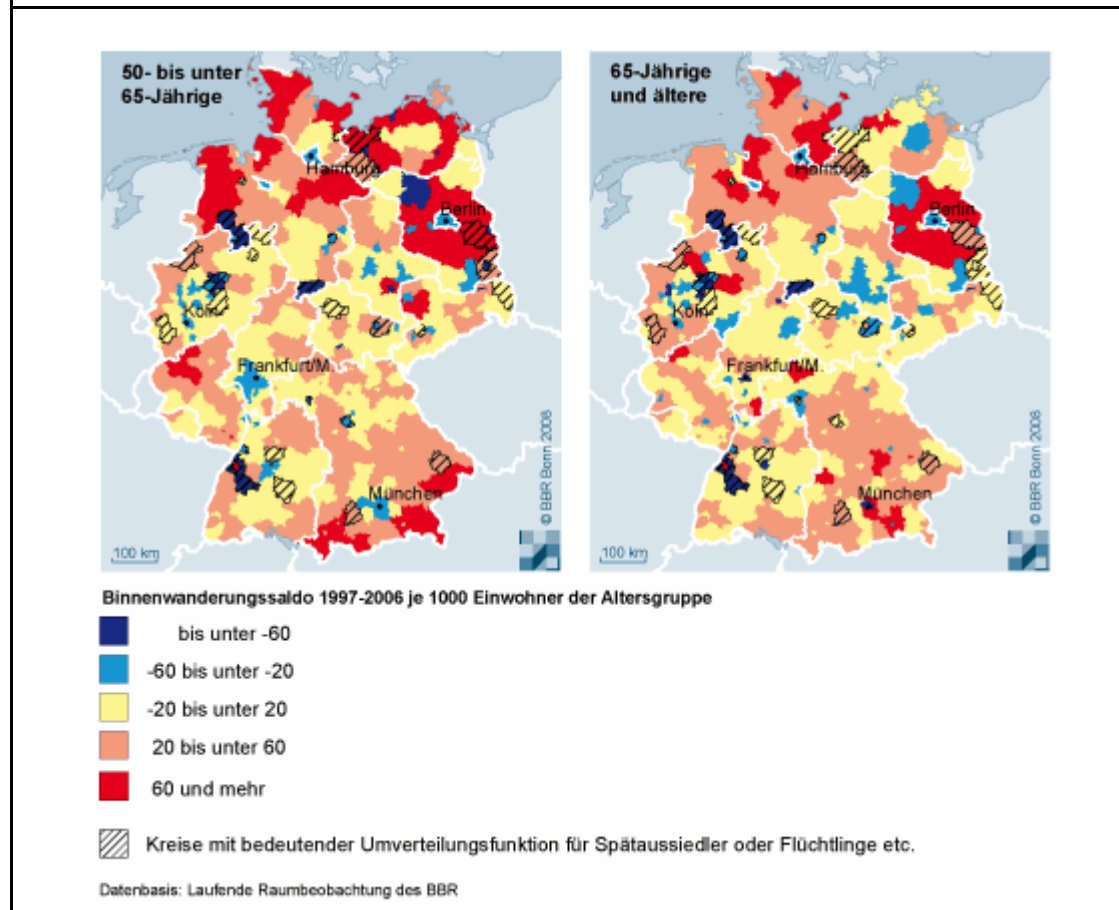
Die folgende Figur des deutschen Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumforschung zeigt, dass von älteren Personen vergleichsweise wenig grossräumige Binnenmigration (über Kreisgrenzen hinweg) ausgeht. Wenn im Alter gewandert wird, dann eher zwischen unterschiedlichen Wohnungsangeboten innerhalb der näheren Umgebung. Umzüge im Alter finden also zumeist in der Nähe des bestehenden sozialen Netzes statt, nur 1% bis 2% der Altersgruppen über 65 Jahren wandern in Deutschland pro Jahr über Kreisgrenzen hinweg. Dies deutet darauf hin, dass das Potenzial einer Spezialisierung peripherer Regionen auf das Alterswohnen eher bescheiden ist. Allerdings sehen einige Regionen den forcierten Zuzug älterer, kaufkräftiger Bewohner durchaus als Chance, wie z.B. die Region Mittelhessen (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2007).



Figur 30 Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, http://www.bbr.bund.de/cln_015/nn_22558/BBSR/DE/Fachthemen/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/Demografie/Binnenwanderung/binnenwanderung.html

Trotz der im Vergleich mit anderen Wanderungsströmen bescheidenen Binnenmigration von älteren Personen zeigt die folgende Grafik, dass die Zuwanderung in dieser Altersgruppe in einigen landschaftlich bevorzugten Regionen (Alpenrand, Küstengebiete) bedeutend sein kann. Im Laufe von 10 Jahren (1997–2006) wuchs die Zahl der über 50-Jährigen in diesen Regionen durch Zuzug um bis über 6%. Der Wegzug erfolgte aus den Kernstädten und peripheren, landschaftlich wenig attraktiven Regionen.

BINNENWANDERUNGEN VON PERSONEN AB 50 JAHREN



Figur 31 Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung,
http://www.bbr.bund.de/cln_015/nn_22558/BBSR/DE/Fachthemen/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/Demografie/Binnenwanderung/binnenwanderung.html

PENDLERPERIMETER VIER AUSGEWÄHLTER TOURISMUSORTE

PENDLERPERIMETER VON GRINDELWALD					
Zupendelregion	Wohngemeinde	Erwerbstätige aus Gemeinde(gruppe)	Anteil der Erwerbstätigen einpendelnd	Summe Zupendelregion	Prozentual Zupendelregion
Arbeitstätige Total	Grindelwald	2982			100%
Arbeitsgemeinde	Grindelwald	2530		4000	84.8%
Angrenzende Gemeindegruppe (d = >5 km, <22 km)	Wilderswil/ Gsteigwiler/ Gündlischwand/ Lütschental/ Saxeten	101	8.5%	1500	3.4%
Weitere Gemeindegruppen (dmax = 46 km)	Lauterbrunnen	94	7.9%	271	9.1%
	Interlaken	43	3.6%		
	Matten bei Interlaken	42	2.6%		
	Unterseen	32	1.7%		
	Bönigen/ Iseltwald	26	2.8%		
	Ringgenberg/ Oberried/ Niederried	24	2.1%		
	Meiringen/ Schattenhalb	10	1.6%		

PENDLERPERIMETER VON SAVOGNIN (TINIZONG/ RIOM/ SALOUF/ BIVIO/ CUNTER/ STIERVA/ SUR/ MON/ MARMORERA/ MULEGNS)					
Zupendelregion	Wohngemeinde	Erwerbstätige aus Gemeinde(gruppe)	Anteil der Erwerbstätigen einpendelnd	Summe Zupendelregion	Prozentual Zupendelregion
Arbeitstätige Total	Savognin	1483			100%
Arbeitsgemeinde	Savognin	1421			95.8%
Angrenzende Gemeindegruppe (d = > 9 km, <15 km)	Vaz/ Obervaz/ Lantsch/ Lenz/ Surava/ Tiefencastel/ Alvaschein/ Brienz/ Brinzauls	11	2.2%		0.7%
Weitere Gemeindegruppen (dmax = 56 km)	Bonaduz	11	1.3%	20	1.3%
	Andeer/ Splügen/ Zillis-Reischen/ Avers/ Donath/ Nufenen/ Sufers/ Pignia/ Hinterrhein/ Patzen-Fardün/ Casti-Wergenstein/ Rongellen/ Mathon/ Lohn/ Innerferrera/ Ausserferrera/ Medels/ Clugin	9	3.2%		

PENDLERPERIMETER VON SCUOL (SENT/ FTAN/ RAMOSCH/ TSCHLIN/ TARASP)					
Zupendelregion	Wohngemeinde	Erwerbstätige aus Gemeinde(gruppe)	Anteil der Erwerbstätigen einpendelnd	Summe Zupendelregion	Prozentual Zupendelregion
Arbeitstätige Total	Scuol	3360			100%
Wohnregion	Scuol	2962			88%
Angrenzende Gemeindegruppe (d = >10km, <27 km)	Zernez/ Ardez/ Susch/ Lavin/ Guarda	132	43.6%		4%
Ausland	Österreich	133		223	4%
	Italien	90			2.7%

PENDLERPERIMETER VON ZERMATT (TÄSCH/ RANDA)					
Zupendelregion	Wohngemeinde	Erwerbstätige aus Gemeinde(gruppe)	Anteil der Erwerbstätigen einpendelnd	Summe Zupendelregion	Prozentual Zupendelregion
Arbeitstätige Total	Zermatt	5680			100%
Arbeitsgemeinde	Zermatt	5238			92.2%
Angrenzende Gemeindegruppe (d = > 13km, <20 km)	St. Niklaus/Grächen	225	40.7%		4%
Weitere Gemeindegruppen (dmax = 60 km)	Visp	54	4.2%	147	2.6%
	Brig	41	1.9%		
	Naters	24	0.9%		
	Stalden/ Staldenried/ Törbel/ Saas Balen/ Embd/ Eisten	18	1.7%		
	Steg/ Gampel/ Wiler/ Kippel/ Ferden/ Blatten/ Hohtenn	10	1%		

Quelle: BFS, Neuchâtel 2003 - Eidgenössische Volkszählungen. Schätzungen: Sektion Räumliche Analysen

LITERATUR

Alpine Space 2009: Running Projects: Demochange.

[[http://www.alpine-space.eu/the-projects/running-projects/?tx_txrunningprojects_pi1\[uid\]=20&tx_txrunningprojects_pi1\[view\]=singleView#project_partner](http://www.alpine-space.eu/the-projects/running-projects/?tx_txrunningprojects_pi1[uid]=20&tx_txrunningprojects_pi1[view]=singleView#project_partner)]

Arefäll, E. 2003: Schulische Infrastruktur und Schülertransport in ländlichen Gegenden Schwedens, in Informationen zur Raumentwicklung 12, 755–759.

[http://www.bbr.bund.de/cln_015/nn_23470/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/2003/Heft12DemographischerWandel.html]

Baur, R., S.Schärer, B.Schweikert 1994: Auswirkungen des Alterns auf den Arbeitsmarkt der Schweiz, Strukturberichterstattung, Bundesamt für Konjunkturfragen (BFK), Bern 1994.

Berlin-Institut 2007: Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2007.

[http://www.ruhr-uni-bochum.de/imperia/md/content/zda/infopool/gutachten_zum_demographischen_wandel_im_land_brandenburg.pdf]

Berlin-Institut 2009: Demografischer Wandel, ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009.

Bland, W. 2005: Retire in style. 60 Outstanding places across the USA and Canada, Next Decade Inc., Chester NJ 2005.

BFS 2005: Abhängigkeitsverhältnis der Älteren (Altersquotient) 2000, Bundesamt für Statistik, Neuenburg 2005.

[http://www.google.ch/url?sa=t&source=web&ct=res&cd=1&url=http%3A%2F%2Fwww.BFS.admin.ch%2FBFS%2Fportal%2Fde%2Findex%2Finternational%2F02%2Fmaps%2Fbevoelkerung%2Faltersstruktur.parsys.0002.PhotogalleryDownloadFile1.tmp%2Fe01.29s.pdf&ei=G7CvSq-KMdKE_AbDjtHYDA&rct=j&q=altersquotient+nuts&usq=AFQjCNEC-YowZu7pCXRB6NcpNv2gaVrFpg]

BFS 2006: Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2005–2050.

BFS 2007: Regionale Abwanderung von jungen Hochqualifizierten in der Schweiz, Bundesamt für Statistik, Neuenburg 2007.

- BFS 2009:** Les scénarios de l'évolution de la population de la Suisse 2010–2060. Hypothèses et méthodes. Unveröffentlichtes internes Arbeitsdokument, Neuenburg 2009.
- BFS 2009b:** Bevölkerungsbewegung – Indikatoren: Geburten und Fruchtbarkeit. Bundesamt für Statistik (BFS), Neuenburg 2009.
[<http://www.BFS.admin.ch/BFS/portal/de/index/themen/01/06/blank/key/02.html>]
- BFS 2009c:** Wohnbevölkerung nach Geschlecht und detaillierter Staatsangehörigkeit.
[<http://www.BFS.admin.ch/BFS/portal/de/index/themen/01/02/blank/data/01.Document.88339.xls>]
- BMVBS 2009:** Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin 2009.
[<http://www.region-schafft-zukunft.de>]
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2007:** Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels, in Werkstatt: Praxis 49, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2007.
- Cambridge Econometrics 2009:** European Regional Prospects 2009 Edition. Cambridge Econometrics 2009.
- Cavelti, G., B. Kopainsky 2008:** Strategien zum Umgang mit potenzialarmen Räumen, Erarbeitet am Beispiel der Kantone Graubünden und Uri (Bericht Graubünden), Zürich 2008.
- Coenen, F., R. Galjaard 2009:** Demographic change in regional labour markets, 2009.
- Commission of the European Communities 2008:** Demographic challenges for European Regions, Brüssel 2008.
- Credit Suisse 2008:** Wo lebt's sich am Günstigsten? Das verfügbare Einkommen in der Schweiz, Credit Suisse Economic Research, Zürich 2008.
- Credit Suisse 2009:** Standortqualität: Welche Region ist die attraktivste? Credit Suisse Economic Research, Zürich 2009.
- DC NOISE 2009a:** Health strategy East Groningen, DC NOISE 2009.
[<http://www.dcnnoise.eu/index.php?id=333&theme=462>]
- DC NOISE 2009b:** Policy implementation monitoring tool, DC NOISE 2009.
[<http://www.dcnnoise.eu/index.php?id=333&theme=445>]
- Dörner, U. 2007:** Parkmanagement in finanzschwachen Gebieten, Vortrag auf dem Symposium Konto für den Kuckuck, Berlin, 22.5.2007.
- Econsense 2006:** Die demografische Herausforderung bewältigen, Econsense, Berlin 2006.

- Ecoplan 1994:** Auswirkungen der demografischen Alterung auf Branchen und Gesamtwirtschaft, Strukturberichterstattung, Bundesamt für Konjunkturfragen (BFK), Bern 1994.
- Frey, R. L. 2005:** Demografischer Wandel: Auswirkungen auf die schweizerische Volkswirtschaft, in CREMA Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik 2/2005, CREMA, Basel 2005.
- Frey, R.L. 2008:** Starke Zentren – starke Alpen, NZZ Libro, Zürich 2008.
- Henschel, B., C. Pohl, M. Thum 2007:** Demographic change and regional labour markets: The case of Eastern Germany, CESIFO Working Paper 2315, Dresden 2007.
- Heuwinkel, D. 2006:** Handlungskonzept "Bewältigung des demografischen Wandels im Landkreis Osnabrück", Vortrag an der EUREGIO-Fachtagung am 25.9.2006.
- Geys, B., F. Heinemann und A. Kalb 2007:** Local Governments in the Wake of Demographic Change: Efficiency and Economies of Scale in German Municipalities, ZEW – Centre for European Economic Research Discussion Paper No. 07-036, Mannheim 2007.
[http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=997220]
- Hofmann, M. 2009:** Die Effekte von Fertilität auf das Wirtschaftswachstum: eine empirische Analyse, Vortrag an der Konferenz „Leeres Land und bunte Stadt? Räumliche Differenzierung im Rahmen des demografischen Wandels“, Berlin 2009.
- Huning, S., R. Hüttl, O. Bens 2009:** The Urban-Rural vs. the Core-Periphery Divide: Reframing Spatial Orders, Vortrag an der Konferenz „Leeres Land und bunte Stadt? Räumliche Differenzierung im Rahmen des demografischen Wandels“, Berlin 2009.
[http://www.leeresland-buntestadt.de/doc/vortraege/04_huning.pdf]
- Kalter, F. 2000:** Theorien der Migration, in Müller U. et al. (Hg.): Handbuch der Demografie, Springer, Heidelberg/Berlin 2000.
- Kanton Zürich 2009:** Aktualisierte Bevölkerungsprognosen für den Kanton Zürich und seine Regionen, Prognoselauf 2009, Kanton Zürich 2009.
[http://www.statistik.zh.ch/themenportal/anhang/files/4972/BPZH2009_ID.xls]
- Kreye, R. 2007:** Auswirkungen auf die Personalentwicklung in Osnabrücker Unternehmen, Präsentation an der EUREGIO-Tagung vom 14.11.2007.
[http://www.interreg.euregio.de/admin/dc_media/KreyeD.pdf]
- Lambalgen, R. 2007:** De Twentsie innovatieroute, Präsentation an der EUREGIO-Tagung vom 14.11.2007.
[http://www.interreg.euregio.de/admin/dc_media/van_Lambalgen_DE.ppt]
- Landkreis Holzminden 2008:** Meilensteine zur Zukunftssicherung, Demografische Entwicklung und Zukunftssicherungsprozess im Landkreis Holzminden, Präsentation anlässlich

des Demografie-Austauschs zwischen den Stadtwerken Judenburg und dem Landkreis Holzminden am 10.06.2008, Judenburg 2008.

Lee, E. 1972: Eine Theorie der Wanderung, in: Szelle G., Regionale Mobilität, Nymphenburger Verlagshandlung, München 1972.

Loeffelholz, H., H. Rappen 2002: Demographische Entwicklung und Kommunalfinanzen im Ruhrgebiet, Projekt Ruhr, Essen 2002.

Meth, D. 2003: Verkehrsversorgung dünn besiedelter Räume in Österreich – das Projekt Dorfmobil, in Informationen zur Raumentwicklung 12, 745–749.

[http://www.bbr.bund.de/cln_015/nn_23470/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/2003/Heft12DemographischerWandel.html]

Mörl, K. 2009: Kinder- und Familienfreundlich? Strategien kreisfreier Städte Deutschlands im Umgang mit dem demografischen Wandel, Vortrag an der Konferenz „Leeres Land und bunte Stadt? Räumliche Differenzierung im Rahmen des demografischen Wandels“, Berlin 2009.

Müller, U. 1994: Gesamtwirtschaftliche Einflüsse der demografischen Entwicklung, Strukturberichterstattung, Bundesamt für Konjunkturfragen (BFK), Bern 1994.

Münz, R., R. Ulrich 2001: Alterung und Wanderung: Alternative Projektionen der Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz, Avenir Suisse, Zürich 2001.

Münz, R., R. Ulrich 2002: Alternative Bevölkerungsprojektionen für die Schweiz, in: Die Volkswirtschaft, (3) 2002.

Proudfoot, S. 2009: Canada leading the curve for senior-friendly cities, Canwest News Service June 12, Saskatoon 2009.

[<http://blogs.csun.edu/news/clips/2009/07/28/geography-professor-warren-bland-says-canada-leading-the-curve-for-senior-friendly-cities/>]

Ravenstein, E. 1972: Die Gesetze der Wanderung, in: Szelle G., Regionale Mobilität, Nymphenburger Verlagshandlung, München 1972.

Reichert-Schick, A. 2009: Auswirkungen des demografischen Wandels in regionaler Differenzierung, Vortrag an der Konferenz „Leeres Land und bunte Stadt? Räumliche Differenzierung im Rahmen des demografischen Wandels“, Berlin 2009.

Reuber, P. 2006: Bedeutung und Chancen des demografischen Wandels in Deutschland, Präsentation an der EUREGIO-Fachtagung „Der demografische Wandel in der EUREGIO“, Münster 2006.

- Schädler, H. 2008:** Demografischer Wandel, Herausforderungen und Chancen für Unternehmen und Ältere, Förderpolitik der EU und des Bundes, Präsentation an den Euro-Schulen, Trier 2008.
- Schweizer Bundesrat 2007:** Botschaft über die Standortförderung 2008–2011, Bern 28.2.2007.
- Schweizer Bundesrat 2007b:** Botschaft zum Mehrjahresprogramm des Bundes 2008–2015 zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik (NRP) und dessen Finanzierung, Bern 28.2.2007.
- SECO 2006:** NRP-Wirkungsgebiet, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Bern 2006.
[http://www.seco.admin.ch/themen/00476/00496/00498/index.html?lang=de&download=NHzLpZig7t.lnp6I0NTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpn02Yuq2Z6gpJCEdHx_fgym162dpYbUzd.Gpd6emK20z9aGodetmqaN19XI2IdvoaCVZ,s-]
- SECO 2008:** Die Regionalpolitik des Bundes, Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Bern 2008.
- SECO 2009:** Standortförderung.
[<http://www.seco.admin.ch/themen/00476/index.html?lang=de>]
- Statistique Vaud 2007:** Perspectives de population (2006–2030). Canton de Neuchâtel. Statistique Vaud, Lausanne 2007.
- Varesma-Korhonen, L. 2003:** Die Gesundheitsversorgung und das TelLappi-Projekt in Nordfinnland, in: Informationen zur Raumentwicklung 12, 767–769.
[http://www.bbr.bund.de/cln_015/nn_23470/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/2003/Heft12DemographischerWandel.html]
- Weith, T., A. Jacobs 2009:** Recommendations for Hinterland development policies in future, Hinterland 2009.
[http://www.hinterlandinfo.net/PDF/results/wp_results_final/pdf/WP04/HL_WP4programmerecommendations_UniPo.pdf?PHPSESSID=2fd954eeb6c0fcac01d169e04aed6c93]
- Welter, P. 2009:** Die Mär von der Sparnation Japan, in: Neue Zürcher Zeitung, 18.9.2009.